

- S. 4 - 6** **SDAJ Tübingen:** Griechenland: „Radikaler Linksruck“ oder alter Wein in neuen Schläuchen?
- S. 7- 13** **Giorgos Marinos:** Über die Situation in Griechenland und die volksfeindliche Rolle von SYRIZA
- S. 14 - 24** **Thanasis Spanidis:** Jenseits der Eurolinken. Die Rolle der Syriza, die Strategie und Taktik der KKE und was daraus zu lernen wäre
- S. 25 - 29** **Thanasis Spanidis:** Fatale „Europhorie“
- S. 30 - 39** **Thanasis Spanidis:** Griechenlands anderer Reformismus: „Linke Plattform“, „Volkseinheit“ und Antarsya
- S. 40 - 45** **Aitak Barani/Philipp Kissel:** Schlag gegen die Arbeiterbewegung. Fragen zur Situation in Griechenland rund um das Referendum vom 5.7.2015
- S. 46 - 53** **Georgios Kolias:** Die Lage in Griechenland und die Strategie der kommunistischen Bewegung
- S. 54 - 71** Programm der KKE

Kommunistische Interventionen zur Griechenland-Diskussion

EINLEITUNG

Seit die kapitalistische Weltwirtschaftskrise auf Griechenland übergriff und im Jahr 2010 die sogenannte „Troika“ aus IWF, EZB und EU-Kommission begann, mit den griechischen Regierungen ihre extrem harten „Anpassungsprogramme“ auszuhandeln, ist das Land im Südosten Europas immer wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Widerspruch und Widerstand großer Teile des griechischen Volkes gegen die Verelendungspolitik hat auch in der deutschen und europäischen Linken erhöhtes Interesse hervorgerufen: Auf Demonstrationen, in diversen Aufrufen und Artikeln ist seit Jahren immer wieder die Parole „Solidarität mit Griechenland“ zu hören und zu lesen. Die Absichten dahinter mögen in vielen Fällen lobenswert gewesen sein, aber dennoch war die abstrakte „Solidarität mit Griechenland“ von vornherein kritikwürdig: Solidarität mit wem genau? Gibt es nicht in Griechenland auch Kräfte, die von den Lohnsenkungen, den Privatisierungen, der Zerschlagung der Gewerkschaften profitieren? Und gibt es nicht auch dort solche Kräfte, die die Politik im Interesse der Konzerne, die Mitgliedschaft des Landes in EU, Euro und NATO, kurz: die alle Ursachen der heutigen Probleme mit zu verantworten haben und weiterhin an diesem katastrophalen Weg festhalten?

Große Teile der Griechenland-Solidaritätsbewegung stellen sich diese Fragen höchstens am Rande, jedenfalls

schwenkten sie seit 2012, als mit dem Wahlbündnis (und späteren Partei) SYRIZA eins der „linken“ Zerfallsprodukte des bürgerlichen Parteiensystems im Aufwind war, auf mehr oder weniger bedingungslose Unterstützung der SYRIZA ein. „Die griechische Linke“, das war seitdem gleichbedeutend mit SYRIZA. Und welcher Linke in Deutschland konnte sich schon der Solidarität mit „der Linken“ Griechenlands verweigern, zumal angesichts der unheilvollen Rolle Deutschlands in der Krisenpolitik der EU?

Die Kommunistinnen und Kommunisten in Griechenland nahmen von vornherein einen ganz anderen Standpunkt ein: Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hat die Möglichkeit einer „linken“ Regierung auf dem Boden des Kapitalismus und innerhalb der EU seit Jahren als gefährliche Illusion bezeichnet, die lediglich einer Fortsetzung der volksfeindlichen Politik den Weg ebnet und den Widerstand dagegen entwaffnen würde. Heute, nach der angeblich „ersten linken Regierung in der EU“, sieht sich das Volk in Griechenland einem neuen Memorandum, weiteren Verlusten beim Lebensstandard und extremen Privatisierungen gegenüber. Die klassenkämpferischen Kräfte leisten weiterhin Widerstand dagegen, aber im Vergleich zu den Jahren 2010-2011, vor dem Aufstieg der SYRIZA, liegt die Bewegung am Boden. Warum hat die KKE das voraus-

gesehen und alle anderen nicht? Dafür musste man kein Prophet sein. Die SYRIZA und ihre Vorgänger waren den KommunistInnen in Griechenland schon seit langem wohl-bekannt in ihrer Rolle als antikommunistische Propagan-disten, Lobredner der EU und der Marktwirtschaft, Streik-brecher und sozialdemokratische Reserve des Systems.

Obwohl die KKE ganz offensichtlich ein weiteres Mal vom Gang der Dinge bestätigt wurde, werden ihre Positionen von großen Teilen der deutschen Linken gar nicht erst zur Kenntnis genommen, oder aber ohne Gegenargumente oder ernsthafte Auseinandersetzung als lächerlich, „sektiererisch“, „dogmatisch“ usw. verworfen. Dabei wäre eine offene und ehrliche Diskussion über die griechischen Erfah-rungen in ihrer Wichtigkeit kaum zu überschätzen. Denn, so schreibt Thanasis Spanidis in „Jenseits der Eurolinken“:

„Es geht dabei um Alles: Wer ist der Gegner? Was sind die Gefahren in der jetzigen Situation? Wie kam man zu sol-chen vollkommenen Fehleinschätzungen? Welche Orga-nisations- und Bewegungsformen sind in der Lage, den Kapitalismus potentiell infrage zu stellen? Was hat es mit denjenigen Teilen der „Linken“ zu tun, die die EU und die Eurozone nach wie vor als notwendigen Rahmen ihrer Po-litik akzeptieren? Kurz gesagt: Wie kann eine Bewegung entstehen, die breiteste Massen umfasst und die Situation der ständigen Rückzugsgefechte beendet, in der sich die Arbeiterbewegung und andere progressive Bewegungen seit den konterrevolutionären Umwälzungen von 1989/90 befinden und die Tag für Tag weltweit immer noch schlim-mere Zustände hervorbringt?“

Angenommen, dass die Wortführer der reformistischen und „linksradi-kalen“ Strömungen der deutschen Linken an diesen Zuständen wirklich etwas ändern wollten, wären sie gut beraten, sich mit den Argumenten der Kommunistin-nen und Kommunisten ernsthaft zu befassen. Abgesehen von ihnen richtet sich diese Textsammlung aber vor allem an diejenigen Menschen, die genug haben von den herr-schenden Zuständen und auf der Suche sind nach einer Alternative zur alltäglichen Barbarei des globalen Kapita-lismus.

In dieser Broschüre sind dazu einige Diskussionsbeiträ-ge gesammelt, die aus kommunistischer Perspektive der in Deutschland vorherrschenden „linken“ Sicht auf Grie-chenland vehement widersprechen und in der Diskussion ein Gegengewicht setzen. Die AutorInnen der Beiträge sind teils in Deutschland (Barani, Kissel, Spanidis), teils in Ös-terreich (Kolias) und teils Griechenland (Marinos) politisch aktiv, teilen aber grundsätzlich die Kritik am Reformismus und die Unterstützung für die politische Linie der KKE.

Zu Beginn dokumentieren wir eine Stellungnahme von Gi-orgos Marinos, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees

der KKE, zur Situation in Griechenland und der Rolle von SYRIZA. Der zweite Text wurde kurz nach den Wahlen vom Januar 2015 geschrieben, darin bezieht die Tübinger Grup-pe der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) Stellung zu den Aussichten der damals neuen „Linksregie-rung“. Es folgen drei Texte von Thanasis Spanidis. Der ers-te ist eine Antwort auf einen Text von Alp Kayserilioglu, er geht aber ausführlich auf diverse falsche Auffassungen zu Griechenland ein (z.B. die Vorstellung, SYRIZA habe „ver-sagt“ oder der Vorwurf an die KKE, sie biete keine realisti-schen Lösungen an). Der zweite begründet noch einmal im Detail, warum es sich bei SYRIZA im Kern schon von Anfang an um eine bürgerliche, gegen die Interessen der arbeiten-den Menschen gerichtete Systempartei gehandelt hat und benennt Konturen des einzig möglichen Auswegs. In einem dritten Text werden die zwei größten anderen Strömun-gen der nichtkommunistischen Linken in Griechenland betrachtet und kritisiert, nämlich ANTARSYA und „Volks-einheit“, um daraus allgemeine Schlussfolgerungen für eine kommunistische Strategie zu ziehen. Aitak Barani und Philipp Kissel behandeln im nächsten Text einige übliche Fragen bzw. Vorurteile zur aktuellen Entwicklung in Grie-chenland: Beispielsweise den Fragen, ob es in Griechen-land einen „Putsch“ gab, der die Regierung zur Annahme der Gläubigervorgaben zwang, ob Griechenland eine „Ko-lonie“ ist oder wie das von der Tsipras-Regierung abgehal-tene Referendum zu bewerten ist. Der letzte Artikel stammt von Georgios Kolias und wurde zuerst im Theorieorgan der Partei der Arbeit Österreichs („Einheit und Widerspruch“) veröffentlicht. Darin werden grundsätzliche Einschätzun-gen der sozialen, politischen und ökonomischen Situation in Griechenland vorgenommen und ebenfalls eine Reihe verbreiteter, aber falscher Ansichten dazu behandelt und widerlegt.

Da bis auf den Text von Giorgos Marinos alle Artikel der Bro-schüre von Personen stammen, die „von außen“ die KKE verteidigen, schließt die Broschüre mit einem Abdruck des Parteiprogramms der KKE ab. Das Programm legt klar und deutlich die Strategie der KKE dar und beschäftigt sich mit dem Charakter der angestrebten Revolution in Griechen-land. Wer sich aus erster Hand über die Ziele der kommu-nistischen Bewegung in Griechenland informieren will, ist mit diesem breit diskutierten und sorgfältig ausgearbeite-ten Dokument bestens bedient.

GRIECHENLAND: „RADIKALER LINKSRUCK“ ODER ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN?

SDAJ TÜBINGEN

Die Wahlen in Griechenland brachten einen erdrutschartigen Sieg für das „Linksbündnis“ SYRIZA, was deutsche Rechte und „Linke“ in helle Aufregung versetzt: In der konservativen FAZ meint man, mit Bedauern natürlich, „Das Gros der griechischen Wähler hat sich für extreme Positionen entschieden, linke wie rechte“. Das Blockupy-Bündnis, das u.a. von der interventionistischen Linken, der Partei Die Linke, dem trotzkistischen „Revolutionären Sozialistischen Bund“ und dem sich kommunistisch nennenden Bündnis Ums Ganze getragen wird, feierte den erwarteten Sieg von SYRIZA dagegen mit der Einrichtung eines eigenen Blogs („Blockupy goes Athens“). Auch in der marxistischen Tageszeitung junge Welt konnten manche ihre Sympathien für SYRIZA kaum verbergen. Und sogar die MLPD, die für gewöhnlich Alles und Jeden als „Revisionisten“ beschimpft, will innerhalb des Bündnisses „marxistisch-leninistische Kräfte“ gefunden haben, mit denen sie zusammenarbeitet.

Grund genug für uns, genauer hinzuschauen, was es mit dem vielbeschworenen „Linksruck“ in Griechenland auf sich hat.

Zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Wahl: Die „Koalition der radikalen Linken“, kurz SYRIZA, konzentriert 36,3% der abgegebenen Stimmen auf sich und ist damit mit einigem Vorsprung Wahlsieger. Trotz der 50 Bonussitze, die das griechische Wahlrecht dem Sieger zuspricht, kommt die Partei damit aber nur auf 149 Sitze, was zwei zu wenig für eine absolute Mehrheit (also eine Alleinregierung) sind. An zweiter Stelle liegt mit 27,8% die konservative Nea Dimokratia („Neue Demokratie“, ND), die den bisherigen katastrophalen Kurs der Massenverarmung fortsetzen will. Auf dem dritten

Platz stehen mit 6,3% die Neonazis der Chrysi Avgi („Goldene Morgendämmerung). Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) konnte ihr schlechtes Wahlergebnis von 2012 immerhin etwas verbessern und kommt auf 5,5% der Stimmen. Mit den rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ (ANEL), dem liberalen „Fluss“ (To Potami) und der de facto ebenfalls liberalen PASOK schafften noch drei weitere Parteien den Einzug ins Parlament. Die „Unabhängigen Griechen“ haben bereits zugestimmt, einer von SYRIZA geführten Regierung beizutreten. Damit hat sich die im Wesentlichen aus verschiedenen Rechtsabspaltungen der KKE gebildete Linksfront einen Koalitionspartner angelacht, der es in sich hat: Die ANEL ist zwar bei weitem nicht mit den braunen Schläger- und Mördertrupps der Chrysi Avgi gleichzusetzen, positioniert sich aber ebenfalls stramm nationalistisch und ausländerfeindlich: So sollen ihrem Regierungsprogramm nach alle Migranten zwangsregistriert und die „illegalen“ von ihnen abgeschoben werden. Da die Partei in der gegenwärtigen Krise allerdings vor allem durch oberflächliche Demagogie gegen das Establishment, gegen die angebliche Auflösung der Nationalstaaten in der EU und die in den Memoranda der Troika vereinbarte Verelendungspolitik auffällt, ist das Bündnis mit der SYRIZA keineswegs so erstaunlich wie es zunächst scheint. Tatsächlich wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden populistischen Parteien schon in der Opposition, seit März 2013 offiziell verkündet. Die KKE hatte die Querfront mit den Nationalisten damals scharf kritisiert, im Gegensatz zur „antinationalen“ Linken hierzulande, von denen nicht wenige selbst ihr Herz für die SYRIZA entdeckt haben und die, fernab aller Tatsachen, gerade die KKE des Öfteren als „nationalistisch“ diffamieren, weil diese die EU ablehnt – die EU ist demnach an-

scheinend in den Augen dieser „Linken“ ein genuines Friedensprojekt, ein Schritt hin zum harmonischen Zusammenleben der Menschheit zu sein. So weit kommt man eben, wenn man sich von der Imperialismusanalyse verabschiedet.

Das Wahlergebnis zeigt ohne Zweifel einen Umbruch im griechischen Parteiensystem: Das bis 2012 vorherrschende Zweiparteiensystem von PASOK und ND ist zusammengebrochen, die PASOK ist von 44% (2009) auf 4,7% (2015) gefallen. Aber bedeutet der Aufstieg von SYRIZA wirklich einen dramatischen Linksschwenk, wie die Massenmedien suggerieren?

Programmatik und öffentliches Auftreten der Partei legen jedenfalls andere Schlussfolgerungen nahe: In ihrem Regierungsprogramm versprach SYRIZA lediglich, einige der schlimmsten Sparmaßnahmen wie „verfassungswidrige Entlassungen“, die Zerschlagung der zentralisierten Tarifverhandlungen und die Senkung des Mindestlohns rückgängig zu machen und einige Erleichterungen für die ärmsten Teile der Bevölkerung. Zudem will die „Linksregierung“ die Korruption bekämpfen und durch eine Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen die kapitalistische Entwicklung wieder in Gang kriegen. „Linksradikal“ ist so ein Programm wohl kaum, sondern standardmäßig sozialdemokratisch und weit davon entfernt, das kapitalistische System in Frage zu stellen. Immerhin könnten die versprochenen Reformen, wenn sie tatsächlich umgesetzt würden, die Leiden der verelendeten griechischen Bevölkerung etwas lindern. Doch auch hier sind Zweifel angebracht: In der jetzigen Situation würde jede ernsthafte Verbesserung für die breiten Massen eine direkte Konfrontation mit dem Großkapital in Europa und seinen politischen Vertretern in Brüssel und Berlin voraussetzen. Gerade dazu ist SYRIZA aber nicht bereit: Im Mai 2014 betonte Parteiführer Tsipras noch „mit der ganzen Kraft seiner Stimme“, dass niemand die Zugehörigkeit Griechenlands zum Westen, zur EU und zur NATO anzweifeln wolle. Wer aber die Mitgliedschaft Griechenlands im Euro und der EU für nicht verhandelbar erklärt, hat in den Verhandlungen mit EU und Europäischer Zentralbank um neue Kredite und Streckung der Rückzahlungsfristen so gut wie keine Verhandlungsmasse mehr. Und wenn die SYRIZA ankündigt, durch Bekämpfung der Steuerflucht und Stärkung des Binnenmarktes das Geld für die versprochenen sozialen Wohltaten aufzutreiben, dann müssten die dafür erforderlichen Maßnahmen gegen das Großkapital durchgesetzt werden. Mit den Vertretern dieses Großkapitals war Tsipras aber in den vergangenen Jahren stets auf gute Beziehungen aus

und versprach ihnen schon 2012 ein „gesundes Geschäftsklima“, falls SYRIZA die Regierung übernehmen sollte. Widersprüchlicher und unrealistischer könnte das Programm also kaum sein, aber gleichzeitig wird auch verständlich, warum Tsipras und der Parteichef der Rechtspopulisten Panos Kammenos sich sehr viel mehr zu sagen haben, als man erwarten könnte.

Man kann sich also fragen: Wie konnte eine dermaßen ungläubwürdige Partei einen so klaren Wahlsieg erringen? Die Antwort liegt vor allem darin, dass die große Mehrheit der griechischen Bevölkerung in den letzten fünf Jahren enorme Einschnitte in ihren Lebensstandard hinnehmen musste. Millionen Menschen leben am Existenzminimum oder darunter, das Geld reicht nicht für Miete und Strom, nicht für die Heizung im Winter und nicht für Nahrung. Angesichts von Zuständen, wie sie die deutsche Arbeiterklasse während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er erleben musste, klammern sich viele Menschen an jeden Hoffnungsschimmer. Und Hoffnung konnten die alten Parteien nicht mehr anbieten. Der junge, charismatische Tsipras dagegen steht in den Augen vieler für einen Neuanfang, für einen radikalen Bruch ohne Revolution. Das zeigt, dass die große Mehrheit in Griechenland immer noch der – von SYRIZA fleißig genährten – Illusion anhängt, ohne die Abschaffung des Kapitalismus, ohne den Austritt Griechenlands aus der EU, die Streichung aller Schulden und die Vergesellschaftung der Wirtschaft unter Arbeiterkontrolle wäre ihre Lage bedeutend zu verbessern. Der Aufstieg der SYRIZA bedeutet vor allem, dass diese Illusion zum Massenphänomen geworden und sich ihre eigene Partei geschaffen hat. Das alte Parteiensystem mit einem konservativen und einem sozialdemokratischen Pol ist damit im Wesentlichen wiederauferstanden.

Das Wahlergebnis bedeutet auch, dass die Faschisten der Chrysi Avgi wohl auch in Zukunft eine wichtige Rolle in Griechenland spielen werden. Bedenkt man, dass in Griechenland aus historischen Gründen jahrzehntelang ein breiter antifaschistischer Konsens bestand, darf die Bedeutung dieser gefährlichen Entwicklung nicht unterschätzt werden.

Eine grundsätzliche Opposition wird die neue „Linksregierung“ von den Kommunisten zu erwarten haben. Die KKE hat sich nämlich nie der Illusion hingegeben, durch eine bürgerliche Regierung mit „linkem“ Anstrich, die die Herrschaft der Konzerne, der Banken und Reedereien nicht antastet, könnte sich die Lage des Volkes verbessern. Im Gegenteil wiesen die Kommunisten immer darauf hin, dass der Aufstieg der SYRIZA seit

2012 de facto die Bewegung auf der Straße und im Betrieb entscheidend geschwächt hat. Die Weigerung der KKE, sich an einer Regierung Tsipras zu beteiligen ist also kein blindes Sektierertum, sondern einfach eine Weigerung, die eigenen Prinzipien und die Interessen der arbeitenden Menschen zu verraten und selbst zum Instrument der herrschenden Klasse zu werden.

Durch die neue Regierung wird sich absehbar also nicht viel ändern in Griechenland und viele der Menschen, die ihr die Stimme gaben, werden sich enttäuscht wieder von ihr abwenden. Die KKE und die klassenkämpferischen Gewerkschaften werden dann immer noch in den Betrieben, auf der Straße, in den Nachbarschaften und Universitäten sein und versuchen, die berechnete Enttäuschung und Frustration in eine fortschrittliche Richtung zu orientieren. An der Politik der KKE und den Problemen, mit denen sie zu kämpfen hat, lässt sich sowohl die schädliche Rolle der Sozialdemokratie ablesen, als auch ein Beispiel dafür finden, dass eine kommunistische Partei manchmal auch unbeliebte Entscheidungen treffen muss, wenn sie ihren Charakter behalten will.

Und noch etwas ist aus dem Fall SYRIZA zu lernen:

Dass die Sozialdemokraten nicht nur von fanatischen Konservativen, sondern auch von der großen Mehrheit der Linken in Europa und Deutschland mit einer wirklichen Opposition zur Politik des Kapitals verwechselt werden, zeigt vor allem auch, wie sehr das politische Koordinatensystem in den vergangenen vier Jahrzehnten nach rechts verschoben wurde. Auch wenn die politische Desorientierung von Teilen der marxistischen und antiimperialistischen Linken nicht gleichzusetzen ist mit dem Trauerspiel bei „Antinationalen“ und Reformisten – Diese Rechtsverschiebung mitgemacht zu haben, bedeutet grundsätzlich eine politische und moralische Bankrotterklärung der Mehrheit der Linken in Deutschland und dass hinter dem leeren Pseudoradikalismus, der „Staat, Nation, Kapital“ auf einmal und von heute auf morgen abschaffen will, letztlich der Abschied von wirksamer Kapitalismuskritik, von Klassenkampf, Organisation der Massen und Revolution steht.

Der Artikel erschien am 27.1.2015 auf der Homepage der SDAJ Tübingen und stellt eine ausführlichere und teilweise veränderte Fassung eines Artikels dar, der im SDAJ-Verbandsmagazin POSITION 1/2015 erschien.

ÜBER DIE SITUATION IN GRIECHENLAND UND DIE VOLKSFEINDLICHE ROLLE VON SYRIZA

DIE VERANTWORTUNG IHRER LOBREDNER

VON GIORGOS MARINOS, MITGLIED DES POLITBÜROS DES ZK DER KKE

Am Montag, dem 13. Juli, vereinbarte die Regierung von SYRIZA-ANEL mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien auf dem Gipfeltreffen der Eurozone ein sehr hartes Paket volksfeindlicher Maßnahmen, ein drittes Memorandum, das die verbliebenen Rechte der Arbeiter und des Volkes vernichtet.

Am Mittwoch, dem 15. Juli, bestätigte die „erste linke Regierung“ mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien ND-PASOK-POTAMI im Parlament die Vereinbarung des Gipfeltreffens und den ersten Teil des 3. Memorandums, das dem Volk neue, untragbare Steuerregelungen aufbürdet und Rentenansprüche abschafft. Die KKE hat dagegen gestimmt und eine namentliche Abstimmung beantragt, bei der 32 Abgeordnete von SYRIZA mit „Nein“, 6 mit Enthaltung gestimmt haben, während eine Abgeordnete der Abstimmung fernblieb. Sie erklärten wörtlich „wir stimmen gegen das neue Memorandum, aber wir unterstützen mit allen Kräften die Regierung“, die dieses zur Abstimmung vorgelegt hat!

Die Erfahrung aus 5 Monaten Regierungszeit von SYRIZA beweist, dass diese Partei das Volk weder für eine Auseinandersetzung mit den Memoranden und den griechischen und europäischen Monopolen vorbereiten wollte, noch konnte. Sie orientierte nicht auf Widerstand und Kampf, im Gegenteil, sie verwirrte das Volk mit der Aussage, sie könne einen Weg von volksfreundlichen Veränderungen innerhalb des Wolfsrudels namens EU bahnen.

Diese Entwicklungen sind der deutlichste Beweis des Misserfolges der sogenannten „Erneuerungslinken“

oder der „regierenden Linken“, sowie der Theorie, dass die EU ihren monopolistischen und volksfeindlichen Charakter verändern könne.

Sie bestätigen die Linie des Kampfes der KKE, ihre entschiedene und konsequente Haltung, die eine Beteiligung an solchen „linken Regierungen“, die in Wirklichkeit Regierungen der bürgerlichen Systemverwaltung darstellen, ablehnte.

Auf der Grundlage der konkreten Erfahrungen und in Überwindung des „Kugelhagels“ der bürgerlichen Massenmedien sollen die arbeitenden Menschen in Europa und in der ganzen Welt versuchen, die Wahrheit zu finden, sie sollen die Entwicklungen in Griechenland nutzen, um wichtige Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Sie sollen die Linie des Kampfes der KKE erkunden und die Mauer der Desinformation der bürgerlichen und opportunistischen Kräfte durchbrechen, die in ihrer eigenen Welt der Verwaltung der kapitalistischen Barbarei leben und systematisch für die Manipulation der arbeitenden Menschen agieren.

**WIE IST DIE SITUATION IN GRIECHENLAND WIRKLICH?
WELCHE ROLLE NIMMT SYRIZA IN WIRKLICHKEIT EIN UND
WELCHE VERANTWORTUNG TRAGEN IHRE LOBREDNER?**

Erstens: Während der kapitalistischen Krise, unter den Bedingungen der für die Arbeiterklasse und die Volksschichten schmerzhaften Folgen der volksfeindlichen

Politik der liberalen Partei ND und der sozialdemokratischen PASOK begann ein umfassender Umbau des bürgerlichen politischen Systems.

Die traditionellen bürgerlichen Parteien haben an Kraft verloren, und SYRIZA sowie die mörderische nazistische Organisation Chrysi Avgi gingen gestärkt hervor.

Die Prozentpunkte von SYRIZA schossen bei den Wahlen im Juni 2012 in die Höhe, und nach den Wahlen im Januar 2015 bildete die einst kleine opportunistische Partei als erste Kraft im Parlament zusammen mit der rechten nationalistischen Partei ANEL die Regierung.

In diesem ganzen Zeitraum hat diese Partei die Werktätigen im trügerischen Schema „Memorandum-Antimemorandum“ gefangen gehalten, in dem sie verheimlichte, dass die Memoranden Teil der allgemeinen Strategie des Kapitals sind. Sie nutzte die verschärften Probleme des Volkes und verbreitete falsche Versprechen, dass sie die Volksschichten entlasten und die Forderungen der Werktätigen befriedigen würde.

In diesem Rahmen hat sie versprochen, den Mindestlohn unverzüglich anzuheben und die Tarifverträge wiedereinzuführen, die Immobilienbesitzsteuer abzuschaffen, den Steuerfreibetrag anzuheben, die Privatisierungen zu stoppen und viel mehr.

Trotz der von ihr verwendeten Losungen arbeitete SYRIZA in der Praxis eine sozialdemokratische Strategie heraus und erklärte vom Anfang an, dass sie den Kapitalismus verwalten, die Wettbewerbsfähigkeit und die Profite der Monopole bedienen und die Strategie der EU umsetzen wird, die sie als „das gemeinsame europäische Haus“ bezeichnete.

Zweitens führte die Regierung SYRIZA-ANEL nach den Wahlen im Januar 2015 die volksfeindliche Politik der Vorgängerregierungen fort. Am 20. Februar unterzeichnete sie eine Vereinbarung mit der Troika (EU-EZB-IWF) und übernahm damit die Verpflichtung für die Anerkennung und Rückzahlung der Schulden, die nicht das Volk verursacht hat. Sie vereinbarte die Vornahme „keiner einseitigen Handlungen“, die Nichteinlösung der Wahlversprechen und die Fortsetzung der kapitalistischen „Umstrukturierungsmaßnahmen“. Bei den darauffolgenden Verhandlungen in Brüssel legte die Regierung SYRIZA-ANEL mehrere Pakete mit harten volksfeindlichen Maßnahmen auf den Tisch, wie:

Die Aufrechterhaltung der Memoranden und der Durchführungsgesetze der ND und der PASOK, die Festlegung

zusätzlicher Steuern, Auflösung von Rentenrechten, Privatisierungen und viele mehr, die insgesamt Kosten von 8 Milliarden € zu Lasten des Volkes bedeuteten. Diese Vorschläge waren dem Vorschlag der Troika ähnlich, der Maßnahmen in Höhe von 8,5 Milliarden € beinhaltete.

Die Auseinandersetzungen bei den Verhandlungen und die Abreise der SYRIZA-ANEL-Regierungsdelegation stehen in keinen Zusammenhang mit irgendeiner Form von Widerstand oder einer Verteidigung der Volksinteressen, wie von einigen Parteien im Ausland völlig unbegründet behauptet wird.

Auf dem Tisch lagen die Interessen der Monopole und auf dieser Basis gab es Gegensätze bezüglich der Art der Verwaltung des Kapitalismus, des weiteren Weges der Eurozone und der Position Griechenlands darin (einschließlich eines Grexits), der Auseinandersetzungen zwischen Deutschland, Frankreich, USA und der Eurozone, insbesondere um die Vorherrschaft in Europa. Drittens reichte die Regierung am Samstag, dem 27. Juni, den Antrag für ein Referendum beim Parlament ein, um das Volk mit einem JA oder NEIN zum Maßnahmenpaket der Troika in eine Falle zu locken. Sie weigerte sich, ihren eigenen volksfeindlichen Vorschlag dem Volk zur Abstimmung zu stellen.

Die KKE verlangte im Parlament, dass Folgendes zur Volksabstimmung gestellt wird:

1. A. Der Vorschlag der Troika
2. B. Der Vorschlag der Regierung
3. C. Der Vorschlag der KKE: „AUSTRITT AUS DER EU; ABSCHAFFUNG DER MEMORANDEN UND ALLER VOLKSFEINDLICHEN DURCHFÜHRUNGSGESETZE“.

Die Regierung weigerte sich willkürlich, den Vorschlag der KKE zur Abstimmung zu stellen mit dem Ziel, das Volk unter Druck zu setzen und die Stimme des Volkes als Zustimmung zu ihrem Vorschlag – einem neuen Memorandum – zu nutzen.

Die KKE wehrte sich dagegen, verurteilte diese Erpressung und verbreitete dem Volk zur Abstimmung ihren eigenen Stimmzettel folgenden Inhalts:

*„NEIN ZUM VORSCHLAG DER EU-EZB-IWF.
NEIN ZUM VORSCHLAG DER REGIERUNG.
LOSLÖSUNG VON DER EU MIT DEM VOLK AN DER
MACHT“*

Dieser Stimmzettel wurde in den Betrieben, den Arbeitervierteln und vor den Wahllokalen am Tag des Referendums verteilt. Gleichzeitig rief die KKE das Volk auf, mit jedem Mittel gegen die neuen Memoranden aufzubegehren und seine Ablehnung auszudrücken.

Unter den Bedingungen künstlicher Zwiespälte und Erpressungen legte die KKE nah, dass sowohl ein JA, als auch ein NEIN für die Durchsetzung neuer volksfeindlicher Maßnahmen benutzt werden würden.

Diese Entscheidung stellt ein wichtiges Vermächtnis für das Volk dar, damit es den Kampf im Sinne seiner eigenen Interessen fortsetzt.

Ein nicht unbeträchtlicher Teil unseres Volkes hat Widerstand geleistet und warf den Stimmzettel der KKE in die Urne oder stimmte ungültig bzw. gab leere Wahlzettel ab (mehr als 350.000, das entspricht 6%). Ein Teil der Wähler ist nicht zur Wahl gegangen.

Die KKE hat kein numerisches Ziel für dieses Referendum gesetzt, ihre Haltung war eine Haltung des politischen Prinzips. Sie hat dem Volk eine politische Botschaft vermittelt: Es soll sich nicht den erpresserischen Zwiespälten beugen, ganz gleich, ob sie von der Troika, der Regierung oder den anderen bürgerlichen politischen Parteien stammen.

Viertens haben die Ereignisse einen Tag nach dem Referendum, am 6. Juli, die Position der KKE bestätigt und diejenigen Parteien bloßgestellt, die im Ausland zusammen mit SYRIZA gejubelt haben oder dem griechischen Premierminister Unterstützungsbotschaften geschickt haben.

Am Tag nach der Volksabstimmung hat auf Initiative des Premierministers Tsipras und unter Beteiligung des Staatspräsidenten eine Konferenz der Parteivorsitzenden stattgefunden, die die Situation noch deutlicher gemacht hat.

SYRIZA, ANEL, ND, PASOK und POTAMI, also alle bürgerlichen Parteien, haben eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, die unter anderem festhielt: „Das jüngste Votum des griechischen Volkes stellt keinen Auftrag für einen Bruch dar, sondern einen Auftrag für die Fortführung und die Verstärkung der Anstrengungen zur Erreichung einer sozial gerechten und wirtschaftlich tragfähigen Vereinbarung ...“ Es bestätigte sich damit, dass alle bürgerlichen Parteien bereit waren, eine neue Vereinbarung, ein neues Memorandum mit der Troika gegen das Volk zu verabschieden.

Der Generalsekretär des ZK der KKE, Genosse Dimitris Koutsoumbas, brachte seinen Widerspruch zum Ausdruck und distanzierte sich von den anderen Parteivorsitzenden und erklärte nach der Konferenz: „Wir haben noch einmal klar die Auffassung der KKE dargelegt, sowohl was die Ergebnisse des Referendums, als

auch besonders die großen Probleme des griechischen Volkes innerhalb der EU betrifft. Es handelt sich um eine Politik, die die Sackgassen für das Volk, für sein Einkommen, und den Weg des Landes und des Volkes kontinuierlich vermehrt.

Es wird noch einmal belegt, dass es keine volks- und arbeiterfreundliche Verhandlung innerhalb der EU und des kapitalistischen Entwicklungsweges geben kann. ... Niemand hat irgendjemanden beauftragt, neue Memoranden und neue harte Maßnahmen für unser Volk zu unterzeichnen“.

Fünftens hat die Regierung von SYRIZA-ANEL nach dem Referendum ein Gesuch für ein dreijähriges Kreditprogramm in Höhe von 50 Milliarden €, ein neues Kreditabkommen und ein neues Memorandum an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gestellt.

Am Freitag, dem 10. Juli, reichte die Regierung der Troika (EU, EZB, IWF) ein neues himmelschreiendes Maßnahmenpaket ein. Es handelt sich um ein neues Memorandum von mittlerweile mehr als 12 Milliarden €!!! Das bedeutet 4 bis 5 Milliarden mehr als die Summe, über die sie vor dem Referendum diskutierte.

Am selben Tag erhielt die Regierung bei einer Debatte im Parlament die Unterstützung der bürgerlichen Parteien ND, PASOK und POTAMI, sowie deren Vollmacht, die volksfeindliche Vereinbarung, d.h. das 3. Memorandum, unterzeichnen zu können.

In den frühen Morgenstunden des 13. Juli vereinbarte Premierminister Tsipras beim Gipfeltreffen der Eurozone einen neuen Kredit in Höhe von 85 Milliarden € und ein sehr gefährliches volksfeindliches Memorandum, das alle noch übrig gebliebenen Rechte der Arbeiter- und der Volksschichten vernichtet.

Die folgenden Beispiele sind charakteristisch: Beibehaltung der ENFIA, der Steuer für Immobilienbesitz und anderer Besteuerungsmaßnahmen der ND und PASOK, die Millionen von Familien zur Verzweiflung getrieben haben. Zusätzliche Anhebung der Mehrwertsteuer auf 23% für verpackte Lebensmittel und andere Konsumgüter des täglichen Bedarfs, die Abschaffung der Steuererleichterungen für Bauern, die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf den Inseln, u.a. Die Regierungspropaganda, dass die Besteuerung von großen Unternehmen und Reedereien steigen würde, ist falsch. Diese Besteuerung ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Steuererleichterungen für Reeder und insgesamt für das große Kapital bleiben erhalten.

Beibehaltung aller Maßnahmen für die Minderung der Renten, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die Verringerung von Sozialbeiträgen der Unternehmer.

Ergreifung neuer Maßnahmen zur Abschaffung von der noch erhaltenen Möglichkeit zum Vorruhestand, damit die Rente ab 67 für alle eingeführt werden kann, zur Abschaffung des Zuschusses an Rentner mit sehr niedriger Rente, zur Erhöhung der Sozialbeiträge der Beschäftigten, zur Vereinheitlichung der Sozialkassen mit einer Anpassung der Rechte nach unten. Es werden noch weitere harte Maßnahmen im Namen der künftigen Tragfähigkeit der Sozialversicherungssysteme geprüft.

Beibehaltung „mittelalterlicher Verhältnisse“ in den Betrieben, Einfrierung der Tarifverträge, Beibehaltung der reduzierten Löhne, und Verabschiedung neuer arbeiterfeindlicher Maßnahmen im Namen der Anpassung an die Richtlinien der EU zum flächendeckenden Inkrafttreten von individuellen Verträgen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Ausweitung der Teilzeit- und befristeten Arbeit sowie der flexiblen Arbeitsverhältnisse.

Inanspruchnahme des sogenannten „Werkzeugkastens“ der imperialistischen OECD (die die Regierung für einen strategischen Partner hält!), der die Öffnung von Berufen, die Abschaffung des Sonntagsarbeitsverbots u.a. vorsieht.

Beibehaltung der bisherigen und Vorantreiben neuer Privatisierungen bei den Häfen, bei 14 regionalen Flughäfen, der Bahn, dem Gaswerk u.a. Schaffung einer Art Treuhand für den Verkauf des öffentlichen Eigentums, damit 50 Milliarden € zur Abzahlung der Kredite zusammen kommen usw.

Schaffung eines Primärüberschusses von 1% in 2015, 2% in 2016, 3% in 2017 und 3,5% in 2018 und die Anwendung eines Systems zur automatischen Kürzung von Löhnen, Renten, Sozialausgaben im Falle einer Haushaltsabweichung.

Die Regierung von SYRIZA-ANEL hat das gleiche erpresserische Dilemma gestellt, wie schon die ND und PASOK, um Druck auf das Volk auszuüben, diese Maßnahmen zu akzeptieren: Entweder ein neues härteres Memorandum oder einen Staatsbankrott durch ein Grexit.

Gestellt wurde dasselbe Dilemma wie beim

1. und 2. Memorandum und es wurde jedes Mal verwendet, wenn die Auszahlung einer Rate anstand. Jedes Mal soll das Volk das „kleinere Übel“ wählen, das

am Ende zu einem noch größeren Übel führt. Sogar jetzt, als die volksfeindliche Politik von SYRIZA offensichtlich ist, versucht Tsipras falsche Hoffnungen zu wecken, indem er behauptet, diese Vereinbarung beinhalte eine Regulierung der Schulden (die durch den neuen Kredit steigen) und „Entwicklungspakete“. Es ist bekannt, dass es immer das Volk ist, das die Schulden abbezahlt wird und die „Pakete“ dagegen für die großen Monopole sind, die mehr Profite erzielen werden.

Sechstens, wird die volksfeindliche Politik der Regierung SYRIZA-ANEL auch bei der Außenpolitik deutlich.

Die griechische Regierung hat während der 5 Monate ihrer Regierungszeit die NATO, die USA und die Euroatlantische Achse unterstützt. Sie hat nicht nur die US-amerikanischen und NATO-Militärstützpunkte in Souda, dem Schaltzentrum der imperialistischen Interventionen und Kriege in der Region, in Aktio, in Thessaloniki, in Larissa und andere beibehalten, sie hat sich sogar verpflichtet, diese zu verstärken.

Sie hat verkündet, dass sie in Absprache mit den USA eine neue NATO-Militärbasis auf der Ägäis-Insel Karpathos gründen wird. Sie hat sich offiziell verpflichtet, die Streitkräfte und Militärstützpunkte für neue imperialistische Kriege in der Region im Namen der Abwehr der Tschihadisten und zum „Schutz der christlichen Minderheiten“ zur Verfügung zu stellen.

Die griechische Regierung lässt Militärübungen zusammen mit den USA und Israel durchführen und erweitert die militärischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum israelischen Staat, der seine Besatzung aufrecht erhält und das palästinensische Volk brutal angreift. Die sogenannte „multidimensionale Politik“ mit Russland, China und den BRICS-Staaten findet mit dem Ziel der Förderung der Interessen der Monopole, zur Steigerung ihrer Position im Energiesektor und im Rahmen von allgemeinen imperialistischen Konkurrenzen, statt. So wird unser Volk in neue Abenteuer verwickelt.

EINIGE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die arbeitenden Menschen in Europa und in der ganzen Welt können wichtige Schlussfolgerungen aus den Entwicklungen in Griechenland ziehen. Sie sollten die politischen Kräfte, die den kapitalistischen Entwicklungsweg und die EU als zwischenstaatliche imperialistische Vereinigung verteidigen, verurteilen.

Die Kommunistinnen und Kommunisten, die Arbeiterinnen und Arbeiter müssen die Entwicklungen auf der Basis der tatsächlichen Ereignisse einschätzen.

Sie sollten die Haltung Dutzender Kommunistischer Parteien wertschätzen, die versucht haben, die Entwicklungen in Griechenland mit Hilfe von Klassenkriterien zu erklären, und nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus zur Unterstützung des Kampfes der KKE beigetragen haben. Diese Parteien haben die Informationsbeiträge und Interviews mit Vertretern der KKE veröffentlicht, sie schrieben entsprechende Artikel und positionierten sich gegen die Verwirrungen, die SYRIZA und ELP verbreiteten.

Die KKE dankt den vielen Kommunistischen Parteien und Kommunistischen Jugendorganisationen in der ganzen Welt, die ihre Solidarität in vielfältiger Weise ausgedrückt und den Kampf unserer Partei und der KNE unterstützt haben.

Wir danken den Werktätigen, den Gewerkschaften und den anderen Organisationen der Volksbewegung im Ausland, die den Kampf der klassenkampforientierten Bewegung in Griechenland unterstützen.

Unsere Partei wird weiterhin hart kämpfen und dem ihr entgegen gebrachten Vertrauen gerecht werden.

Der massenhafte Ausdruck der internationalen Solidarität unter Bedingungen des Druckes durch den bürgerlichen ideologischen Apparat und die Intervention der Kräfte des Opportunismus ist wirklich sehr wichtig. Er ist ein Beitrag zu unserem gemeinsamen Kampf, er ist eine wichtige Erfahrung, die in der nächsten Zeit Früchte tragen wird.

Die Kommunistinnen und Kommunisten, die arbeitenden Menschen sollen die Kräfte des Opportunismus und diejenigen Kräfte kritisch betrachten und abweisen, die in dieser Periode die Positionen der KKE verschwiegen haben und sich mit SYRIZA solidarisiert haben, in dem sie das volksfeindliche Wesen ihrer Politik und ihren sozialdemokratischen Charakter beschönigt haben.

Eine besonders gefährliche Rolle bei der Manipulation der Werktätigen spielt die Europäische Linkspartei (ELP), die in den sozialdemokratischen Positionen von SYRIZA ihre eigene Strategie der bürgerlichen Verwaltung und ihre eigenen Positionen der Integration in die EU vertreten sah.

Das war zu erwarten.

Das große Problem ist, dass einige Kommunistische Parteien, die die Positionen von SYRIZA wiedergegeben haben, diese Partei als eine Kraft des Widerstandes gegen die EU darstellten und dabei verschwiegen, dass sie die EU und die NATO verteidigt, und das barbarische kapitalistische System verwaltet.

Diese Kräfte haben das „NEIN“ des Referendums begrüßt, verheimlichten aber, dass sich dahinter das „JA“ von SYRIZA zu einem neuen Memorandum und zu neuen Maßnahmen, die unser Volk weiter bluten lassen, verbirgt.

Sie desinformierten die Werktätigen in ihren Ländern – gewollt oder ungewollt. Sie haben die Haltung der griechischen Regierung mit der Verteidigung der „Volkssouveränität“ in Verbindung gebracht. Aber die Realität lehrt uns, dass ein Volk, das von den Erpressungen der Kräfte des Kapitals umzingelt ist, ein Volk, das unter Hunger und Arbeitslosigkeit leidet, verursacht von den Kapitalisten, die die Macht und das Eigentum an den Produktionsmitteln besitzen, nicht souverän sein kann.

Die Haltung dieser Parteien hat sich objektiv gegen den Kampf der KKE gewandt. Sie fungierte gegen die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksschichten in Griechenland, wie in jedem anderen Land, weil die Unterstützung der neuen Sozialdemokratie den Gegner der arbeitenden Menschen stärkt und Illusionen und Verwirrungen stiftet.

Es gibt keine Rechtfertigung. Die Verantwortung ist groß. Die Parteien, die die Positionen der KKE verheimlicht haben, Unterstützungsaktionen für SYRIZA organisiert haben und die Sozialdemokratie begrüßt haben, sind bloßgestellt.

Die Kundgebungen z.B. in Paris, in Brüssel, in Nikosia, in Lissabon und anderen Städten, unabhängig von den Veranstaltern und den Losungen, wurden in der Praxis von SYRIZA als „linkes“ Alibi benutzt, um die eigene Position zu stärken, um als „Retter“ zu erscheinen und neue harte volksfeindliche Maßnahmen gegen die griechischen Werktätigen durchzusetzen.

Wir sprechen nicht zum ersten Mal solche Themen an. Die Folgen des opportunistischen Einflusses in den Linien der kommunistischen Bewegung und die Folgen der Konterrevolution dauern an und sind schmerzhaft.

Unsere Partei hat bekanntlich seit Jahren internationale Solidarität auch gegenüber Kommunistischen

Parteien, die heute mit unserem politischen Gegner zusammengehen, praktiziert. Die KKE folgt ihren Prinzipien und genau so werden wir auch weiter machen.

Aber über die Entscheidung von Kommunistischen Parteien, die sich auf die Seite der Sozialdemokratie gestellt haben, muss in der europäischen und internationalen kommunistischen Bewegung eine Diskussion eröffnet werden und entsprechende Schlussfolgerungen daraus gezogen werden.

Wenn man den klassenmäßigen revolutionären Kompass verliert, wird zur Verwaltung des Kapitalismus geführt, auch wenn man den Namen kommunistisch beibehält, auch wenn man sich formal auf den Sozialismus bezieht. Dies hat die historische Erfahrung bestätigt. Das ist auch das Problem jener Kräfte, die das „Sektierertum“ als Verunglimpfung benutzen, damit sie den revolutionären Kampf beschuldigen und den eigenen Rückschritt von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Entscheidung für die bürgerliche Verwaltung verbergen.

Die letzten Entwicklungen haben wichtige Themenfelder eröffnet, die noch tiefer diskutiert werden sollten.

Die sozialdemokratischen Parteien vom Typ SYRIZA und Podemos arbeiten für die Manipulation der Arbeiterklasse und die Sicherung der kapitalistischen Verwaltung mit pseudolinken Parolen.

In Wirklichkeit hat das Beispiel von SYRIZA noch einmal bewiesen, dass die sogenannten „linken Regierungen“ eine Form der Verwaltung und Reproduktion der kapitalistischen Ausbeutung sind. Sie verbreiten Illusionen, lähmen Kräfte des Volkes und führen zur Stärkung von konservativen Kräften und der Rückkehr von rechten Regierungen. Die Beispiele von „linken Regierungen“ in Frankreich, Italien, Zypern, Dänemark, aber auch in Ländern Lateinamerikas, bestätigen diese Einschätzung.

Die Position, die den Ersatz des Euro durch eine nationale Währung, z.B. die Drachme in Griechenland, als volksfreundliche Lösung darstellt, eine Position, die durch verschiedene linksradikale Gruppierungen und durch SYRIZA-Funktionäre, die gegen das 3. Memorandum im Parlament gestimmt haben, unterstützt wird, bedeutet „Sand in die Augen“ der Werktätigen „zu streuen“. Die Währung allein kann kein Problem zu Gunsten des Volkes lösen. Die kapitalistische Ausbeutung wird weiter existieren. Das, was die Entwicklungen bestimmt, ist, welche soziale Klasse die Macht und

die Produktionsmittel besitzt.

Der Versuch, die Entwicklungen durch Positionen zu erklären, die Griechenland als eine „Kolonie“ darstellen, hat keine objektive Grundlage. Die Ziele und die Interessen der Bourgeoisie werden dabei weggewischt und die ungleichmäßige kapitalistische Entwicklung und die ungleichen Beziehungen zwischen den Ländern nicht berücksichtigt.

Die vorherrschende Option der griechischen Bourgeoisie ist der Verbleib Griechenlands in der NATO und der EU und die Abtretung von Souveränitätsrechten. Sie ist eine bewusste Entscheidung, die auf die Absicherung des Kapitalismus und die Verteidigung der Interessen der Monopole in den imperialistischen Bündnissen abzielt.

Die Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Haltung Deutschlands und der Versuch der Erklärung der Entwicklungen durch „einen Putsch Schäubles“ verdeckt das Wesen der innerimperialistischen Konkurrenzen und der gegensätzlichen Interessen.

Die Entscheidung der Regierung SYRIZA-ANEL Bündnispartner zu wählen, z.B. die USA oder Frankreich, hat nichts mit den Interessen des Volkes zu tun, sondern mit den Interessen der Monopole. Diese Entscheidung verwickelt unser Volk weiter in den imperialistischen Konkurrenzkampf.

Charakteristisch sind die kürzlich geäußerten Worte des SYRIZA-Funktionärs und stellvertretenden Ministerpräsidenten (Jannis Dragasakis): „Wir müssen der Regierung der USA und dem Präsidenten Obama öffentlich danken, denn ohne ihre Hilfe und ihre Beharrlichkeit, dass die Vereinbarung auch die Fragen des Schuldendienstes und des Wachstums beinhalten muss, hätten wir vielleicht keinen Erfolg gehabt.“

DER KAMPF DER KKE

Die KKE schritt voran, indem sie ihre Strategie auf der Basis der zeitgemäßen Anforderungen des Klassenkampfes weiterentwickelt hat. Sie hat Theorien über „Zwischenstadien“ bei der Verwaltung des Ausbeutungssystems und verschiedene Varianten der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Demokratie verworfen, und verteidigt die Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus.

Unsere Partei hat die antikapitalistische-antimonopolistische Linie des Kampfes verfolgt, die Linie der Konzentration und Vorbereitung der Arbeiter- und

Volksmassen für den Sturz des Kapitalismus, für die Erringung der Arbeiter- und Volksmacht, den Sozialismus. Die KKE lehnt die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Partei SYRIZA und jegliche Beteiligung an einer Regierung der bürgerlichen Systemverwaltung ab.

Die KKE gab bei den Wahlen 2012 eine entschiedene Antwort, in dem sie unter schwierigen Bedingungen den selbständigen politischen, ideologischen und Massenkampf im Sinne der zeitgemäßen Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der Volksschichten fortsetzte.

Sie hat den Wahlkampf 2015 mit einer Steigerung ihrer Kräfte geführt, und nutzt ihre 15 Abgeordneten zur Aufdeckung der Probleme des Volkes. Sie reicht wichtige Gesetzesvorlagen beim Parlament ein, wie diejenige über die Abschaffung der Memoranden und der Anwendungsgesetze, über die sich die Regierung seit 5 Monaten weigert, auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die KKE nutzt ihre Europaabgeordneten im Sinne der Werktätigen, indem sie ein neues Niveau wichtiger politischer Interventionen erreichte, nach dem Austritt aus der GUE/NGL, die zu einer Zweigestelle der ELP geworden ist.

Fortsetzung dieses politischen Kampfes ist die stolze Haltung der KKE bei dem Referendum, bei dem sie die volksfeindliche Politik der Regierung SYRIZA-ANEL, der Troika und der bürgerlichen Parteien, die die EU um jeden Preis unterstützen, aufgedeckt hat, und ihre Position unter das Volk verbreitete.

Unsere Partei interveniert entschieden bei den politischen Entwicklungen, bekämpft die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten, arbeitet unermüdlich in den Betrieben, in der Arbeiter- und Volksbewegung, ist an vorderster Front bei den Kämpfen der Arbeiterklasse, der Bauern, der Mittelschichten und der Jugend. Sie setzt ihre internationalistische Aktivität fort, stärkt ihre Beziehungen zu mehreren Kommunistischen Parteien in der ganzen Welt und versucht ihre Erfahrung mit den Kommunistinnen und Kommunisten und mit Vorkämpfern aus der Arbeiterklasse im Ausland zu diskutieren.

Wir stehen vor sehr ernsten Aufgaben. Die KKE setzt den Schwerpunkt auf die Organisation des Widerstandes gegen die volksfeindliche Vereinbarung der Regierung SYRIZA-ANEL, damit die Anforderungen erhöht werden, und sich eine durchsetzungsfähige Bewegung entwickelt, die die Rücknahme der Verluste und die Befriedigung der zeitgemäßen Bedürfnisse einfordert.

Die klassenbewusste Bewegung, die PAME und die anderen kämpferischen Zusammenschlüsse steigern die Massenmobilisierungen, unternehmen große Anstrengungen für die Organisation einer Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der an Arbeitslosigkeit und Armut leidenden, zur Unterstützung der Rentner, der Werktätigen, die in den Schlangen vor den Bankautomaten stehen, um einen aufgrund der Einschränkungen kleinen Teil ihrer Rente oder ihres Gehaltes abzuheben.

Das erfolgt durch Kampfkomitees in den Betrieben, den Fabriken, den Ämtern, den Krankenhäusern, den Supermärkten, durch die Mobilisierung der Volkskomitees in den Stadtteilen.

Diese Organisationsformen sind wertvolle Instrumente bei der Stärkung des Kampfes des Volkes.

Auf diesem Weg machen wir weiter und rufen die Arbeiterklasse und die Volksschichten auf, dem politischen Vorschlag der KKE massenhaft und entschieden anzuschließen, für die bestmögliche Organisation der Arbeiterinnen und Arbeiter, den Wiederaufbau der Arbeiterbewegung, um das Volksbündnis zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern und den armen Volksschichten zu stärken. Um dem Kampf für tiefe radikale Änderungen Stärke zu verleihen, dem Kampf für die Vergesellschaftung der Monopole, mit wissenschaftlicher Zentralplanung der Wirtschaft, mit Austritt aus der EU-NATO und dem Aufbau von gegenseitig vorteilhaften Beziehungen zu anderen Ländern und Völkern, für die einseitige Streichung der Schulden, für die wirkliche Macht der Arbeiterklasse und des Volkes.

*Der Artikel erschien zuerst auf der deutschsprachigen Homepage der KKE:
<http://inter.kke.gr/de/articles/Ueber-die-Situation-in-Griechenland-und-die-volksfeindliche-Rolle-von-SYRIZA/>, abgerufen 9.9.2015.*

JENSEITS DER EUROLINKEN. DIE ROLLE DER SYRIZA, DIE STRATEGIE UND TAKTIK DER KKE UND WAS DARAUS ZU LERNEN WÄRE

VON THANASIS SPANIDIS

Alp Kayserilioglu hat auf diesen Seiten kürzlich einen Artikel unter dem Titel „Das Totalversagen von SYRIZA, die linke Grexit-Debatte und der neue europäische Sozialchauvinismus“ veröffentlicht. Ich möchte diesen Text hier einer ausführlichen Kritik unterziehen und dabei gleichzeitig auch andere typische linke Fehler in der Diskussion um Griechenland berühren. Angesichts des verheerenden sozialen Massakers, das die angeblich „linke“ Regierungspartei Syriza mit den EU-Gläubigerinstitutionen ausgehandelt hat und angesichts der Hoffnungen, die breite Teile der deutschen Linken in das Projekt „linke Regierung“ in Griechenland gesteckt haben, handelt es sich hierbei um Diskussionen von größter Wichtigkeit. Es geht dabei um Alles: Wer ist der Gegner? Was sind die Gefahren in der jetzigen Situation? Wie kam man zu solchen vollkommenen Fehleinschätzungen? Welche Organisations- und Bewegungsformen sind in der Lage, den Kapitalismus potentiell infrage zu stellen? Was hat es mit denjenigen Teilen der „Linken“ zu tun, die die EU und die Eurozone nach wie vor als notwendigen Rahmen ihrer Politik akzeptieren? Kurz gesagt: Wie kann eine Bewegung entstehen, die breiteste Massen umfasst und die Situation der ständigen Rückzugsgefechte beendet, in der sich die Arbeiterbewegung und andere progressive Bewegungen seit den konterrevolutionären Umwälzungen von 1989/90 befinden und die Tag für Tag weltweit immer noch schlimmere Zustände hervorbringt?

**BLOCKUPY, LINKSPARTEI UND ANDERE:
DIE EUROPHORIE DER REFORMISTISCHEN
LINKEN IN DEUTSCHLAND**

Kayserilioglu hat dabei keineswegs nur Unsinn geschrieben. Wir sind uns einig in der Beurteilung von Stellungnahmen à la Blockupy oder von Thomas Seibert im Neuen Deutschland. Der Blockupy-Text offenbart einmal mehr den desaströsen Zustand, in dem sich der Großteil der deutschen „Linken“ heute befindet. Wenn die Abgrenzung vom „dogmatischen“ und „autoritären“ Kommunismus nur einmal geklärt ist, scheint bei diesen Linken schlicht alles erlaubt zu sein. Man sonnt sich in der Gewissheit, dass die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) als „stalinistische“ und überhaupt einfach böse Partei ja sowieso, quasi aus dem Begriff selbst abgeleitet, im Unrecht sein muss, woraus sich wiederum ableiten lässt, dass die Syriza als ihr politischer Gegenspieler im Recht ist – denn wenn der Revolutionsbegriff der KKE, der auf Mobilisierung des Klassenkampfes am Arbeitsplatz, im Stadtteil und auf der Straße für die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates setzt, laut Blockupy-Stellungnahme „verrostet“ ist, wenn also die Herrschaft des Kapitals gar nicht oder zumindest nicht in absehbarer Zeit, bis sich die Kräfteverhältnisse und die „Hegemonie“ in der EU mit dem Zauberstab plötzlich

ändern lassen, vermeidbar ist, dann bleibt auch nicht viel mehr übrig, als das System dann doch wenigstens möglichst gut funktionieren zu lassen. Denn dass Kapitalakkumulation immer noch besser ist als scheiternde Kapitalakkumulation mit Krisen und Arbeitslosigkeit, das hat man bei Marx immerhin gelernt. Der Status Quo wird von der Eurolinken angebetet mit denselben Argumenten, wie man sie auch in der FAZ findet, nämlich dass alles andere noch schlimmer wäre, weil Chaos, Staatsbankrott, noch mehr Krise, noch mehr Elend, wenn nicht gar autoritärer Elendsverwaltungssozialismus mit Gulag, Stacheldraht und Stalin. Überhaupt das Programm eines sozialistischen Befreiungsschlags ist diesen Linken ein Gräuel, weshalb sie es mit dem Etikett „parteikommunistisch“ aus dem Diskurs verbannt sehen wollen – diese „Linksradikalen“ wollen natürlich ihren „Kommunismus“ ganz ohne Parteien (böse!), Klassenkampf (Hilfe!) oder gar Revolution (Gottseibeins!), allein mithilfe von Uni-Lesekreisen und ganz im Rahmen des (natürlich von Zwang und Gewalt gänzlich freien) bürgerlichen Rechts erreichen. So unterstellen sie den Revolutionären in Griechenland, sie wollten den Menschen gegen ihren Willen, mithilfe der Staatsgewalt (wie soll man die eigentlich erobern ohne die Massen hinter sich?) etwas aufzwingen, was sie nicht wollten. Natürlich ist das genau dasselbe Argument, das die Systemverwalter von Syriza und die Sozialdemokratie im Allgemeinen immer schon vorbringen, wenn ihnen sonst nichts mehr einfällt: Die Massen wollen ja die Revolution nicht, sie wollen ja nun mal den Kapitalismus und wer sind wir, ihnen ihren sehnlichen Wunsch abzusprechen? Dass es aber Syriza war, die von allen Parteien des griechischen Parteiensystems den größten Beitrag dazu geleistet hat, dass sich die Bewusstseinslage der Massen nicht ändert, jedenfalls nicht in eine progressive Richtung, wird geflissentlich unterschlagen – nein, man deutet die Lage sogar zum Gegenteil um: „Die Hoffnung auf eine Lösung im Rahmen der europäischen Verträge ist der Ausgangspunkt der politischen Strategie von Syriza gewesen. Darin (!!!) hat sie die Gesellschaft radikalisiert“. Also gerade weil man die Menschen in ihren Illusionen bestärkt hat, die autoritär-technokratisch-neoliberale Diktatur der Banken und Konzerne in Brüssel wäre eine „europäische Familie“, in der man nur die lieben „Partner“ nett bitten müsste, damit sie der Athener „Linksregierung“ jeden Wunsch von den Lippen ablesen, gerade deswegen habe sich das Bewusstsein der Massen radikalisiert. Wo die Texteschreiber bei Blockupy eine Radikalisierung des Massenbewusstseins ausgerechnet in den Monaten der „Linksregierung“ erkennen wollen, bleibt freilich ohnehin deren Geheimnis, aber dazu später noch mehr.

Die Beschleunigung der Verelendung, die jetzt mit linken Weihen in Griechenland implementiert wird und mit mathematischer Präzision dazu führen wird, dass noch mehr Menschen selbst die nackte Existenz verlieren, dass die Gewerkschaften weiter ausgehöhlt werden und der Widerstand angesichts des totalen Elends verstummt, gerade zu einer „Atempause“ umzudeuten, das ist schlicht Orwellscher Neusprech, die den „humanitären Friedenseinsätzen“ von Schröder und Scharping in nichts nachsteht.

Die Europhorie der Bourgeoisozialisten von Blockupy, Linkspartei und anderen bemüht natürlich immer wieder das „Argument“, man müsse innerhalb der EU kämpfen, weil dort ja die Herrschaftsverhältnisse seien. Mit demselben „Argument“ kann man natürlich auch in jede x-beliebige Regierung eintreten, denn diese ist ja wohl kaum ein Ort, an dem die Herrschaftsverhältnisse abwesend sind. Die strategisch und taktisch entscheidende Frage, auf welchem Terrain die objektiven und subjektiven Voraussetzungen bestehen, auf dem Kämpfe überhaupt geführt und gewonnen werden können, wird so elegant umgangen. Zweitens werden der Kampf auf dem institutionellen Terrain der EU, der angesichts der autoritären Architektur der EU freilich nur extrem eingeschränkt überhaupt möglich ist, und der grenzüberschreitende Kampf in Europa, etwa durch koordinierte Aktionen, mit etwas völlig anderem in einen Topf geworfen, nämlich mit der Befürwortung der EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes. Natürlich ist es aber ohne Weiteres möglich, wie die KKE Abgeordnete im EU-Parlament zu haben, dieses als Tribüne zu nutzen und gleichzeitig für den Austritt aus der EU und für ihre Zerschlagung zu kämpfen.

Letztlich spitzt sich die Auseinandersetzung mit den Europhorie-„Linken“ auf die Frage zu, ob man, ganz „traditionell“ und „parteikommunistisch“ die breite Masse der Unterdrückten, Entrechteten, Verarmten in einer Front gegen die winzige plutokratische und parasitäre Oligarchie vereint, die vom herrschenden Zustand profitiert, oder ob man wie Syriza und Blockupy Kapitalvermehrung, „Wettbewerbsfähigkeit“ und das EU-Fiskalregime zum Sachzwang umdeutet, den die Linke nur noch mitexekutieren kann. Die Trennlinie im politischen Klassenkampf, im Kampf zwischen Reaktion und Fortschritt verläuft letztlich nicht zwischen einem ominösen „linken“ und einem „rechten“ Lager, sondern zwischen den revolutionären Gegnern der herrschenden (Un-)Ordnung einerseits und ihren Verteidigern, ob aus „linken“ oder rechten Beweggründen, andererseits. Das heißt natürlich nicht, dass jeder, der kein Revolutionär ist, ein Feind der Sache wäre,

den man nicht gewinnen kann. Aber diejenigen politischen Kräfte, die sich im entscheidenden Augenblick auf die Seite des Systems stellen, sind es.

Die systemtreuen Eurolinken sind in den entscheidenden Punkten der heutigen Politik faktisch längst ins Lager der Reaktion übergelaufen, sie spielen heute die Rolle der Sozialdemokratie von 1914: Auch damals war die SPD die gefährlichste aller Parteien, weil sie nicht nur das Gemetzel des Ersten Weltkriegs mittrug, sondern den potentiellen Widerstand dagegen enthaupdete, sodass es Jahre dauerte – Jahre mit Millionen Toten und unvorstellbaren Zerstörungen – bis sich die Arbeiterklasse wieder einen autonomen politischen Ausdruck schaffen konnte. Die heutigen Europhoriker auf der Linken tragen das autoritäre Verelendungsregime der EU mit, denn die EU liegt ihnen ebenso „am Herzen“, wie es Ebert damals, bei der Niederschlagung der Revolution, in Bezug auf das Kaiserreich ausdrückte. Klar hat man dabei „Bauchschmerzen“, denn die heutige (!) EU ist ja nicht das, was man will, so wie auch der preußische Militärstaat nicht das war, was die SPD wollte. Aber am Ende stimmt man zu und verkauft alles als einen schmerzlichen, aber gewinnbringenden Kompromiss. Damals hat niemand diese Sorte von Linken besser karikiert als Kurt Tucholsky. So weit teile ich die Einschätzung des Artikels von A.K.

Ab diesem Punkt scheiden sich jedoch unsere Ansichten. Konkret bin ich anderer Meinung a) bei der Einschätzung der Einigung mit den Gläubigern, weil ich auch den Charakter der Syriza anders beurteile, b) bei der Einschätzung der KKE und c) bei den Schlussfolgerungen, wie es weiter gehen sollte.

DER CHARAKTER DER SYRIZA ALS BÜRGERLICHER SYSTEMPARTEI

Kayserilioglus Einschätzung der Einigung zwischen der Athener Regierung und den Gläubigerinstitutionen konzentriert sich in der Formulierung, das Experiment Syriza sei „gnadenlos und brutal an der Wand zerdrückt worden“.

So kann man das eigentlich nur sehen, wenn man davon ausgeht, es wäre der Führungsgruppe in Syriza wirklich um tiefgreifende Reformen gegangen. Sicher ist das Ergebnis der Verhandlungen nicht das von Syriza angestrebte. Insofern ist Tsipras zu einem gewissen Grad glaubwürdig, wenn er die Einigung als schlechten Kompromiss kritisiert. Aber die Entscheidung für das

strategische Projekt Euro und EU, für die Akzeptanz der Profite des Kapitals als Grundlage jeder Politik lag immer noch bei der Regierung. Niemand hat sie zu irgendetwas gezwungen, sondern sie hat im Familienstreit der europäischen Bourgeoisie und ihrer politischen Vertretung angesichts der Übermacht des deutsch geführten Machtkartells den Kürzeren gezogen. Sie hat sich aber angesichts dessen entschieden, die Kröte zu schlucken, um die „europäische Perspektive des Landes“ zu sichern, die eben auch für die transnationalisierten monopolistischen Fraktionen der griechischen Bourgeoisie Grundlage ihrer Profitstrategie ist.

Betrachtet man lediglich die institutionell-politische Ebene, dann erscheint der Souveränitätsverlust (richtiger: Souveränitätsverzicht) Griechenlands durch den Treuhand-Privatisierungsfonds als moderne Form kolonialer Unterwerfung, als Zerstörung der nationalen Unabhängigkeit des Landes. So schätzt auch der Kayserilioglu-Text im LCM die Situation ein. Dieser Befund ist aus meiner Sicht im Wesentlichen falsch, hat aber einen wahren Kern. Wahr ist daran, dass natürlich für ein Land wie Griechenland, dass sich in der Hierarchie des internationalen imperialistischen Systems in einer Zwischenposition befindet, die ökonomischen Spielräume der Politik relativ begrenzter sind und dass durch den Modus des Krisenmanagements diese Spielräume weiter eingeschränkt werden. Falsch ist er aber, weil er suggeriert, die herrschende Klasse Griechenlands und ihre politische Vertretung hätten sich nicht aus ureigenen Beweggründen für diese Politik entschieden – und noch einmal, das bedeutet nicht, dass man mit dem Ergebnis, so wie es real dabei herausgekommen ist, rundum zufrieden ist. Es bedeutet nur, dass auch die Länder mit weniger starken ökonomischen Strukturen, wozu im Vergleich zur BRD selbst Frankreich gehört, Kompromisse eingehen müssen, um für ihre Bourgeoisie die EU und den Euro als Ausgangspunkte der Globalstrategien ihres imperialistischen (monopolistischen) Kapitals zu sichern.

Die Syriza-Führung hat bereits lange vor der Regierungsübernahme immer wieder den Spitzen des monopolistischen Kapitals gegenüber die eigene Ungefährlichkeit bezeugt: In Redebeiträgen vor den Unternehmerverbänden, wo man „gesundes Geschäftsklima“ und „Wachstum“ versprach¹, im Parlament, wo man sich als Garant der Stabilität angesichts des Chaos und der Gefahr durch die „Extreme“ anpries² und vor allem natürlich durch die Praxis, in der Syriza sich als zuverlässiger Partner der Arbeitge-

►1 Rizospastis vom 3.5.2012

►2 Rizospastis vom 3.5.2012

berschaft einen Namen machte: Die Syriza zugehörige Fraktion „Avtónomi Parémvasi“ in den Gewerkschaften zeichnet seit Jahren verantwortlich für Unterschriften unter Lohnkürzungen, die Einfrierung von Löhnen, Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich, Massenentlassungen und die Einführung von Leiharbeit³. All das natürlich nie ohne Sachzwang-Argumente, wie man sie auch von der DGB-Führung kennt. Streikende Hafentarbeiter wurden von Tsipras als „von Sinnen“ beschimpft, Stahlarbeiter wurden vom Streik abgehalten mit der Begründung, Streiks würden den Arbeitgebern (!) nutzen. Die Avtónomi Parémvasi arbeitet vertrauensvoll zusammen nicht nur mit dem Kapital, sondern auch mit Streikbrechern und sämtlichen anderen Fraktionen in den Gewerkschaften, um den Einfluss der klassenkämpferischen Kräfte in der PAME zurückzudrängen – in Einzelfällen sogar mit Neonazis, denn der Zweck heiligt die Mittel⁴. In Parlamentsreden haben die Vertreter von Syriza sich auch als eifrige Befürworter von „Strukturreformen“ hervorgetan: Nur sie seien in der Lage, die „tiefen Reformen“ umzusetzen, weil – und hier steckt der Teufel im Detail – nur sie nicht korrupt seien⁵. Selbst unverbesserlichen Syriza-Freunden müsste klar sein, was mit diesen „Reformen“ gemeint ist, denn offensichtlich ist der Hauptunterschied zu den anderen bürgerlichen Parteien ja nicht das Programm und die Klassenperspektive sondern die Korruption, also das Funktionieren bzw. Nichtfunktionieren als effiziente Kraft der Systemverwaltung.

Unter dieser Perspektive ist das Führungspersonal von Syriza von Anfang an als nützliches Werkzeug der Bourgeoisie (oder: eines Teils der Bourgeoisie) zu sehen und nichts weiter. Das bedeutet nicht, dass alle Mitglieder oder auch etwa alle Parlamentsabgeordneten der Partei sich dieser Rolle ganz oder teilweise bewusst wären. Mir geht es um die objektive Funktion sowie darum, dass man schon eine bestimmte Weltanschauung im Kopf haben muss, um so zu agieren wie oben beschrieben.

Eine Einschätzung in dieser Klarheit vermisst man in dem Artikel. Darin sind die Sozialdemokraten von Syriza zwar Verbreiter von Illusionen und letztlich Umsetzer einer Politik zum Schaden der Massen, aber im Wesentlichen sind sie doch immer noch auch selbst Getäuschte, die ja wollten, wenn man sie denn gelassen hätte. Dabei versteigt er sich gar zu der Absurdität, eine Syriza-Regierung hätte im Falle eines Grexit Beziehungen zu Venezuela und sogar Kuba aufnehmen kön-

nen und sollen, weil in deren Regierungen „ideologisch und strategisch-längerfristig ähnliche Ziele vorherrschen“. Nun mag man vieles von dem, was Fidel Castro auf seine alten Tage so schreibt, für Müll halten, aber diese herausragende Persönlichkeit der internationalen kommunistischen Bewegung auch nur in die Nähe eines Wurmfortsatzes der EU-Bürokratie wie Syriza (selbst wenn sie sich denn für den „Grexit“ entschieden hätte) zu rücken, zeigt ein tiefgreifendes Unverständnis über den Charakter der Sozialdemokratie im Allgemeinen und der griechischen im Besonderen.

„TOTALVERSAGEN“ VON SYRIZA ODER EINFACH ERFOLGREICHE UMSETZUNG DER STRATEGIE DES KAPITALS?

Es ist auch irreführend, von einem „Totalversagen“ der Syriza zu sprechen. Aus meiner Sicht hat Syriza lediglich eine taktische Niederlage erlitten, wesentliche Teile ihres strategischen Projekts aber trotzdem (!) bisher mehr oder weniger erfolgreich umsetzen können. Strategisch geht es Syriza erstens darum, Griechenland in der EU, im Euro, in der NATO, kurzum im westlichen imperialistischen Bündnisgefüge zu halten. Tsipras machte dies in einem Fernsehinterview mehr als deutlich: „Ich betone, und das sage ich mit all der Kraft meiner Stimme, dass das Land zum westlichen Lager, zur EU und zur NATO gehört, niemand stellt das infrage.“⁶. Dies wird als Voraussetzung betrachtet, um zweitens die Position des griechischen Kapitals und des griechischen Staates im Standortwettbewerb zu verbessern (bzw. den Absturz aufzuhalten). Drittens, und hier liegt der Hauptunterschied von Syriza zu den anderen Parteien der Bourgeoisie, setzt man dafür nicht auf das absolute Primat der Austerität und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, höchstens noch begleitet von der expansiven Geldpolitik der EZB, sondern auf einen flexibleren Politik-Mix, der neben angebotsseitigen („neoliberalen“) Strukturreformen auch keynesianische Elemente einschließt und punktuell die extreme Armut eindämmt – nämlich da, wo sie für das Gesamtsystem dysfunktional wirkt. Nur in diesem dritten Punkt hat Syriza weniger erreicht als man sich wohl erhofft hatte und weshalb man das Bündnis mit den ähnlich ausgerichteten Regierungen in Paris, Rom und Washington gesucht hatte. Hier hat sich angesichts der politökonomischen Kräfteverhältnisse in Europa die deutsche, monetaristisch und marktradikal austeritätspolitisch

►³ Rizospastis vom 26.4.2012

►⁴ Rizospastis vom 14.1.2015 und 25.11.2014

►⁵ www.antenna.gr, 20.6.2012

►⁶ Interview bei ANT1, 14.5.2014.

ausgerichtete Seite durchgesetzt, während Frankreich wieder einmal zurückstecken musste, um sein übergeordnetes Ziel, die fortgesetzte Bestandsgarantie der Eurozone in ihrer bisherigen Zusammensetzung, absichern zu können.

Ansonsten ist das Syriza-Projekt bislang aber erstaunlich erfolgreich: Das Bewusstsein der Massen hat sich nicht etwa, wie Blockupy meint, durch die Syriza-Regierung „radikalisiert“, außer vielleicht nach rechts, sondern bewegt sich mit rasanter Geschwindigkeit in Richtung Konservatismus. Dies ist nicht trotz sondern eindeutig gerade wegen des Vorgehens von Syriza der Fall. Es ist kein Zufall, dass seit 2012, also seit dem Aufstieg von Syriza zur großen Wählerpartei, die Massenbewegungen rapide an Kraft verloren haben. Von den Hunderttausenden, die 2010 und 2011 in verschiedenen Zusammenhängen, auch in den Reihen der PAME, den Protest auf die Straße trugen, von den Millionen Streikenden sind beträchtliche Teile in das Wählerpotential der Syriza geflossen. Wer aber seine Stimme der Syriza gab, tat dies aus einem bestimmten Bewusstsein heraus, nämlich aus der Erwartung, dass es sich hierbei um die realistischste Chance einer zumindest partiellen Abkehr von der Austeritätspolitik handelte. Einen radikalen Wandel erhoffte sich von Syriza kaum jemand, eher herrschte das Denken vor: Wenn wenigstens die alten Gesichter weg sind und wir eine Regierung bekommen, die in den Verhandlungen wenigstens minimale Zugeständnisse für uns rausholt, ist das schon mal besser als nichts. Syriza wurde also nicht von einer radikalen Massenbewegung ins Amt gehievt, was auch schwer zu erklären wäre, da Syriza zuvor rein gar nichts zu einer Radikalisierung der Massen beigetragen hatte. Mit den vorherrschenden Zuständen, einschließlich der scheinbar unwiederbringlichen Verluste an Lebensstandard und sozialen Rechten hatten sich die meisten Menschen Anfang 2015 schon abgefunden. Die Logik des Syriza-Wahlsiegs war die des vermeintlich kleineren Übels, nämlich der Ersatz einer Regierung auf striktem Austeritätskurs durch eine Regierung, die die Austerität der Memoranda neu verhandeln, aber nicht abschaffen, geschweige denn die Verluste ernsthaft rückgängig machen würde. Es blieb nur noch die vage Hoffnung, mit einem neuen Gesicht und einer Regierung der Linken könnte sich wenigstens irgendetwas bessern. Fortgesetzt hat sich diese Logik folgerichtig in den kommenden Monaten: angesichts der von Syriza mitgeschürten Angst vor dem Euro-Austritt hat man schließlich fast jeden dazu gebracht, härteste Verarmungs- und Sparmaßnahmen zu akzeptieren. Es wurde klar, dass noch keine Radikalisierung oder überhaupt eine neue Qualität darin liegt, wenn

einfach eine neue Regierung gewählt wird, von der man sich irgendeine Verbesserung erhofft.

Insofern drückt der Wahlsieg von Syriza, auch wenn das paradox erscheinen mag, eine Diskursverschiebung eher nach rechts als nach links aus: Der Großteil des Protestpotentials ließ sich in das Korsett des Syriza-Wahlprogramms, also letztlich der EU-Austeritätspolitik zwängen und hörte damit eigentlich auf, widerständiges Potential in irgendeiner sinnvollen Bedeutung des Wortes zu sein.

Ob man Syriza nun als an den eigenen Illusionen und der eigenen Inkompetenz gescheiterten, letztlich aber gutwilligen linken Organisierungszusammenhang auffasst, oder aber als eine Partei des Kapitals für das Kapital, ist keineswegs ein Detail. Denn wie wir sehen werden, kommt der Artikel von A.K. vor diesem Hintergrund zu der Empfehlung, aus der kommunistischen Partei, Antarsya und dem „linken Flügel“ von Syriza eine gemeinsame Linksfront zu bilden – eine Strategie, die allem widerspricht, was die griechischen Kommunisten aus gutem Grund seit vielen Jahren vertreten.

Bei allen Differenzen ist doch zumindest zu konstatieren, dass der Autor im Gegensatz zur Europhorie-Linken nicht die Illusion hegt, eine „Linksregierung“ könnte innerhalb von EU und Euro etwas grundsätzlich anderes durchsetzen als die Politik des Kapitals. Wenn also nach unserer übereinstimmenden Einschätzung von Syriza-Seite kein Heil zu erwarten ist, bleibt die Frage: Was tun?

DER STANDPUNKT DER KKE

Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) hat dazu seit vielen Jahren eine Meinung, die sie nie versteckt, sondern immer offen und unmissverständlich auf den Tisch gelegt hat: Bei Syriza oder generell der Europäischen Linkspartei (ELP) handele es sich um opportunistische Formationen, die mithilfe der EU, also der Kapitalistenklasse, aufgebaut wurden, um die beherrschten Klassen einzubinden, um Widerstand in für das System harmlose Bahnen zu lenken und, im Fall der ELP, bei denjenigen Mitgliedsparteien mit kommunistischer Herkunft eben diese Traditionen langsam aber sicher auszuradieren. Die KKE hat ferner immer gesagt, dass die EU und der Euro Zusammenschlüsse imperialistischer Staaten in Europa sind, die dem Kapital nutzen und der Arbeiterklasse schaden. Sie hat gesagt, dass eine Regierung unter den Bedingungen des Kapitalismus selbst bei besten Vorsätzen

(also auch zB eine hypothetische KKE-Regierung unter kapitalistischen Bedingungen) den Interessen der kapitalistischen Investoren Rechnung tragen muss und daher keine Lösungen für die Probleme der arbeitenden Menschen bieten kann – und dass dies auch für linke Regierungen wie die in Lateinamerika gilt, solange sie keine qualitativen Schritte hin zum Sozialismus unternehmen. Schließlich hat sie immer gesagt, dass eine Lösung nur daher zu erwarten ist, dass sich die Arbeiterklasse, die armen Bauern, kleinen Selbstständigen, die Studenten, Schüler und Rentner in einer gemeinsamen Front zusammenschließen, sich organisieren, somit ihren autonomen, von allen bürgerlichen Kräften und Machtzentren unabhängigen organisatorischen Ausdruck schaffen und um die Staatsmacht als Ganze (und eben nicht nur die Regierung) kämpfen. Nach der Eroberung der Staatsmacht bestehen die politischen Bedingungen für den revolutionären Umbau der Gesellschaft hin zur Arbeiter- und Volksmacht auf allen Ebenen, zur Vergesellschaftung von Industrie, Landwirtschaft, Transport, Dienstleistungen und Finanzwesen, für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau mit den Bedürfnissen der Massen als Orientierungspunkt.

Ich vermute, dass auf dieser allgemein-programmatischen Ebene zwischen der KKE und ihren Kritikern aus dem marxistischen Spektrum keine großen Differenzen bestehen.

Wie kommt es also, dass Kayserilioglu trotzdem zu der Einschätzung kommt, die KKE vertrete einen „kulturkonservativen Dogmatismus“, sie sei lediglich „in Worten sehr revolutionär“, sie überspitze diejenigen Tendenzen in der kommunistischen Arbeiterbewegung, die immer schon falsch waren, noch weiter, sie bete nur „immer die selbe ewig wahre Wahrheit“ vom Sozialismus herunter und habe im Grunde überhaupt keine Taktik (also kleine Schritte zum Aufbau der Klassenbewegung) sondern nur eine Strategie (das Ziel des Sozialismus und der Gesamtplan, dorthin zu kommen)? All dies geht so offensichtlich an der Realität vorbei, dass man sich doch fragt, wie ein belesener und fähiger Linksintellektueller, der den Opportunismus in der deutschen Linken so treffsicher enttarnt, zu so einem Ergebnis kommt. Um eine Arbeiterpartei zu beurteilen beschäftigt sich ein Marxist normalerweise mit ihrem Programm, ihrer theoretisch-weltanschaulichen Grundlage und ihrer Praxis. Bei vielen der KKE-Kritiker entsteht der Eindruck, dass sie nichts davon wissen-

haft getan haben, sonst wüssten sie ja um die Taktiken der KKE.

Ähnlichen Unfug hatte übrigens vor einigen Monaten schon Peter Schaber im Lower Class Magazine behauptet⁷: Die KKE verfolge eine Linie des „Alles oder Nichts“ und warte darauf, dass irgendwie von selbst die Mehrheit der Gesellschaft eines Tages hinter ihr stünde, um dann die Revolution machen zu können. Peter entblödet sich nicht einmal, zu behaupten, die KKE hätte 2010/2011 eine bremsende (!) Rolle gespielt. Dabei konnte jeder Beobachter, der zwei Augen zum sehen hatte, damals beobachten, dass die PAME zentrale Organisatorin sowohl der Generalstreiks als auch der Massenmobilisierungen war, die sonst nur einen Bruchteil der Schlagkraft gehabt hätten, wenn die Gewerkschaftsbürokratie sie nicht ganz verhindert hätte. Und wie bitteschön kommt man, wenn man auch nur ansatzweise das Programm und die Praxis von Syriza der letzten Jahre kennt, zu einer Einschätzung, die Regierung könne sich ähnlich verhalten wie Chávez in Venezuela? Als wäre Syriza eine neue, unverbrauchte Kraft, die nicht schon seit vielen Jahren ihr Unwesen in der Arbeiterbewegung treibt. Eine marxistische, nicht von Wunschdenken und vagen Eindrücken, sondern Fakten und theoretischen Erkenntnissen geleitete Analyse hätte auch damals schon zu einem anderen Ergebnis geführt.

HAT DIE KKE KEINE TAKTIK UND KEINE PRAXIS?

Also der Reihe nach:

Die Behauptung, die KKE sei nur „in Worten“ kämpferisch, in Wirklichkeit aber „kulturkonservativ“, wird in den verschiedenen LCM-Artikeln nicht belegt. Nur den Worten nach revolutionär, das sind Gruppen, die radikale Phrasen dreschen, aber in der Praxis entweder weiter gar nichts tun oder aber, einmal an den Honigtöpfen der Macht gelandet, nichts davon umsetzen. Dass die KKE irgendeinen Anteil an der Staatsmacht hätte, will vermutlich niemand behaupten. Bleibt also der Vorwurf, keine Praxis zu haben – oder, eben anders ausgedrückt, keine Taktik sondern nur eine Strategie (so im Artikel von Kayserilioglu). Praxis im eigentlichen Sinne kann damit aber auch kaum gemeint sein, denn es reicht der flüchtige Blick auf die Homepage der KKE (wer kein griechisch kann, findet dort viele Artikel auch in zahlreiche andere Sprachen übersetzt) um zu sehen, dass die KKE und ihre Mitglieder unermüdlich daran arbeiten, die Arbeiterklasse in den Betrieben, die Studierenden an der Uni, den Widerstand gegen

⁷ Peter Schaber: Eine Chance für die Bewegung, Lower Class Magazine, 30.1.2015.

jeden einzelnen Bereich der herrschenden Politik auf der Straße, in Stadt und Land zu entwickeln. Unzählige kommunistische Kader opfern ihre Karriere und ihre ganze Freizeit für diesen Kampf – das muss denen, in deren Vorstellung die KKE-Leute nur von der Kanzel aus die Weltrevolution verkünden, doch komisch vorkommen. Denn um die Weltrevolution zu verkünden, braucht man nur einen kleinen Medienapparat, nicht aber eine Partei mit Tausenden Mitgliedern, sowie große Gewerkschafts- und andere Kampforganisationen für die breiten Massen. Die KKE hat zu jedem geringen und zu jedem großen Problem der Menschen ausführliche Analysen, Agitationsmaterialien und Forderungskataloge ausgearbeitet, die sie ständig aktualisiert und verbessert und mit denen sie in den Massen um Einfluss kämpft: Die KKE hat umfassende Analysen, Positionen und Forderungen zum Thema des Rentensystems, zum Bildungssystem in Uni und Schule, zur betrieblichen Situation, zur Arbeitslosigkeit, zur Luftverschmutzung, zur Verteidigungspolitik, zur Zypernfrage, zu den Fragen von Krieg und Frieden, zur Frage der doppelten Unterdrückung der Frauen, zur Migrationsproblematik, zum Kampf gegen den Faschismus, zum Aufbau der internationalen kommunistischen Bewegung, zur Wohnungsfrage, zur Agrarpolitik, zum Schutz der kleinen Selbstständigen, zum Gesundheitswesen, zum Drogenproblem und zum Schutz vor Naturkatastrophen, um nur ein paar Beispiele zu nennen. All diese Forderungen wurden auf Grundlage ausführlicher Diskussionen in der Partei entwickelt und sie spiegeln die Erfahrungen vieler Generationen in einer fast 100-jährigen Organisationsgeschichte wider. Es handelt sich um Forderungen wie die nach einem kostenlosen Bildungs- und Gesundheitswesen, nach kostenloser und repressionsfreier Versorgung für Migranten, nach Unterzeichnung der kollektiven landesweiten Tarifverträge angesichts der Zerschlagung des Tarifsystems, nach strafrechtlicher Verfolgung faschistischer Verbrechen, nach Verringerung der CO₂-Emissionen durch Energieeinsparungen oder nach staatlicher Finanzierung der bankrotten Sozialversicherungen. Wäre die KKE so wie in der Vorstellungswelt ihrer Kritiker, hätte sie sich den ganzen Aufwand sparen können, denn dann könnte man sich in jedem Flugblatt oder in jeder Fernsehdebatte darauf beschränken, mal wieder die Revolution zu fordern. Natürlich handelt es sich hierbei um taktische, nicht strategische Forderungen, die aber gleichzeitig in den allgemeinen Rahmen der Strategie eingeordnet werden. Es ist daher notwendig, über die Strategie auch ein paar Worte zu verlieren: Die Strategie der KKE zielt seit dem 19. Parteitag und festgeschrieben in ihrem Programm (das man natürlich dann auch mal lesen sollte) primär auf die Schaffung

eines antimonopolistisch-antikapitalistischen „Volksbündnisses“ ab. Das Volksbündnis soll sich um die autonome Klassenorganisation der lohnabhängigen Klasse gruppieren, aber weit über diese hinausgehen: Neben der PAME als Front innerhalb der Gewerkschaften unterstützt die KKE auch klassenkämpferische Formierungen der Bauern (Bezeichnung des Bündnisses: PASY), der kleinen Selbstständigen (PASEVE), der Studierenden (MAS), der Frauenbewegung (OGE), der Friedensbewegung (EEDYE), der Schüler (Schülerkomitees) und des Widerstands in den Stadtteilen (Volkskomitees). Die Voraussetzungen, um sich an diesem Kampf zu beteiligen, sind einfach: Man muss nur bereit sein, im Hier und Jetzt konsequent für die eigenen Interessen zu kämpfen, also keine Lohnkürzungen hinzunehmen und keine Opfer für die Profite der Oligarchie zu akzeptieren. Niemand muss ein kommunistisches Parteibuch haben, mit den Analysen oder der Strategie der KKE übereinstimmen, oder auch nur die KKE wählen, um gemeinsam mit der PAME zu kämpfen. Wenn dagegen behauptet wird, die PAME würde separate Demonstrationen veranstalten, „weil allen anderen die exakt gleichen Einsichten wie die der KKE fehlen“, dann zeigt das nur, dass der Autor schlicht gar nichts über das Vorgehen der KKE in den Massen weiß.

In den genannten Formationen wird dann mit den oben genannten Forderungen gearbeitet, dabei aber gleichzeitig kein Zweifel daran gelassen, gegen wen und gegen was sich der Kampf richten muss, wenn er erfolgreich sein und die eigene Unterordnung unter das Kapital verhindern will: Der Kampf muss eben ein antimonopolistischer sein, sich also primär und eben auch im Bündnis mit den kleinen Selbstständigen gegen das große Kapital richten. Da aber der Kampf gegen die Monopole nur über das monopolkapitalistische Stadium hinausgehen und nicht hinter dieses zurückfallen kann (in den Konkurrenzkapitalismus) muss dieser Kampf auch schon deutlich antikapitalistische und antiimperialistische Züge tragen, also muss sich gegen den Kapitalismus als System, gegen alle bürgerlichen Regierungen, gegen die imperialistischen Bündnisse wie EU, NATO, IWF, WTO, TTIP usw. richten. Dabei ist die antikapitalistisch-antiimperialistische Ausrichtung des Bündnisses allerdings eine, die sich erst über Jahre hinweg aus der Dynamik des Kampfes und der kommunistischen Beteiligung daran ergab und nicht von vornherein zur Voraussetzung gemacht wurde. Durch das Volksbündnis, so die Strategie der KKE, können die Voraussetzungen geschaffen werden, dass im Falle einer tiefen politischen Krise der Bourgeoisie die Organisationen der Arbeiterschaft eine revolutionäre Situation herbeiführen können. Auch die Strate-

gie der KKE selbst ist also weit davon entfernt, einfache Wahrheiten zu verkünden, sondern stützt sich auf die kleinteilige und anstrengende, durch viele taktische Windungen hindurch verfolgte, aber eben immer durch die strategische Gesamtichtung angeleitete Arbeit in den Massen. Nur so, und eben nicht durch die Verkündung von Wahrheiten alleine (natürlich tut die KKE das auch), konnten unter den Fahnen der PAME und der anderen Ausdrucksformen des Massenkampfes immer wieder Hunderttausende Menschen auf die Straßen und Millionen in den Streik mobilisiert werden. Noch 2011-2012, mitten im Abschwung der Kämpfe also, hat die PAME mit riesigem Aufwand den neunmonatigen und geradezu heroischen Stahlarbeiterstreik bei Aspropyrgos unterstützt und eine internationale Solidaritätskampagne unterstützt. Die Syriza hat zu alldem praktisch gar keinen Beitrag geleistet, ihre Demonstrationen waren ebenso wie die der offiziellen Gewerkschaftsdachverbände ADEDY und GSEE immer klein und vergleichsweise unbedeutend, Streiks hat man links liegen lassen oder sogar offen attackiert. Dass die KKE trotzdem nur einen kleinen Bruchteil der Stimmen der Syriza bekommt, zeigt vor allem eines, nämlich dass eine Stimme für Syriza keinerlei Klassenbewusstsein voraussetzt. Die immer wieder kolportierte nette Geschichte, dass sich Syriza aus einer Massenbewegung heraus entwickelt oder zumindest von ihr getragen an die Regierung gekommen sei, ist nichts als ein Märchen, natürlich mit durchsichtigen Interessen dahinter: Denn schließlich hat die Syriza ein Interesse daran, sich als genuiner Ausdruck spontaner Massenkämpfe darzustellen, zumal ihre Strategie darauf beruht, genau diese spontanen Kämpfe für ihr Regierungsprogramm einzuspannen und so zu entschärfen.

BLEIBT DIE KKE IN ALTEN, ÜBERHOLTEN KAMPFFORMEN GEFANGEN?

Der nächste Vorwurf in Richtung der KKE ist der, die „neuen Kämpfe und Kampfformen aus der zweiten Hälfte des 20. Jh. aber auch des beginnenden 21. Jh. ganz im Stile der KPs im entscheidenden Jahr 1968 nicht ernst“ zu nehmen. Abgesehen davon, dass die KKE wohl kaum mit den bereits reformistisch degenerierten kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens im Jahr 1968 zu vergleichen ist, wäre hier doch wohl nachzufragen, welche neuen „Kampfformen“ und Bewegungen genau gemeint sind. Vielleicht die sogenannte Bewegung der „Empörten“, die einmal für ein paar Monate den Syntagma-Platz in Athen besetzt hielt? Dazu ist nur zu sagen, dass die KKE anfangs

durchaus versuchte, auf dem Platz aufzutreten und mit den Protestierenden ins Gespräch zu kommen. Allerdings handelte es sich um eine Bewegung der Mittelschichten, die strukturell und aus tiefer Verwurzelung jegliche Organisationsform ablehnte und dementsprechend weder die KKE noch die Gewerkschaften auf dem Platz toleriert hat. Durch ihre oberflächliche, populistische und undifferenziert die Parteien ablehnende Rhetorik bot sie auch zahlreichen Faschisten ein Betätigungsfeld, vor allem auf dem oberen Teil des Syntagma-Platzes, und war nicht umsonst ein maßgeblicher Faktor für den Aufstieg der Neonazipartei Chrysi Avgi. Die Forderung nach flexiblem Herangehen an spontane Kämpfe aus dem Volk ist so weit richtig und wichtig, wie sie es erlaubt, die Massenbasis der Klassenbewegung zu verbreitern. Sie wird falsch, wenn sie ihrerseits dogmatisch gehandhabt wird, wenn nämlich ignoriert wird, dass viele Bewegungen ihrer Struktur nach bereits reaktionär sind (man denke an Pegida oder die „Bildungsplangegner“) und nicht von einer kommunistischen Partei einfach umgedreht werden können, oder zumindest nicht mit einem irgendwie vertretbaren Aufwand. Die KKE muss ihre begrenzten Kräfte auf die Orte konzentrieren, wo sie strategisch die größte Hebelwirkung im Kampf gegen das Kapital haben. Dazu gehört auch umgekehrt, bestimmte Bewegungen zu vernachlässigen. Zweitens muss die kommunistische Partei immer den Ausweg weisen und darf nie Illusionen verbreiten. Das impliziert auch eine solidarische, aber unmissverständliche Kritik an Kampfformen, die keinen Ausweg eröffnen. So wurde es bei der „Kampfform“ des direkten Tauschs zwischen Land- und Stadtbevölkerung gemacht (die keineswegs grundsätzlich verurteilt wurde) und bei der Übernahme des Betriebs Vio.Me durch die Belegschaft gemacht, die dadurch Arbeiter und fungierende Kapitalisten in einem wurden. Ganz anders verhielt sich die KKE beim Kampf der Belegschaft des öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders ERT gegen dessen Schließung: obwohl natürlich das öffentliche Fernsehen auch in Griechenland nicht gerade ein Hort des Fortschritts war, solidarisierte man sich man den Beschäftigten und stellte ihnen ohne Bedingungen den eigenen Fernsehsender zur Verfügung, auf dem sie ihr Protestprogramm senden konnten. Dass die KKE aber nicht jede spontane Unmutsäußerung vorbehalt- und kritiklos unterstützt, dass nicht jede sich „links“ nennende Kraft als Bündnispartner infrage kommt, ist eine Schlussfolgerung, die aus fast einem Jahrhundert Erfahrung gezogen wurde. Nicht jeder Kampf führt dazu, dass sich Bewusstsein entwickelt. Kämpfe, die zwangsläufig in Niederlagen enden, führen eher in die Resignation, in die Enttäuschung, in die Abwendung vom organisierten Klassenkampf und

im schlimmsten Fall zur Hinwendung hin zum Faschismus. Diese Kämpfe dann trotzdem, aus Prinzip zu unterstützen, heißt gerade nicht, sich mit den beteiligten Menschen solidarisch zu zeigen, sondern sie ins offene Messer laufen zu lassen. In diesem Jahrhundert hat die KKE Fehler begangen, die ihr fast das Genick gebrochen haben und für die unzählige Menschen mit dem Leben bezahlt haben. Den revolutionären Charakter ihrer Politik hütet die KKE seitdem wie ihren Augapfel – das drückt sich, verstärkt durch die Unterschiede in den politischen Kulturen, eben manchmal auch in Formen aus, die der kampfesentwöhnten, sich gern selbst als „ideologiefrei“ verstehenden und pluralistischen deutschen Linken fremd sind.

VERHÄLT SICH DIE KKE SEKTIERERISCH?

Schließlich der Vorwurf des „Sektierertums“. Hier wird, ähnlich wie in einem Artikel von Heike Schrader vor einigen Tagen in der jungen Welt⁸ das Verhalten der KKE gegenüber anderen Organisationen und auf Demonstrationen als Begründung herangezogen. Hierzu ist zunächst zu sagen, dass die KKE sehr wohl eine Bündnispolitik hat, nämlich die des antikapitalistisch-antimonopolistischen Klassenbündnisses, innerhalb dessen die KP als eine politische Kraft, nämlich die am weitesten vorantreibende, agiert. Die KKE schließt in ihrem Programm ganz explizit nicht aus, dass es auch Kooperationen mit anderen politischen Kräften und Parteien geben kann und hat dies in der Vergangenheit auch mehrfach getan. Das müssten dann Kräfte sein, die im Gegensatz zur Politik des Kapitals stehen, zB eine vorstellbare antimonopolistische Partei des Kleinbürgertums oder der Bauernschaft. Allerdings ist das in der jetzigen Situation eine hypothetische Frage, weil es diese Kräfte offensichtlich nicht gibt. Eine Zusammenarbeit mit der Syriza hat die KKE selbstverständlich abgelehnt, weil es normalerweise keinen Grund für eine kommunistische Partei gibt, gemeinsame Sache mit den Gegnern der Arbeiterklasse zu machen. Natürlich schließt das nicht aus, dass man beispielsweise im Parlament zu Einzelfragen gemeinsam abstimmt, wie es ja in den letzten Monaten auch schon passiert ist. Es macht aber keinen Sinn, wenn beispielsweise die PAME einen Demonstrationenzug organisiert, dessen inhaltliche Linie der Kampf gegen das Kapital um reale Verbesserungen ist und im selben Demonstrationenzug an anderer Stelle diejenigen Organisationen mitlaufen, deren Ziel darin besteht, dem Kapital bessere Bedin-

gungen in der internationalen Konkurrenz zu bieten. Auf der Straße die „Einigkeit der Linken“ zu spielen, sich in den meisten konkreten Kampfsituationen dagegen zu bekämpfen, trägt offensichtlich wenig zur Klärung der Fronten im Klassenkampf, also auch wenig zur Bewusstseinsbildung in der Klasse bei. Dass der Weg zur Revolution nicht geradlinig verläuft, dass er „Umbrüche und Ermächtigungen aber auch Momente von Doppelherrschaft u. dgl. kennt“ (Hervorhebungen i.O.) ist richtig, aber für unsere Frage schlicht irrelevant. Denn unabhängig davon, in welchen Formen die Revolution eines Tages verlaufen können wird, ist die Frage zu klären, welche Kräfte überhaupt grundsätzlich Bündnispartner auf dem Weg dahin sein können. Diese Frage aber ist stets konkret, anhand der konkreten historischen Situation und der jeweiligen Rolle der anderen politischen Kräfte zu entscheiden und nicht anhand von Allgemeinplätzen wie dass alles kompliziert sei, dass alle doch irgendwie dasselbe wollen (das wollen sie nicht!) oder dass es auf dem Weg zum revolutionären Umsturz auch Umwege geben kann.

All dies führt mich zu dem Ergebnis, dass es auch den eher noch gutwilligen Kritikern der KKE wie Alp Kayserlioglu und Heike Schrader eigentlich doch um etwas anderes geht, als sie offen sagen oder ihnen vielleicht selbst auch bewusst ist. Wer behauptet, die KKE habe keine Praxis oder keine Strategie, hat entweder keine Ahnung vom Thema und dazu noch die sehr merkwürdige Vorstellung, derzufolge die KKE einen hunderttausendfachen Massenanhang von anpolitisierten einfachen Leuten hat, ohne sich jemals im Entferntesten um deren Belange gekümmert zu haben. Oder aber, derjenige meint mit „Praxis“ nicht eigentlich Praxis im Allgemeinen, sondern eine ganz bestimmte Form von Praxis: Zum Beispiel die Praxis der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung, oder die Praxis, eine andere, nettere Form des Kapitalismus als Lösung zu propagieren, oder vielleicht auch nur die Praxis, mit jeder politischen Kraft zu kooperieren, die sich irgendwie das Label „links“ oder „sozialistisch“ gibt und die hier und da mal eine richtige Forderung mitträgt. So eine Praxis hat die KKE natürlich tatsächlich nicht und zwar aus guten Gründen.

Der Artikel von A.K. stimmt letztlich in den Chor all derjenigen ein, die der wohl bedeutendsten revolutionären Kraft in Europa im Grunde die Solidarität aufkündigen – denn eine kommunistische Partei, die wirklich nichts zur Entwicklung der Kämpfe beiträgt und die Perspektive der Revolution in die Ewigkeit verlegt, die

⁸ Heike Schrader: Links war gestern, in: junge Welt vom 17.7.2015

⁹ Ebenda

bräuchte tatsächlich kein Mensch. Ebenso Heike Schrader, derzufolge die „die sektiererische Abgrenzung der Gewerkschaft und ihrer dazugehörigen Mutterpartei KKE eher zur gesellschaftlichen Marginalisierung der traditionsreichen Kommunistischen Partei Griechenlands“ beiträgt, als dem Sozialismus zu nutzen⁹. Noch opportunistischer argumentiert sie in einem anderen Artikel: Die Warnung vor den Illusionen von Syriza hätte die KKE „in der ihr eigenen sektiererischen Art“ vortragen. Die Forderungen der KKE seien nicht finanzierbar und durch die internationale Isolation würde das Land sowieso an einer sozialistischen Entwicklung gehindert¹⁰. Angesichts eines solchen Defätismus fragt man sich natürlich, was jemand wie Heike Schrader überhaupt am neuen Tsipras-Memorandum auszusetzen hat, immerhin versichert dieser ja, das sei das Beste gewesen, was man unter den gegebenen Umständen rausholen konnte.

DIE LINKSFRONT ALS AUSWEG?

Zumindest macht sich A.K. in seinem Artikel ernsthafte Gedanken darüber, wie eine Alternative zum neuen Memorandum aussehen könnte. Allerdings kommt er dann zur Schlussfolgerung, die KKE solle sich mit dem linken Feigenblatt der Syriza, nämlich der sogenannten „Linken Plattform“ von Panagiotis Lafazanis und dem linksradikalen Bündnis Antarsya zusammenschließen. Auch hier fehlt wiederum jeder Gedanke dazu, auf welcher Grundlage ein solches Bündnis denn möglich wäre: Die „Linke Plattform“ ist so „links“, dass sie bis heute, auch nachdem alle Masken gefallen sind, noch die Syriza-Anel-Regierung von Alexis Tsipras unterstützt. Ihr „Vorschlag“ eines „Grexit“ hat zudem mit dem programmatischen Vorschlag der KKE nichts zu tun: Dieser verbindet die Herauslösung aus der EU (und nicht nur dem Euro) mit der Streichung aller Schulden und der Errichtung der Volksmacht. Wer dagegen die Währungsfrage unabhängig von den anderen strategischen Fragen diskutieren will, wie zB Antarsya, verkürzt sie ganz im Sinne der monetaristischen Ideologie auf ein rein technisches Problem. Ob aber ein Euro-Austritt zu noch mehr Verelendung und das endgültige Abrutschen in die Dritte Welt führt oder ob damit die Lebensbedingungen der Massen verbessert werden können, lässt sich so abstrakt überhaupt nicht vorhersagen, weil es vom Verlauf der gleichzeitig stattfindenden Klassenkämpfe abhängt: Während ein Übergang zum Sozialismus selbstverständlich nur im totalen Bruch

mit der EU überhaupt denkbar ist, also zwangsläufig einen „Grexit“ beinhalten würde, würde umgekehrt die einfache „Rückkehr“ zum kapitalistischen Nationalstaat mit eigener Währung zu schweren ökonomischen Verwerfungen mit sehr ungewisser Wachstumsperspektive führen. Eine von der Verschuldung befreite zentrale Wirtschaftsplanung könnte dagegen Investitionen in strategische Sektoren zum Aufbau der Wirtschaft tätigen, Vollbeschäftigung schaffen (denn Arbeit gäbe es in dem zerstörten Land genug), Skalenvorteile der zentralisierten Produktion nutzen, die von der EU-Agrarpolitik verheerte Landwirtschaft wieder aufbauen und auf Grundlage der geographischen komparativen Vorteile des Landes, seiner natürlichen Ressourcen, seiner gut ausgebildeten Arbeitsbevölkerung, seiner noch vorhandenen Industrien und Forschungsinstitutionen einen Teil der Importe substituieren, Exportkapazitäten schaffen und ausweiten und so zumindest die wichtigsten Bedürfnisse der Gesellschaft befriedigen. Dies ist aus der Perspektive der KKE der einzig mögliche Ausweg für das Land, während die Grexit-Diskussionen der Linken Plattform und von Antarsya aus ihrer Sicht unverantwortliche Hasardspiele sind. Wer das anders sieht, müsste zumindest begründen, weshalb sie darin falsch liegt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Kritik an der KKE, wie sie bei Kayserilioglu und Schrader zum Ausdruck kommt, ist Ausdruck der Schwäche der internationalen kommunistischen Bewegung. Anstelle einer fundierten Diskussion um Strategie und Taktik der kommunistischen Partei, die die Argumente immerhin eines der ältesten und erfolgreichsten Exemplare dieses Parteytyps sorgfältig prüft und ernst nimmt, dominieren Befindlichkeiten, oberflächliche Eindrücke, das Wiederholen von Vorurteilen und Allgemeinplätzen. Der Klassenkampf kennt seine Auf- und seine Abschwungphasen. Aufgrund der spezifischen griechischen Konstellation und der besonderen Herausforderung durch die politische Integrationsfähigkeit der Sozialdemokratie ist die momentane Phase in Griechenland die eines Abschwungs. Bisher konnte die KKE trotz ihrer korrekten Strategie und auch angesichts der Selbst-Demaskierung der Syriza nicht in dem Sinne profitieren, dass sie erneut eine starke Massenbewegung zu schaffen vermocht hätte. Auch die KPD konnte von der Weltwirtschaftskrise nicht in ausreichendem Maße profitieren, um die Macht zu erobern und den Faschismus zu zerschlagen. Die Gründe für Niederlagen sind oft objektiv, liegen also überwiegend außerhalb der Reichweite der kommunistischen

¹⁰ Heike Schrader: Griechenland in der Warteschleife, analyse & kritik 603, 17.3.2015

Partei. Das bedeutet nicht, dass nicht auch Schwächen und möglicherweise auch taktische Fehler der KKE dazu beigetragen hätten, die Probleme zu verschlimmern. Niemand, auch die KKE nicht, ist unfehlbar oder jenseits der Kritik. Die konkreten Problemlagen im Fall der KKE einzuschätzen erfordert aber ein tiefes Verständnis der Arbeit der Partei in all ihren Gliederungen und über einen langen Zeitraum, wiederum unter Berücksichtigung jahrzehntelanger Erfahrungen. Eine solche Arbeit kann eigentlich nur die Partei selbst in einem kollektiven Diskussionsprozess leisten, wie sie es bei ihrem letzten Parteitag auch in aller Ausführlichkeit und im Geist der Kritik und Selbstkritik getan hat. Die großen Entscheidungen der KKE, also im Wesentlichen das, was man auch als Außenstehender beurteilen kann, haben sich dagegen in aller Regel als richtig erwiesen. Wer angesichts dessen trotzdem die grundsätzliche Strategie der KKE für den Abschwung verantwortlich macht (ohne weiteres Argument, alleine auf Grundlage der Tatsache des Abschwungs selbst), folgt keinem marxistischen Analyseansatz mehr, sondern einer voluntaristischen, eher emotional als rational getriebenen Herangehensweise, die vollständig jene objektiv vorhandenen Schranken für die Entwicklung des Klassenkampfes vernachlässigt, die selbst für eine starke, hochorganisierte und erfahrene KP wie die KKE

nur schwer zu überwinden sind. Verständlich ist das schon, denn vermutlich wir alle wünschen uns eine stärkere KP in Griechenland und einen Aufschwung der Klassenkämpfe. Hilfreich ist es aber nicht, im Gegenteil. Ohne diese entscheidende Schwäche zu überwinden, werden Kommunistinnen und Kommunisten auch in ihren eigenen Kämpfen im eigenen Land immer wieder in strategische Fehleinschätzungen schlitern, systematisch den Gegner unterschätzen, sie werden statt korrekten und ehrlichen Analysen in Selbstzufriedenheit verharren und im schlimmsten Fall einem Bewegungsfetischismus verfallen, der die kommunistische Partei der Gefahr der Selbstauflösung aussetzt. Denjenigen, die den Klassenkampf noch nicht abgeschlossen haben, um sich ins linke Szenebiotop zurückzuziehen oder israelflaggenschenkend ins Lager der Rechtspopulisten und Reaktionäre überzulaufen, ist zu wünschen, dass sich bei ihnen die entsprechenden Erkenntnisse einstellen, so lange noch Zeit ist, wieder in die Offensive zu kommen. Ansonsten drohen abermals Rückschritte um Jahrzehnte.

Der Artikel wurde zuerst am 28.7.2015 im Lower Class Magazine veröffentlicht, online: <http://lowerclassmag.com/2015/07/jenseits-der-eurolinken-ein-gastbeitrag/>, abgerufen 9.9.2015

FATALE »EUROPHORIE«

VON THANASIS SPANIDIS

Wir alle erinnern uns zurück an den Freudentaumel, dem sich große Teile der europäischen Linken im Januar hingaben, als die griechische Linkspartei Syriza unter ihrem charismatischen Vorsitzenden Alexis Tsipras die Parlamentswahlen gewann und mit der nationalistischen Rechtspartei Anel die erste Regierung seit Jahrzehnten begründete, an der keine der beiden etablierten »Volksparteien« Nea Dimokratia (ND) und Pasok beteiligt war. In Deutschland waren sich Linkspartei, Gewerkschaften und kritische Sozialwissenschaftler einig darin, dass der »politische Erdbeben in Griechenland« eine »Chance für Europa« (so ihr gemeinsamer Aufruf)¹ sei, die Austeritätspolitik zu überwinden.

Nach dem 13. Juli, so scheint es, ist davon nur die Katerstimmung geblieben. Denn an der EU hat sich nichts zum Besseren geändert. Und die Syriza-Regierung hat als Voraussetzung für Verhandlungen um ein drittes »Hilfsprogramm« mit den Gläubigerinstitutionen eine neue brutale Kürzungs- und Privatisierungsorgie bewilligt, die noch die vorherigen in den Schatten stellt. Die Mehrwertsteuer auf zahlreiche Lebensmittel und Dienstleistungen wurde um extreme zehn Prozentpunkte erhöht, das Renteneintrittsalter wird erhöht, Zuschüsse für arme Rentner werden abgeschafft. Der Fiskalpakt wird ins griechische Recht übernommen und der Staatshaushalt durch eine automatisierte Ausgabenkürzung dem Einfluss von Regierung und Parlament entzogen. Massenentlassungen werden erleichtert, Märkte liberalisiert und vor allem ein Treuhandfonds eingerichtet, der verbliebenes Staatseigentum im Umfang von 50 Milliarden Euro an Investoren verschern wird. Natürlich ist diese Summe unrealistisch, weshalb die Gläubiger sicherstellten, dass die ersten 25 Milliarden ausschließlich für die Rückzahlung der Rekapitalisierungskredite an die griechischen Banken verwendet werden und erst dann ein Teil der Privatisierungserlöse in Investitionen fließen darf. Natürlich hinderte dieser Umstand Tsipras nicht daran, der Öffentlichkeit die »Investitionen« als bedeutende Er-

rungenschaft zu verkaufen. Man darf freilich gespannt sein, welche sozialen Scheußlichkeiten die ausgehandelte Vereinbarung in ihrer endgültigen Version darüber hinaus noch enthalten wird.

Zusätzlich zur Fortsetzung und, in der Tat, Radikalisierung der extremen Verarmungspolitik der EU hat die Syriza zudem erreicht, dass sich Griechenland seit Beginn des Jahres wieder offiziell in der Rezession befindet und dass das Finanzsystem des Landes durch die Kapitalflucht ausgeblutet ist, so dass es mit rund 90 Milliarden Euro rekapitalisiert werden musste. Die ökonomische Abhängigkeit des Landes hat sich weiter vertieft.

EINE BÜRGERLICHE PARTEI

Thomas Sablowski hat angesichts dieser verheerenden Bilanz dankenswerterweise die Diskussion darum eröffnet, wie der Ausgang der Verhandlungen zu deuten und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen sind. Verdienstvoll ist dabei vor allem seine Analyse der Mächtekonstellation im europäischen imperialistischen System, mit der ich weitgehend übereinstimme. Außerdem regt Sablowski an, dass die Linke in Europa ihr Verhältnis zur europäischen Integration überdenken sollte. Dennoch hat seine Einschätzung der Syriza-Regierung ebenso wie seine politischen Schlussfolgerungen einigen Widerspruch verdient, den ich im folgenden ausführen möchte.

In seinem Artikel beschreibt Sablowski zutreffend den Abschwung der Widerstands- und Protestbewegungen, der seit 2012 in Griechenland zu verzeichnen ist. Er führt dies sogar partiell darauf zurück, dass die Regierung sich zur Repräsentantin dieser Bewegungen erklärt und damit faktisch dazu beigetragen habe, dass deren Akteure sich zurückzogen und ihre Hoffnungen in den Parlamentarismus setzten. Allerdings wird diese Situation dann als »Dilemma« verstanden, als nicht intendierter Effekt der Politik der Syriza, die die Chancen, die aus deren Wahlergebnis erwachsen seien, selbst zunichte mache.

¹ Aufruf der DGB-Gewerkschaften: *Griechenland nach der Wahl – keine Gefahr, sondern Chance für Europa*, online: <http://www.europa-neu-begrunden.de/>

Tatsächlich war aber das Ausbremsen radikaler Massenaktionen, die Einbindung des Widerstandspotentials von vornherein, also nicht erst seit der Regierungsübernahme, die wesentliche gesellschaftliche Funktion der Partei und der Grund dafür, weshalb sie auch von beträchtlichen Teilen der Bourgeoisie unterstützt wurde.

Sogar der griechische Unternehmerverband SEV erklärte mehrfach, zuletzt nach dem Wahlsieg in seinem Gratulationsschreiben an Tsipras, seine Unterstützung für die Strategie der Syriza: »Der Verband als primäre Vertretung der organisierten griechischen Unternehmen, wird an der Seite der Regierung stehen.«² Offenbar zahlte sich aus, dass die Partei jahrelang um die Gunst des Kapital geworben hatte. Noch Anfang September 2014 hatte sie den Unternehmerverband in ihre Zentrale am Koumoundourou-Platz geladen. Der Präsident der SEV, Theodoros Fessas, fasste das Ergebnis so zusammen: »Wir kamen überein, dass wir einen nationalen Entwicklungsplan brauchen, der sich auf Investitionen und nicht auf Konsum stützt.«³ An solcherlei Hinweisen ließ sich damals schon erkennen, dass die Führung der Syriza nicht nur den Boden der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nicht verlassen, sondern auch an den Eckpfeilern der herrschenden wirtschaftspolitischen Maßgaben nicht rütteln wollte.

Die Syriza empfahl sich dem Kapital auch immer wieder als Stabilitätsfaktor. Sie könne das »Chaos« und »die (!) Extreme« verhindern, für ein »gesundes Geschäftsklima« und Investitionen sorgen und sei allein in der Lage, tiefe Reformen umzusetzen, weil die anderen Parteien ja korrupt seien.⁴ Hier war schon gar nicht mehr die Rede davon, dass man etwas grundsätzlich anderes wollte als die alten Systemparteien. Die theoretische Begründung dafür lieferte Finanzminister Gianni Varoufakis in einem Artikel im Guardian 18. Februar: Als »Marxist« müsse man heute alles daran setzen, den Kapitalismus zu stabilisieren, weil sonst die extreme Rechte profitieren würde. »Wenn das bedeutet, dass wir es sind, die brauchbar erratischen Marxisten, die versuchen müssen, den europäischen Kapitalismus vor sich selbst zu retten, dann sei es so.«⁵

Konsequenterweise hat die Syriza ihren Einfluss in den Gewerkschaften in den vergangenen Jahren auch keineswegs dafür genutzt, Klassenkämpfe anzutreiben

und zu radikalisieren, im Gegenteil. Mit dem bekannten Sachzwangargument wurden in den Tarifverhandlungen Massenentlassungen akzeptiert, Lohnsenkungen unterschrieben, Leiharbeit eingeführt. Hier nur wenige Beispiele: In der Ölfirma ELPE und dem Forschungsunternehmen Asprofos akzeptierte die Vertretung von Syriza Lohnsenkungen bei Neueinstellungen um zehn Prozent sowie Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich. In der Supermarktkette Veropoulos unterschrieb sie Lohnsenkungen von zehn bis zwölf Prozent, bei der Athener Metro sogar bis zu 35 Prozent. Verbal und praktisch fiel man Streikenden in den Rücken und stellte gemeinsame Listen mit den bürgerlichen Parteien und bekannten Streikbrechern auf, um die klassenkämpferischen Kräfte der Gewerkschaftsfront PAME zu schwächen – beispielsweise im Falle des zwischen 2011 und 2012 bestreikten Stahlwerks bei Aspropyrgos.⁶

All diese Tatsachen passen so gar nicht zum Bild des heroischen Volkstribunen Tsipras mit seiner »linksradikalen« Partei im Rücken. In der deutschen Linken wurden sie nahezu komplett ignoriert. Radikale Politik hätte darin bestanden, die Wurzeln der heutigen Missstände anzugehen, also den Kapitalismus und das Kapital anzugreifen. Das Kapital anzugreifen war erklärtermaßen jedoch nie das Ziel der Syriza. Da es der Partei um »Entwicklung« durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und auf Grundlage der privatunternehmerischen Initiative geht, war und ist ihr Programm im wesentlichen kompatibel mit den Interessen des Monopolkapitals – zumal, wenn man bedenkt, dass sich das Wahlprogramm jedem vernünftigen Beobachter von vornherein als vollends unrealisierbar, als soziale Demagogie erweisen musste. Dass die Bourgeoisie, besser gesagt die Oligarchie, nicht in ihren Privilegien eingeschränkt wurde, ist demnach kein Zaudern und auch kein Zugeständnis angesichts der Erpressung aus Brüssel, sondern zentrales Element der Syriza-Strategie, die wie jede andere bürgerliche Partei auf günstige Investitionsbedingungen im Standortwettbewerb setzt.

LEKTIONEN AUS DER TRAGÖDIE

Natürlich wird niemand deswegen behaupten, die Strategie der Syriza sei genau dieselbe gewesen wie die der herrschenden Fraktionen des europäischen

² Newsbomb.gr, 26.1.2015, online: <http://bit.ly/1W6rQoA>

³ To Vima, 2.9.2014, online: <http://bit.ly/1PJ0dIN>

⁴ Rizospastis, 20.6.2012, online: <http://www.rizospastis.gr/story.do?id=6908393>; Rizospastis, 3.5.2012, online: <http://www.rizospastis.gr/story.do?id=6831898>

⁵ Yanis Varoufakis: *How I became an erratic Marxist*, The Guardian, 18.2.2015, online: <http://bit.ly/1FryQZd>

⁶ Rizospastis, 25.11.2014, <http://www.rizospastis.gr/story.do?id=8210234>; Rizospastis, 26.4.2012, online: <http://www.rizospastis.gr/story.do?id=6820737>

Monopolkapitals, zumal des deutschen. Der Konflikt zwischen Interessen und ideologischen Positionen ist in den fünfmonatigen Verhandlungen ja klar zutage getreten. Das deutsche Kapital und seine Regierung waren eher bereit, einen »Grexit« hinzunehmen, bevor Zugeständnisse im Sinne einer Abschwächung oder gar keynesianischen Flankierung der Austeritätspolitik akzeptiert worden wären. Die griechische Regierung wollte hingegen genau das und sah sich darin im Geiste verbunden mit den französischen Kollegen, die ihrerseits freilich die deutsche Position im Zweifelsfall mittrugen. Auch die US-Administration, deren progressiven Charakter Tsipras immer in den höchsten Tönen angepriesen hatte, revanchierte sich zumindest nicht in der Weise, den demütigenden Gehalt des Abkommens vom 13. Juli lindernd abzuändern. Wenn man so will, ist also der Versuch eines Bündnisses mit Teilen der imperialistischen Eliten gescheitert.

Der Fall Syriza zeigt somit nebst vielen anderen Punkten auch, dass die Orientierung auf Bündnisse mit einem Teil der Bourgeoisie (oft mit der nationalen gegen die Kompradoren oder mit der nichtmonopolistischen gegen die monopolistische) in den Reformismus und zur Entwaffnung der Arbeiterbewegung führt: Wie eigentlich zu erwarten, zeigte sich, dass die zwischenimperialistischen Widersprüche zwischen Deutschland und Frankreich nichts mit der Erwartung der Bevölkerung auf ein besseres Leben zu tun hatten. Solche Avancen gegenüber Teilen der Bourgeoisie befördern nicht die Herausbildung einer eigenständigen Strategie der Arbeiterklasse, sondern behindern sie. Es geht dann nur noch darum, wie die EU im Interesse verschiedener Fraktionen des Monopolkapitals Politik machen soll. Auch eine »Europäische Wirtschaftsregierung«, wie französische Politiker sie in verschiedenen Ausführungen seit langem fordern und Präsident François Hollande jüngst erst wieder, beschäftigte sich lediglich mit der Verteilung von Machtressourcen und Mehrwert zwischen den imperialistischen Zentren, nicht mit der Umverteilung von oben nach unten, ganz zu schweigen von Verschiebungen im Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse.

Die objektive Funktion der Syriza wie der Sozialdemokratie insgesamt bestand und besteht – unabhängig davon, ob subjektiv gewollt oder nicht, was deshalb auch eine irrelevante Frage ist – darin, jedem potentiellen Widerstand gegen den Kapitalismus und die reaktionäre EU die Spitze zu nehmen. Das monatelange Kasperletheater der Athener Regierung war bei objektiver Betrachtung nichts als das demagogische Hinhalten der Wählerschaft. Das Trugbild einer stolz und hart ver-

handelnden Regierung musste dabei selbst bei enormen volkswirtschaftlichen Kosten aufrechterhalten werden, um der vorhandenen Unzufriedenheit mit den alten Parteien ND und Pasok gerecht zu werden, aber auch, um den politischen Schaden zu minimieren, der beim letztlich unvermeidlichen Abschluss eines neuen Abkommens entstehen würde. Damit zumindest scheint die Syriza relativ erfolgreich zu sein, weshalb es auch irreführend ist, von einem Scheitern zu sprechen. Die stark dominante Meinung in Griechenland besteht laut einer Umfrage der Wochenzeitung To Vima darin, die Übereinkunft mit den Gläubigern als »notwendig« hinzunehmen, obwohl fast die Hälfte der Befragten sie als negativ bewertete. Selbst viele derer, die im Referendum mit »Nein« gestimmt haben, bringen Verständnis dafür auf, dass ihr Votum Tage später in den Dreck getreten wurde. Durch die Verbreitung von Illusionen in die EU, den Kapitalismus und das bürgerliche Parlament, durch die von Schreckensszenarien für den Fall einer Wiedereinführung der Drachme, durch die Ermüdung in einem Kampf ohne Ergebnisse, durch die Verengung des Diskurses haben es die herrschende Klasse und ihre Handlanger auf der Rechten und der »Linken« letzten Endes geschafft, breiten Konsens für das Programm der reaktionären Strukturtransformation der europäischen Gesellschaften und der Aufkündigung der Klassenkompromisse von oben zu schaffen. Menschen, deren Eltern kommunistische Widerstandskämpfer waren und die viele Jahre lang kommunistisch gewählt haben, wählen seit 2012 die Syriza und haben 2015 im Referendum den Kürzungsaufgaben der EU-Institutionen zugestimmt. Eine Rückkehr zur Drachme hätte uns um 50 Jahre zurückgeworfen, ist die resignierte Antwort, die man auf seine ungläubige Nachfrage in der Regel erhält. Vor drei Jahren war ein solcher massiver Rechtsruck in der Gesellschaft noch kaum vorstellbar.

Aus fortschrittlicher, demokratischer Perspektive kann eine Regierung oder überhaupt eine politische Kraft nicht anhand ihrer Selbstbezeichnung eingeschätzt werden, schließlich ist die SPD ja auch nicht mehr sozialdemokratisch und die CDU keine Partei, deren Politik dem Leitbild eines ursprünglichen Christentums entspräche. Die Einschätzung muss vielmehr anhand des Effekts erfolgen, den diese Organisation auf das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Fortschritt und Reaktion hat. Gemessen daran hat die Syriza der Sache des Sozialismus mehr geschadet als jede andere griechische Regierung seit dem Ende der Militärdiktatur. Die wirklichen Krisenursachen wurden verschleiert, die Akteure und Profiteure der Verelendungspolitik nicht genannt. Die griechischen Kommu-

nisten waren gezwungen, gegen den Strom der Massen zu schwimmen, um nicht ihr Programm zu verraten. Und schließlich wurden all jene im Stich gelassen wurden, die glaubten, durch eine »linke« Stimme könnten ihre Sorgen ein Ende haben, ihre Probleme gelöst werden. Dadurch hat die Syriza es wahrscheinlicher gemacht, dass ein weiterer Teil der Unzufriedenen sich ins private Elend zurückziehen oder sich nach rechts öffnen und in Richtung der Faschisten der »Goldenen Morgendämmerung« abwandern wird.

WIE WEITER?

In seinem Artikel kommt Sablowski zu dem Schluss, die europäische Linke hätte die Syriza stärker unterstützen sollen und sei jedenfalls nicht in der Lage gewesen, genug Gewicht geltend zu machen, um die Niederlage vom Juli zu verhindern. Aber ist es wirklich eine ernsthafte Schlussfolgerung aus der spektakulären Demaskierung des Reformismus, wenn man als deren Konsequenz einfach mehr vom Bisherigen empfiehlt? Stünde nicht vielmehr dringend die Erkenntnis an, dass Parteien wie die Syriza, also z.B. die Parteien der Europäischen Linkspartei letztlich nichts anderes sind und nichts anderes sein können als die Linksverteidiger des Kapitals? Eine Reserve der Bourgeoisie, die dann zum Einsatz kommt, wenn sie zumindest durch Reformillusionen das System davor bewahren soll, an seinen Widersprüchen zugrunde zu gehen. Eine Klassenbewegung der Werktätigen muss ihre Strategie nicht nur unabhängig von den Kräften der Systemverwaltung entwickeln, sondern sie muss sie auch und wahrlich nicht zuletzt gerade gegen diese Kräfte in die Tat umsetzen. Und die Geschichte hat oft genug erwiesen, dass je mehr das Massenbewusstsein sich nach links bewegt oder gar einer revolutionären Situation annähert, die Widersprüche zwischen der revolutionären Fortschrittspartei und den Kräften der Mäßigung und der Systemintegration zunehmen und schließlich eine Seite über die andere den Sieg davontragen muss. Aufgabe der kommunistischen Partei ist es deshalb, dem reformistischen Lager nicht Honig ums Maul zu schmieren, sondern seinen Charakter ebenso klar offenzulegen wie den anderer bürgerlicher Kräfte: als Bremse des Klassenkampfes, als Instrument der Herrschenden, als Transporteur der bürgerlichen Ideologie.

Das autoritäre, nach neoliberalen Prinzipien die Interessen des Großkapitals exekutierende Konstrukt der EU hat ein weiteres Mal seine hässliche Fratze gezeigt, die es ansonsten gerne hinter wohlklingenden Phrasen der Demokratie, der Freiheit und des »Europäischen

Sozialmodells« verbirgt. In der Tat also höchste Zeit, dass diejenigen Teile der Linken, die immer noch der »Europhorie« verfallen sind, ihre Haltung zur EU ganz grundlegend infrage stellen. Dennoch lesen wir bei Sablowski weiterhin, dass die Alternative dazu eine »Neubegründung eines sozialen und demokratischen Europas von unten« sei. Diese Position begründet er mit dem drohenden Aufstieg eines reaktionären Nationalismus, sollte die EU zerfallen. Tatsächlich kann eine antiimperialistische Position nun nicht darin bestehen, diese Möglichkeit einfach zu leugnen. Jedoch ist das autoritär-technokratische Institutionengefüge der EU, das die Interessen und Strategien des Monopolkapitals noch unmittelbarer repräsentiert als die staatlichen Institutionen auf nationaler Ebene, selbst wohl kaum weniger reaktionär und trägt seinerseits eben genau dadurch dazu bei, dass spontaner Widerspruch von unten sich sehr viel öfter einen nationalistischen als einen klassenkämpferischen Ausdruck sucht.

DER POLITISCHE VORSCHLAG DER KKE

Die Perspektive eines revolutionären Übergangs zum Sozialismus wird von dieser Eurolinken nicht einmal in Betracht gezogen, oder, wie von Thomas Seibert am 13.7. im ND, als Weg in die »autoritär-sozialistische Verwaltung eines Elendszustands« diskreditiert. Eine sozialistische Volksmacht könnte jedoch die noch verbleibenden Wirtschaftssektoren – Agrarindustrie, Chemieindustrie, Schiffbau, Handelsschifffahrt – vergesellschaften, im Hinblick auf ökonomische Autonomie des Landes teilweise umwandeln und die Kapazitäten des Landes auf ihren Aufbau und die Erschließung neuer bzw. alter Sektoren mit strategischer Bedeutung konzentrieren: Beispielsweise auf die großflächige Produktion von Solarenergie, die Verarbeitung von Cash Crops wie Baumwolle und Tabak und den Maschinenbau für eine Reindustrialisierung. Auch dieser Weg wäre beileibe kein einfacher, aber er könnte sich auf die Mobilisierung und Partizipation der Massen, vorhandene gute Bildungsstandards, die Vorteile zentraler Wirtschaftsplanung und staatlich geschaffener Skalenvorteile sowie die Einbeziehung der über eine Million vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Menschen stützen. Die staatliche Industrie könnte durch eine in Kooperativen organisierte und teilkollektivierte Landwirtschaft und Kleingewerbe flankiert werden, zusätzlich müssten neue Handelsbeziehungen entwickelt und die mit Russland wieder aufgenommen werden. Es gäbe so bei allen absehbaren Schwierigkeiten eine Perspektive für das arbeitende Volk, die nicht aufs Totsparen und Totsparen zum Nutzen der Konzerne hinausläufe,

sondern sich am Aufbau wirklicher Demokratie, an einer Produktion zugunsten der Bedürfnisse der Gesellschaft und am nationalen Wiederaufbau orientierte. Selbstverständlich würden diese Schritte sowohl den Austritt aus der EU als auch die einseitige Streichung der Staatsschulden erforderlich machen. In diesem Fall – und wohl nur in diesem Fall – könnte ein »Grexit« tatsächlich den Weg in eine bessere Zukunft bereiten.

Die Kommunistische Partei Griechenlands propagiert seit langer Zeit diese Option als Lösung der Krise im Interesse des Volkes. Deswegen wird sie in Deutschland sowohl von der sozialdemokratischen EuroLinken (Linkspartei, Attac, Blockupy etc.) als auch von den meisten Linksradiكالen entweder totgeschwiegen oder diffamiert. Bekanntlich braucht, wer den Schaden hat, für den Spott nicht zu sorgen. Daher fühlen sich durch die niedrigen Umfrageergebnisse der KKE all jene ermutigt, die der Partei immer schon »Sektierertum«, unrealistische Forderungen oder ihr überhaupt das Fehlen einer Praxis jenseits der revolutionären Phrasen vorgeworfen haben.

Verschwiegen und vergessen wird dabei, dass die KKE einen riesigen Anteil daran hatte, dass 2010 und 2011 immer wieder Millionen Menschen in den Streik und Hunderttausende auf die Straßen mobilisiert werden konnten; dass die KKE stets vor der EU warnte und recht behielt und dass sie vor der Syriza-Regierung warnte und recht behielt; dass sie unter den Massen, am Arbeitsplatz, in den Unis und Stadtteilen immer noch fester verankert ist als die Syriza. Zweifellos befindet sich die KKE heute in einer schwierigen Lage, zweifellos hat sie seit 2012 eine Reihe teilweise schwerer Niederlagen erlitten. Allein daraus abzuleiten, dass ihre Strategie falsch war (oder gar ihre Analysen), ist aber nichts als oberflächlicher Voluntarismus: Dahinter steht implizit die Vorstellung, dass jeder einzelne Kampf prinzipiell gewinnbar ist, wenn nur der Wille dazu da ist und unabhängig davon, wie die Kräfteverhältnisse gerade aussehen. Niemand, auch nicht die KKE selbst, wird

leugnen, dass diese Partei nicht auch ihre Schwächen hat und nicht z.B. an ihrem Auftreten gegenüber den Massen arbeiten könnte. Das zuzugestehen ist jedoch etwas ganz anderes, als in populistischer Manier die Richtigkeit einer Losung davon abhängig zu machen, wie viele Menschen ihr folgen.

Es ist nun eine bittere Erkenntnis, dass einerseits die Kräfteverhältnisse nicht so sind, dass der Sozialismus unmittelbar bevorsteht, andererseits aber nur der Sozialismus eine Lösung der Krise im Sinne des Volkes zu bieten hat. Aus dieser Erkenntnis kann es aber nur eine Schlussfolgerung geben: Den Sozialismus als Alternative besser, verständlicher, konkreter zu präsentieren und jedenfalls nicht, ihn entgegen aller sonstigen Einsichten auf den Sanktnimmerleinstag zu verschieben und sich statt dessen »vorerst« mit »realistischen Vorschlägen« zur Reform des Ausbeutersystems zu begnügen. Die Dialektik von Reform und Revolution zu berücksichtigen ist jedenfalls etwas vollkommen anderes: Dialektik bedeutet schließlich gerade die Einheit des Widerspruchs, also dass Strategie und Taktik nicht voneinander zu separieren sind und dass die Losungen der Tageskämpfe immer am Ziel des Sozialismus auszurichten sind. Damit unvereinbar ist es, Forderungen damit zu begründen, dass dadurch das System besser funktioniert, wie es die keynesianische Sozialdemokratie à la Syriza oder Linkspartei ja stets tut.

Um dem scheinbar unaufhaltsamen Marsch der europäischen Gesellschaften in Richtung der Barbarei etwas entgegenzusetzen zu können, ist eine fundierte Diskussion um die richtige Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung notwendig. Die KKE hat mit ihrem Programm und der darin dargelegten Strategie des antimonopolistisch-antikapitalistischen Volksbündnisses einen kraftvollen Vorschlag unterbreitet. Eine Diskussion hat er in jedem Falle verdient.

Der Artikel wurde zuerst am 5.8.2015 auf den Themaseiten der Tageszeitung junge Welt veröffentlicht.

GRIECHENLANDS ANDERER REFORMISMUS: „VOLKSEINHEIT“ UND ANTARSYA

VON THANASIS SPANIDIS

Über die Syriza wurde in den vergangenen Monaten schon einiges Kritisches geschrieben, auch wenn wirklich brauchbare Analysen, die dem Phänomen tatsächlich auf den Grund gehen, seltene Ausnahmen geblieben sind. Vor allem seit der Vereinbarung über das neue Memorandum vom Juli mehren sich auch kritischere Stimmen, wohingegen nach dem Wahlsieg im Januar 2015 in der deutschen und europäischen Linken die Syriza-Euphorie dominiert hatte. Diese partielle Wende ist aber, so steht zu befürchten, nicht das Resultat neuer theoretischer Erkenntnisse über Strategie und Taktik, sondern im Wesentlichen nur der Enttäuschung über den angeblichen „Verrat“ von Syriza. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass diese Linken sich auch jetzt nicht auf eine konsequente revolutionäre Klassenpolitik zurückbesinnen, sondern sich der nächsten Schimäre um den Hals werfen: Es zeichnet sich ab, dass wahlweise die neue Partei „Volkseinheit“ (laiki enotita, abgekürzt LA.E. oder LA.EN.) oder das Linksbündnis Antarsya zu den neuen Hoffnungsträgern der Linken werden. So schreibt beispielsweise Alp Kayserilioglu im Lower Class Magazine über die neue sozialdemokratische Formation LA.EN., es handle sich um „widerständige und rebellische Elemente“, die die angeblichen „Potenziale“ der Mobilisierung um das Referendum vom 5. Juli und (!) „das SYRIZA an die Regierung hievt“ zu bewahren und revitalisieren versuche. In gänzlicher Verkennung nicht nur des Charakters der Partei sondern auch der aktuellen politischen Lage in Griechenland (darauf wird weiter unten zurückzukommen sein) erweckt der Artikel die Illusion, es handle sich bei LA.EN. um eine breite Massenbewegung, während die KKE „weiterhin keine große Rolle spielen wird in der politischen Arena“¹.

Um diesen erneuten fehlplatzierten Sympathien der deutschen/europäischen Linken (präventiv) entgegenzuwirken, empfiehlt sich eine Befassung mit dem Charakter und der Strategie beider Organisationen.

In der deutschen Linken lassen sich grob drei Grundpositionen zur Syriza unterscheiden: Erstens die rechte, offen sozialdemokratische Position, wie sie in Deutschland von der Partei Die Linke, dem Blockupy-Bündnis, Teilen der Interventionistischen Linken und anderen vertreten wird. Diese Kräfte bejubelten den Wahlsieg der Syriza vorbehaltlos und verteidigen die „linke Regierung“ in Griechenland teilweise bis heute. Ein besonders erbärmliches, aber charakteristisches Beispiel für diese „eurolinke“ bzw. rechte Position bot kürzlich die sogenannte „Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ in ihrem Editorial². Darin werden nicht nur alle Verbrechen der „Linksregierung“ mit Verweis auf die Kräfteverhältnisse in der EU entschuldigt, sondern, wohlgermerkt nach der Vereinbarung über das 3. Memorandum, ein weiteres Mal die Haltung der KKE attackiert, sich nicht an der „Linksregierung“ beteiligt zu haben und ihr vorgeworfen, „kein politikfähiges Konzept gegen die Krise“ zu haben und sich auf „linksradikale Phrasen“ zurückzuziehen. Gänzlich lächerlich wird das, wo die Haltung der KKE ausgerechnet auf einen „Parteigoismus“ zurückgeführt wurde, zumal die KKE eine empfindliche Schwächung ihrer elektoralen Stärke und damit auch ihrer finanziellen Grundlage bewusst in Kauf nahm und vorzog, nicht ihre Überzeu-

¹ Alp Kayserilioglu: Noch mal zur linken Griechenland-Debatte, Lower Class Magazine, 17.9.2015.

² Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 103

gungen zu verraten. Die unkritische Übernahme der griechischen Regierungspositionen geht hier wie in vielen anderen Fällen Hand in Hand mit schamlosem Sykophantentum gegen diejenigen, die unter größter persönlicher Selbstaufopferung jeden Tag die unmittelbaren Interessen der arbeitenden Menschen verteidigen. Dabei handelt es sich um Tiefpunkte der „linken“ Griechenland-Diskussion.

Von dieser offen rechtsopportunistischen, de facto sozialchauvinistischen und proimperialistischen Position unterscheidet sich eine zweite, zentristische Position, die Syriza kritisiert, aber nicht in vollem Umfang ihren Charakter erkennt (oder nicht bereit ist, ihn offen auszusprechen). Zentrismus bedeutet, einerseits zwar nicht offen dem Reformismus das Wort zu reden, aber gleichzeitig die „Einheit“ mit ihm zu suchen, ihn jedenfalls nicht zu bekämpfen. Die zentristische Position setzt trotz einiger richtiger Erkenntnisse immer noch Hoffnungen in den Reformismus, oder wirft zumindest der KKE ihre konsequente Haltung gegenüber dem Opportunismus vor³. Drittens schließlich die revolutionäre kommunistische Position, die Syriza von Anfang an als Partei des Kapitals entlarvt hat und die Haltung der KKE verteidigt⁴.

Natürgemäß ist besonders die zentristische Position anfällig für Hoffnungen in Antarsya oder die neue Partei LAEN. Diese Hoffnungen sind in gewisser Hinsicht angesichts der katastrophalen Lage verständlich, weshalb es nicht darum gehen kann, diese Leute zu beschimpfen oder aufzugeben. Gleichzeitig sind Hoffnungen aber nur so viel wert, wie die politischen Formationen, auf die sie sich richten.

Die Tatsache, dass angesichts der sogenannten griechischen „Linksregierung“ in Deutschland selbst bekannte Marxisten⁵, die der Sympathien mit der EU des Kapitals sicherlich unverdächtig sind, reihenweise umfallen und sich reformistischen Illusionen und/oder defätistischen Politikvorstellungen hingeben, zeigt

►3 Als Beispiele seien angeführt: Peter Schaber: Eine Chance für die Bewegung, Lower Class Magazine, 30.1.2015; Alp Kayserilioglu: Das Totalversagen von Syriza, die linke Grexit-Debatte und der neue europäische Sozialchauvinismus, Lower Class Magazine, 19.7.2015; Redglobe: Die KKE und die „Krümel“ von Syriza, 29.1.2015.

►4 Diese Position habe ich in verschiedenen Artikeln zu vertreten versucht, ebenso wie Georgios Kolias („Die Lage in Griechenland und die Strategie der kommunistischen Bewegung“, Einheit & Widerspruch, Heft 2). Die SDAJ und Teile der DKP sind bislang die einzigen politischen Kräfte in Deutschland, die diesen Standpunkt vertreten.

►5 Vgl. Georg Fülberth: Gleiche Prognose, junge Welt vom 15./16. 8.2015. Fülberth nimmt eine offen defätistische Position ein, derzufolge es keinerlei Alternativen zur gegenwärtigen Politik gäbe. Do

umfassende und verheerende Mängel in Fragen der Strategie und Taktik einer Bewegung für den Sozialismus. Dass diese Personen sämtliche Erfahrungen der kommunistischen Bewegung mit dem Reformismus und seiner Funktion für die bürgerliche Gesellschaft, ebenso wie die Erkenntnisse von Lenin, Rosa Luxemburg und anderen zu dieser Frage systematisch und wiederholt in den Wind schreiben, lässt sich jedenfalls nicht anders interpretieren. Die Griechenland-Debatte erfüllt somit, und das ist auch gut so, die Funktion einer Stellvertreter-Diskussion, weil sich in ihr alle entscheidenden strategischen und taktischen Fragen der Bewegung wiederfinden und durchaus verallgemeinerbare Schlüsse ziehen lassen. Die Bedeutung der glasklaren (wenn auch deshalb nicht unbedingt von allen verstandenen) politischen Linie und Analysen der KKE für den Prozess einer inhaltlichen Klärung in der internationalen kommunistischen Bewegung kann daher kaum hoch genug eingeschätzt werden⁶.

DIE „LINKE PLATTFORM“ UND DIE NEUE PARTEI „VOLKSEINHEIT“ VON PANAGIOTIS LAFAZANIS

Die sogenannte Linke Plattform war eine Fraktion innerhalb der Syriza, die sich als linker Flügel der Partei verstand und sich zu großen Teilen aus ehemaligen Mitgliedern der KKE zusammensetzten, die im Zuge der Rückbesinnung der KKE auf den revolutionären Marxismus-Leninismus und der dadurch verursachten Spaltung die Partei verließen. Das gilt auch für den Kopf der Partei, den ehemaligen Energieminister Panagiotis Lafazanis. Auch in Griechenland hatte die Konterrevolution in der Sowjetunion und die Zerschlagung des Sozialismus in Europa zahlreiche Kommunisten dazu veranlasst, ihrer Weltsicht den Rücken zu kehren und sich mit angeblich „zeitgemäßer“ politischen Vorstellungen einer friedlichen Zähmung der Auswüchse des Kapitalismus zufriedenzugeben. Ihr sozialreformistischer Anspruch hinderte die neue politische Heimat dieser

weit geht Alfred Kosing nicht, hält aber Syriza immer noch für den möglichen „Beginn einer Bewegung, die auch auf andere europäische Länder übergreift“, vgl. Alfred Kosing: »Das ist die internationale Diktatur der Konzerne und Banken«, junge Welt vom 22.8.2015; Klaus Wagener übt sich unterdessen in falschen historischen Analogien und vergleicht Syriza allen Ernstes mit der von der KKE geführten Volksbefreiungsfront EAM im Zweiten Weltkrieg, weil sie wie diese gegen eine angebliche „Fremdherrschaft“ und (!!) „gegen die eigene Bourgeoisie“ kämpfe, vgl. Klaus Wagener: Bourgeoisie im Bermudadreieck, junge Welt vom 21.8.2015.

►6 Die Positionen der KKE werden z.B. in folgendem Interview sehr gut dargestellt: <https://www.jacobinmag.com/2015/09/kke-greece-communist-party-syriza-bailout-memorandum-grexit/>, 12.10.2015.

Leute, die ex-eurokommunistische Partei Synaspismos, schon damals nicht daran, dem tiefreaktionären Maastrichter Vertrag zuzustimmen, damit die EU-Politik millionenfacher Verelendung zu sanktionieren und die EU als große Errungenschaft zu feiern. So viel zur Vorgeschichte der „Linken Plattform“, die in rechten Medien wie der FAZ ja immerhin als „kommunistischer Flügel“ der Syriza und „linksextrem“ geadelt wurde, in Wirklichkeit aber zum großen Teil gerade aus Renegaten der kommunistischen Bewegung besteht.

Der angebliche „kommunistische Flügel“ hat in Wirklichkeit die Regierung Tsipras von Anfang an unterstützt und damit dazu beigetragen, den Weg für das Dritte Memorandum – das schlimmste von allen – zu ebnen. Zwar haben die Abgeordneten der Linken Plattform im Parlament gegen die Vereinbarung mit den Gläubigern gestimmt, aber gleichzeitig beteuert, die Regierung weiter zu unterstützen. Die Memorandums-Regierung zu stützen und ihre Strategie mitzutragen, andererseits aber die konkreten politischen Ausformungen derselben abzulehnen, war eine groteske Taktiererei. Selbst wenn man gute Absichten voraussetzt – die Politik einer seriösen antikapitalistischen Kraft ist das offensichtlich nicht.

Ihr Sprecher Lafazanis mahnte immer wieder die Umsetzung des „radikalen“ Programms der Syriza an und kündigte an: „Privatisierungen darf und wird es nicht geben“. Bekanntlich wurden mittlerweile 14 Flughäfen privatisiert und weitere Großprojekte stehen in Aussicht. So viel zur Zuverlässigkeit der Prognosen des linken Flügels der Syriza, der sich stets als unfähig oder unwillig erwiesen hat, die zwangsläufigen Konsequenzen der Syriza-Politik realistisch einzuschätzen. Diese opportunistische Realitätsverdrängung ist auch der Grund dafür, weshalb das zwangsläufige Resultat der „Linksregierung“ von der LA.EN. als „Verrat“ an ihrem Programm gesehen wird. Verraten hat die Syriza nicht ihr Programm, das immer schon die Unterwerfung unter die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und die politischen Gesetze des bürgerlichen Staates implizit – verraten hat sie das Vertrauen, die Hoffnungen und Interessen derjenigen Menschen, deren mangelnden politischen Bewusstseinsstand sie schamlos ausgenutzt hat, um mit demagogischen Versprechungen und Manipulation an die Regierung zu kommen. Dieser Verrat war vorhersehbar und wurde vorhergesehen, nämlich von der KKE, unermüdlich und ohne Rücksicht auf den Verlust an Wählerstimmen, der für sie daraus folgte. Dass die KKE die Entwicklungen exakt vorhersagen konnte, ist offensichtlich nicht in irgendwelchen übernatürlichen Fähigkeiten der griechischen Kommunisten begründet, sondern darin, dass die Erfahrung mit der Syriza als einer Partei des

Kapitals nicht erst mit ihrer Regierungsübernahme anfangen – und in der marxistischen Analyse der KKE, die sie konkret den Klassencharakter jeder Politik herausarbeiten ließ, statt auf Oberflächliches und Phrasen hereinzufallen.

Schon in den Jahren zuvor hatte die Syriza programmatische Erklärungen mit dem Unternehmerverband herausgegeben, war Streiks in den Rücken gefallen, hatte in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien in den Gewerkschaften und den Massenbewegungen die politische Radikalisierung bekämpft und sich der Bourgeoisie als Stabilitätsanker gegen „die Extreme“ empfohlen⁷. Die „Linke Plattform“ und die anderen „Syriza-Rebellen“ waren viele Jahre Teil von alledem und stolz darauf. Doch jetzt erwarten sie, dass man ihre angebliche Kehrtwende ernst nimmt, mit der sie so lange gewartet hat, bis sich die Widersprüche nicht mehr zudecken ließen, bis der konservative Charakter der „linken Regierung“ jedem offensichtlich wurde und die Regierung selbst zurückgetreten war. Da bei einer Neuwahl der Parteivorsitzende Tsipras die Neubesetzung der Wahllisten einseitig hätte bestimmen können und in seinen Augen die Linksopposition in der Partei ohnehin seit längerem mehr Schaden als Nutzen verursacht, hat möglicherweise auch die Angst vor dem Verlust der gutbezahlten Parlamentssitze ihre Rolle bei der Spaltung gespielt.

Nehmen wir also, for the sake of argument, einmal an, die Abgeordneten der „Linken Plattform“ hätten ihre früheren Sünden erkannt, seien plötzlich geläutert und würden jetzt ernsthaft daran arbeiten, eine linke Volksfront gegen das Kapital aufzubauen. Dann wären sie, wie jede andere Kraft, vor allem an ihrem Programm und an ihrer Praxis zu beurteilen.

Die „Linke Plattform“ hatte sich stets auf das sozialdemokratische Thessaloniki-Programm der Syriza⁸ berufen und im Wesentlichen nur dieselben Forderungen wiederholt, mit denen Tsipras die Wahlen gewonnen hatte: Abschaffung der Memoranden, Abschaffung der Immobiliensteuer (ENFIA), Streichung des größeren Teils (!) der Schulden, Ende der Austerität. Sie stellte sich als „Antimemorandums“-Kraft dar, manchmal sogar als „einzige konsequente“. Damit folgte sie exakt derselben Logik wie die Syriza vor ihrem eigenen Memorandum und gaukelt weiterhin der Bevölkerung vor, dass die Vereinbarungen mit den Gläubigern das Problem seien und

►7 Vgl. Thanasis Spanidis: Fatale „Europhorie“, junge Welt vom 5.8.2015.

►8 Interview mit Panagiotis Lafazanis, online unter: <http://bit.ly/1W6uPgH>, Zugriff: 12.10.2015.

nicht etwa die Eigentumsverhältnisse und die Politik des Kapitals, die in der EU zum Ausdruck kommt.

Auch das Programm der „Volkseinheit“ ist bisher ziemlich schwammig: Es werden zwar bestimmte konkrete Forderungen aufgestellt, ansonsten ist die Zukunftsvision der Partei aber nirgendwo systematisch dargelegt. Weiterhin beruft man sich auf das frühere (und formell weiterhin gültige) Syriza-Programm, z.B. der LA.EN.-Presseverantwortliche Kostas Isychos im August⁹.

Das Programm der neuen Partei wurde in seiner ersten Fassung am 18. August vorgelegt. Darin wird die „gemeinsame Suche, über verschiedene Wege, nach einer neuen Gesellschaft, die von den Ketten der Ausbeutung und jeder Form der Unterdrückung befreit ist, einer Gesellschaft der Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit, auf dem Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ angestrebt. Konkrete Forderungen auf diesem Weg sind: Abschaffung der Memoranden, ein Schuldenmoratorium, die Einforderung der deutschen Kriegsschädigungen, das Ende der Austeritätspolitik, Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten, die Verstaatlichung der vier größten Banken, Wiedereinführung der kollektiven Tarifverhandlungen, Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung, ein gerechtes Steuersystem, Stopp der Privatisierung, eine Stärkung der öffentlichen Bildung und Forschung. Zudem sei der Austritt aus der Eurozone notwendig, über den Austritt aus der EU solle man das Volk in einer Volksabstimmung entscheiden lassen¹⁰. Darüber, dass ein solches Referendum unter den gegenwärtigen Bedingungen für den Verbleib in der EU ausfallen würde, kann allerdings kaum ein Zweifel bestehen. In einem Interview stellte Lafazanis zudem klar, dass die Partei selbst keinen Austritt aus der EU anstrebt: „Es ist also möglich, aus der Eurozone auszutreten, aber weiterhin in der EU zu bleiben. Wir reden nicht über Loslösung aus der EU, sondern über eine radikale Veränderung der praktizierten neoliberalen und anderen Entscheidungen, die heutzutage die Europäische Union trifft.“¹¹

Einer der zwei Verfasser des Programms, der bekannte Londoner Ökonom Kostas Lapavistas, wurde kon-

kreter darüber, wie man sich den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vorstellen kann. Das Programm strebe „kurzfristig (...) die Streichung eines großen Teils (!) der Schulden“ sowie unter anderem auch „Unterstützung der privaten Investitionen“ an. „Langfristig“ gehe es um die „Wiederherstellung der griechischen Wirtschaft, die Begrenzung des Dienstleistungssektors und parallele Stärkung der Landwirtschaft und verarbeitenden Industrie.“ Außerdem: „Die wahre reformistische Kraft in Griechenland ist die Volkseinheit, deren Ziel Entwicklung und soziale Gerechtigkeit“ sind¹².

Der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der hier angestrebt wird, ist offensichtlich nichts anderes als ein keynesianisch verwalteter und stimulierter Kapitalismus, in dem der Staat über öffentliches Eigentum und Anreize (also Steuergeschenke und Subventionen an die Reichen) das Wachstum fördert. Die Interessen von Arbeit und Kapital sollen auf einmal nicht mehr unvereinbar sein, sondern sich sogar gegenseitig ergänzen. Mit genau denselben Märchen war auch die Syriza schon hausieren gegangen, mit dem bekannten Ergebnis. Wer an die Möglichkeit eines sozial und demokratisch reformierten Kapitalismus glaubte, musste schnell schmerzhaft feststellen, dass dem nicht nur systemische Grenzen entgegenstehen, sondern sich die Spielräume für derartige Politik in den letzten Jahrzehnten auch massiv verringert haben. Das ist jedoch der entscheidende Punkt und nicht die Frage, ob man sich das Management des Kapitalismus ein bisschen „linker“ vorstellt als die anderen.

Dass die Unterschiede zwischen LA.EN. und Syriza rein taktischer Natur sind, wird auch durch die Tatsache unterstrichen, dass die LA.EN. auch den ehemaligen Finanzminister Janis Varoufakis zu gewinnen versucht hat. Es handelt sich um denjenigen Varoufakis, der schon im Juni 2015 den Gläubigern den Vorschlag unterbreitet hatte, massiv die Mehrwertsteuer zu erhöhen, das Rentenalter und die Sozialbeiträge zu erhöhen und öffentliches Eigentum zu privatisieren. Dieser Varoufakis war es auch, der im britischen „Guardian“ argumentierte, die Aufgabe für „Marxisten“ bestehe heute darin, den europäischen Kapitalismus vor sich selbst zu retten¹³.

⁹ K. Ήσυχος: Η Λαϊκή Ενότητα θα υπερασπιστεί το αρχικό πρόγραμμα του ΣΥΡΙΖΑ, Ναυτεμπορική, 21.8.2015, online unter: <http://www.naftemporiki.gr/story/994443/k-isuxos-i-laiki-enotita-tha-uperaspistei-to-arxiko-programma-tou-syriza>, Zugriff: 12.10.2015

¹⁰ Νίκος Σβέρκος: Οι προγραμματικοί άξονες του νέου σχήματος, ΕΦΣΥΝ 22.08.2015, Online: <http://www.efsyn.gr/arthro/oi-programmatikoi-axones-toy-neoy-shimatos>, Zugriff: 12.10.2015

¹¹ Λαφαζάνης: Δεν θέτουμε ζήτημα αποδέσμευσης από την Ε.Ε.,

online unter: <http://www.thepressproject.gr/article/80826/Lafazanis-Den-thetoume-zitima-apodesmeusis-apo-tin-EE>, Zugriff: 12.10.2015

¹² Λαπαβίτσας: Η Λαϊκή Ενότητα στηρίζει τις ιδιωτικές επενδύσεις, skai.gr, 25.08.2015, Online: <http://www.skai.gr/news/politics/article/290310/lapavistas-i-laiki-enotita-thelei-kai-idiotikes-ependuseis/#ixzz3oMZdDBHG>, Zugriff: 12.10.2015

¹³ Yanis Varoufakis: How I became an erratic Marxist, The Guardian, 18.2.2015.

Strategische Differenzen zwischen LA.EN. und Syriza existieren also nicht. Der taktische, lediglich die politischen Mittel betreffende Unterschied besteht darin, dass die LA.EN. als Mittel ihres Kampfes gegen die Austerität auch den Austritt aus dem Euro in Erwägung zieht. Anders als die herrschende Gruppe in der Syriza hatte die „Linke Plattform“ und jetzt die „Volkseinheit“ immer argumentiert, durch eine Rückkehr zur Drachme könnte die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft wiederhergestellt und damit ein Ausweg aus der Krise eröffnet werden^{▶14}. Diese Argumentation unterscheidet sich allerdings nur am Rande von der der Syriza-Führung oder des bürgerlichen Lagers insgesamt: In allen Fällen geht es darum, die Position des griechischen Kapitals und Griechenland als Standort für ausländische Investitionen in der internationalen Konkurrenz zu verbessern. Es verwundert daher kaum, dass der „Grexit“ nicht nur von Lafazanis und Lapavitsas, sondern auch von bürgerlichen Ökonomen und Politikern wie Paul Krugman^{▶15}, Wolfgang Streeck^{▶16} usw. als sinnvolle wirtschaftspolitische Option betrachtet wird. Die Frage, ob es tatsächlich zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Währungsabwertung oder zu einer Verschlechterung durch verteuerte Refinanzierungsbedingungen, Entwertung von Kapitalanlagen, Handelsumlenkung usw. kommen würde, ist zwar äußerst umstritten. Für Kommunisten ist das aber ohnehin nicht die entscheidende Frage. Entscheidend ist vielmehr, ob die Grexit-Strategie die Lebens- und Kampfbedingungen der arbeitenden Klasse verbessern oder verschlechtern würde. Aber auch das ist keineswegs klar: Sicher ist, dass der Verbleib im Euro anhaltende Austerität, Privatisierungen, Lohn- und Rentenkürzungen, Steuererhöhungen usw. bedeutet und daher keine Option darstellen kann. Ebenso sicher ist aber, dass ein Euro-Austritt zu verteuerten Konsumgüterimporten, also höheren Konsumgüterpreisen, zum explosiven Anstieg der Außenverschuldung (was die Forderung nach Streichung nur eines Teils der Schulden zu einem schlechten Witz degradiert), wahrscheinlich zu einer allgemeinen Inflation und, angesichts der Schwächung der Gewerkschaften, zu weiteren massiven Reallohnverlusten führen würde. Da die „Volkseinheit“ bisher nur aus dem Euro, aber nicht unbedingt der EU und anderen imperialistischen Vereinigungen wie dem Europäischen Fiskalpakt

▶14 Vgl. zB: Kostas Lapavitsas: Default and exit from the Eurozone. A radical left strategy, Socialist Register, Vol. 48.

▶14 Paul Krugman: Grexit and the Morning After, Online unter: http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/05/25/grexit-and-the-morning-after/?_r=0 Zugriff: 12.10.2015.

▶15 Wolfgang Streeck: Es ist so weit, Die ZEIT, 5. Februar 2015, Nr. 6/2015, S. 40.

austreten will, wäre damit auch kein Ende der Austeritätspolitik möglich. Die Wahl zwischen Austerität oder Grexit, oder genauer gesagt, zwischen Austerität oder Grexit plus Austerität, ist also eine Wahl zwischen Pest und Cholera, weshalb die KKE richtigerweise beide Optionen ablehnt. Ein Ausweg, der nicht 90% der Bevölkerung die Anpassungslasten tragen lässt, ist nicht einfach durch einen Wechsel der Währung zu erreichen, sondern hängt untrennbar mit der System- bzw. Eigentumsfrage zusammen. Solange das Kapital und nicht das Volk die Staatsmacht kontrolliert, solange die Ökonomie Profitinteressen folgt, werden die Werktätigen letztlich immer die Verlierer sein – und umso mehr in einer Krisensituation, in der es schließlich um die Verteilung der Verluste geht und die verschiedenen Fraktionen des Kapitals in ihrer Offensive gegen die Arbeiterklasse umso enger zusammenrücken. Entscheidend für eine progressive Strategie ist es daher, inwieweit sie die Massen an der Basis organisiert und über die Ursachen der Probleme aufklärt. Als Teil der Syriza haben die Abgeordneten der „Linken Plattform“ jedenfalls zur Stärkung der klassenkämpferischen Orientierung in den Protestbewegungen nicht nur nichts beigetragen sondern aktiv dagegen gearbeitet. Und es spricht nichts dafür, dass sich daran etwas ändern wird. Ziel, so Lafazanis im oben zitierten Interview, sei der „progressive Wiederaufbau des Landes mit einem sozialistischen Horizont“. Schon die Formulierung verrät die dahinterstehende reformistische Vorstellung einer allmählichen, friedlichen, den gegebenen institutionellen Rahmen nicht verlassenden Transformation, wie sie auch in Deutschland von den rhetorisch etwas „linkeren“ Teilen der Sozialdemokratie (z.B. dem reformistischen Flügel der DKP um Leo Mayer, Walter Listl usw.) geteilt wird. Der Sozialismus wartet irgendwie und irgendwann am „Horizont“, aber bis dahin bleibt einem nichts anderes übrig, als den Kapitalismus, der natürlich weiterhin besteht, als „linke Regierung“ zu verwalten – natürlich irgendwie „fortschrittlicher“ als es die anderen tun. Vehikel dieser Transformation sind nicht Klassenkampf und Revolution, sondern die Regierungsübernahme einer reformistischen Partei. Trotz Sozialismus-Rhetorik ist dieses Programm bis auf die Euro-Frage in der Praxis exakt dasselbe wie das der Syriza, weshalb man ja auch so lange Teil dieser Partei blieb. Die reformistische Vorstellung, den Sozialismus allein auf parlamentarischem Weg, durch eine Regierung der Systemverwaltung einführen zu können, ohne Zerschlagung der Institutionen, Repressionsorgane und Machtzentren des bürgerlichen Staates und Errichtung der autonomen Macht der Arbeiterklasse, führt aber zwangsläufig zu derjenigen Politik, die die Regierung Tsipras umgesetzt hat. Dazu passt auch,

dass Lafazanis im Interview zum Schrecken der gleichgeschalteten EU-Medien die herrschenden Zirkel der EU mit „skrupellosen Imperialisten“ verglich, die sich wie gegenüber einer „abgelegenen Kolonie“ verhalten würden. Diese wohlfeile Kritik richtet sich allein gegen den Einfluss düsterer Mächte aus dem Ausland, nicht aber gegen die griechische herrschende Klasse und ihre politischen Erfüllungsgehilfen inklusive ehemaliger Parteifreunde bei der Syriza – als ob Griechenland nicht seine eigene imperialistische Bourgeoisie hätte, die im Bereich Handelsschifffahrt sogar eine weltweite Führungsrolle spielt, und als ob alle Probleme nur von außen aufgezwungen wären.

Die späte Kritik an der Politik von Tsipras beläuft sich im Grunde nur darauf, dass Syriza dabei ist, ihren in jahrzehntelanger Degeneration mühsam erworbenen sozialdemokratischen Charakter als Partei „progressiver“, d.h. keynesianischer Reformen auf ihrem Weg Richtung Neoliberalismus wieder abzulegen. Die „Volkseinheit“ will also eine „richtige“ Sozialdemokratie, die wirklich etwas verändert. Da Kämpfe um tatsächliche Verbesserungen der Lebenslage selbst noch unter kapitalistischen Bedingungen ja auch durchaus erstrebenswert, ja sogar dringend notwendig sind, ist es zunächst verständlich, dass viele Menschen auf der Linken dem einiges abgewinnen können. In dieser Logik gerät aber völlig außer Acht, dass die Sozialdemokratie eben keine Kraft der autonom organisierten Arbeiterklasse in ihrem Kampf für eine andere Gesellschaft ist, sondern im Gegenteil ein Vehikel, das objektiv (und meistens auch subjektiv) darauf abzielt, die arbeitenden Menschen gerade in ideologischer und politischer Abhängigkeit von der Hegemonie der Bourgeoisie zu halten. Die Sozialdemokratie verhindert immer und überall die Eskalation und Radikalisierung von Kämpfen, die Entstehung von richtigen Einsichten über das Wesen der Ausbeutung, den eigenständigen politischen Ausdruck der Werktätigen. Weil sie den Kapitalismus nicht durch den Aufbau eigener Machtorgane der Arbeiterklasse abschaffen, sondern ihn ganz im Gegenteil nur besser, humaner, „wirtschaftsdemokratisch“ usw. verwalten will, führen ihre Politikkonzepte zudem geradezu zwangsläufig in die Abkehr auch vom Reformismus, zur Unterwerfung unter die „Sachzwänge“ der Marktwirtschaft. Mit ihren illusorischen Konzepten behindert die Sozialdemokratie also regelmäßig auch den Kampf um Verbesserungen innerhalb des bestehenden Systems. Das Tsipras-Memorandum ist darum ebenso wenig ein unerklärlicher Unfall wie es das Schröder-Blair-Papier von 1999 und die darauffolgenden Agenda-Reformen in Deutschland waren. Beides ist die konsequente Weiterentwicklung des Reformismus: Von der Vorstellung einer friedlichen Trans-

formation zum Sozialismus innerhalb der bestehenden Institutionen hin zur Beschränkung auf Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus hin zur Systemverwaltung im unmittelbaren Interesse der Monopolbourgeoisie.

Die „Linke Plattform“ und die neue Partei „Volkseinheit“, die sich größtenteils aus deren ehemaligen Kadern zusammensetzt, sind somit nichts weiter als eine Neuauflage der Syriza, wie sie sich vor einigen Monaten gab, ergänzt um die Forderung des Euro-Austritts, die aber wie gesagt für sich genommen noch keinen progressiven Charakter hat. Eine Syriza 2.0 ist aber nichts anderes als eine PASOK 3.0, also eine wieder und wieder aufgewärmte Suppe, die schon beim ersten Mal ihren schalen Geschmack nicht verbergen konnte.

DIE ANT.AR.SY.A: VERBALRADIKALISMUS UND VERKAPPTER REFORMISMUS

Die ANT.AR.SY.A (Abk.: Antikapitalistische Linke Kooperation für den Umsturz) ist nach der KKE, der Syriza und der „Volkseinheit“ wohl die viertwichtigste Formation des „linken Spektrums“ in Griechenland. Es handelt sich um ein pluralistisches Bündnis verschiedener Kräfte der außerparlamentarischen Linken, die sich selbst in einer Art Untertitel zu ihrem Namen als „Front der antikapitalistischen, revolutionären, kommunistischen Linken und der radikalen Ökologie“ bezeichnet. In ihrem Auftreten, ihrer Rhetorik und ihrer Herkunft unterscheidet sie sich deutlich von offen reformistischen Kräften wie der Syriza oder der „Volkseinheit“ und erfreut sich in Teilen der europäischen und internationalen radikalen Linken großer Beliebtheit. Die wichtigste Strömung in der Antarsya besteht wie in der „Volkseinheit“ aus Personen, die Anfang der 90er die KKE bzw. ihre Jugendorganisation verließen, sich dann aber nicht im Synaspismos wiederfanden sondern als „Neue Linke Strömung“ (NAR) rekonstituierten. Weitere Elemente sind trotzkistische und maoistische Gruppierungen. Sogar Mitglieder der sozialdemokratischen Anti-Euro-Partei „Plan B“ (Schedio Vita) des ehemaligen Syriza-Führers Alekos Alavanos fanden auf ihren Wahllisten Platz.

Bereits diese Zusammensetzung als bunter Blumenstrauß aller möglichen Strömungen sollte skeptisch stimmen. Eine gemeinsame theoretische Grundlage hat die Politik der Antarsya offensichtlich nicht, die pluralistische ideologische Zersplitterung wird im Gegenteil eher als Stärke gesehen. Eine gemeinsam geteilte Analyse der Geschichte der kommunistischen und

Arbeiterbewegung wie sie die KKE entwickelt, sucht man bei der Antarsya vergeblich. Schon allein dieser Umstand, dass nicht mal ansatzweise Einigkeit darüber besteht, welche Fehler in der Vergangenheit zur welthistorischen Niederlage des Sozialismus beitragen muss die Glaubwürdigkeit einer solchen Linken massiv untergraben. Schließlich ist die Unklarheit in der Frage, worauf die negativen Entwicklungen in der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts zurückzuführen sind, die die Menschheit Ende der 80er um sicher 100 Jahre zurückgeworfen haben, ein Hauptgrund für den Erfolg der bürgerlichen Ideologie der Alternativlosigkeit.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die revolutionäre Rhetorik der Antarsya, die von Worten wie „revolutionär“ und „antikapitalistisch“ nur so getränkt ist, in einem krassen Missverhältnis zur lockeren, pluralistischen Organisationsform des Bündnisses und seiner mangelnden Selbstverortung in der Geschichte der Klassenkämpfe steht¹⁷. Die Erkenntnis, dass es für eine revolutionäre Organisation im Kapitalismus nur eine Organisationsweise geben kann, nämlich den demokratischen Zentralismus, ist nicht vorhanden oder sie wird zurückgestellt zugunsten eines breiten Bündnis-konzepts der Linken.

Steht dennoch, abgesehen von einem dafür ungeeigneten Organisationskonzept, hinter der radikalen Rhetorik eine revolutionäre Strategie?

Bedauerlicherweise sind daran in mehrfacher Hinsicht größte Zweifel angebracht. Zunächst ist das Verhältnis zu den reformistischen Parteien und Strömungen (Syriza, Linke Plattform, LA.EN.) zu betrachten. Die Kritik der Antarsya an Syriza, selbst als Regierungspartei, war immer nur halbherzig und inkonsequent. Man betrachtete diese trotz Differenzen als Genossen, die sich lediglich ein paar Illusionen ins Parlament und die EU machen würden. Der Wahlsieg der Syriza wurde in verschiedenen Stellungnahmen als „einschneidender Linksruck“ (so die Mitgliedsorganisation SEK), als „Einschnitt auf europäischer Ebene“ (ARAN) und, trotz gewisser Skepsis, als Ergebnis des von der Arbeiterbewegung aufgebauten Drucks (OKDE Spartakos) gefeiert. Es wäre übertrieben, zu sagen, dass die Antarsya in ihren Stellungnahmen nicht auch vor der mangelnden Konsequenz der neuen Regierung ge-

►17 In dem Beschluss der 1. Landesweiten Konferenz der Antarsya über die organisatorischen Prinzipien heißt es dazu: „Es nehmen an ihr organisierte politische Kollektive und Kämpfer ohne Mitgliedschaft teil. Sie erkennt die Arbeit und Aktivitäten von Organisationen, Strömungen und Gruppen in ihrem Inneren an.“

warnt hätte. Sie war aber weit davon entfernt, diese als große Gefahr darzustellen, die zur Desorientierung, Entwaffnung und Resignation führen und schließlich den Menschen noch größere Lasten aufbürden würde, wie es die KKE leider vollkommen zutreffend vorausgesagt hatte. Im Gegenteil wurde die KKE für ihre Haltung immer wieder attackiert. Die Antarsya hat somit wenig dazu beigetragen, das Volk auf die Enttäuschung durch das neue Memorandum und den damit verbundenen Rückschlag für die Bewegung vorzubereiten, sondern im Gegenteil zu diesem Rückschlag ihren eigenen Beitrag geleistet. Auch die Antarsya trägt einen Teil der Schuld daran, dass „die Linke“ im Bewusstsein breiter Bevölkerungsteile jetzt einmal mehr mit Verrat, leeren Phrasen, „Inkompetenz“ und Alternativlosigkeit belastet wurde. Die Antarsya vertritt offensiv die Zusammenarbeit der Linken „in der Bewegung“, also auf der Straße, in der Nachbarschaft, an den Unis (da sie selbst nicht im Parlament ist, bleibt ihr schließlich auch nur diese Form der Zusammenarbeit). Das Verhältnis der Antarsya zur Syriza war immer eins zwischen Bündnispartnern, nicht das einer revolutionären Partei zu einer bürgerlichen, sozialdemokratischen Systempartei. Vor allem zum linken Syriza-Flügel bzw. jetzt LA.EN. pflegt man enge und freundschaftliche Kontakte und hat der Letzteren auch eine gemeinsame Front für eine „andere Linke“ (natürlich vor allem „anders“ als Syriza und KKE) schaffen¹⁸. An der Frage des Verhältnisses zur Sozialdemokratie hat sich die Antarsya inzwischen auch gespalten: Mit der ARAN und der ARAS sind zwei der größten Bestandteile mittlerweile zur „Volkseinheit“ gewechselt. Auch bei Teilen der Antarsya war man also offenbar der Ansicht, dass die inhaltlichen Differenzen sich in Grenzen halten. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten besteht aber darin, den Charakter ihrer Gegner inklusive der Opportunisten offenzulegen, die Konsequenzen ihrer Politik für das Volk aufzuzeigen und sie dementsprechend zu bekämpfen. Die zentristische, den Ausgleich mit der Sozialdemokratie suchende Politik der Antarsya tut nichts dergleichen.

Dass die Antarsya im Gegensatz zur KKE die Nähe der Sozialdemokratie sucht, ist kein Zufall. Darin spiegeln sich auch sehr unterschiedliche Vorstellungen des Weges zum Sozialismus. Während die KKE den Bruch mit den Institutionen des bürgerlichen Staates und die Vergesellschaftung der konzentrierten Produktionsmittel für den einzigen Weg hält, geht die Antarsya von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer Übergangsphase aus. Aufgrund der pluralistischen Struktur der

►18 Online: <http://tvxs.gr/news/ellada/i-antarsya-kalei-se-synergasia-ti-laiiki-enotita-toy-lafazani>, Zugriff: 12.10.2015.

Antarsya ist es schwierig, hier eine absolut eindeutige Linie herauszudestillieren. Die Rede ist von einem „politischen Sofortprogramm“¹⁹. Unklar ist, wie und von wem dieses umgesetzt werden soll. Denn wenn es einerseits richtig und notwendig ist, Sofortmaßnahmen zur Erleichterung der Lasten für die Massen zu fordern und dafür den Druck auf die bürgerlichen Regierungen aufzubauen, ist es andererseits etwas ganz anderes, zu glauben, diese Maßnahmen durch Mitmachen im System umsetzen zu können. Teile der Antarsya (z.B. ARAN und hohe Funktionäre der NAR) sprachen schon vor Jahren offen davon, dass eine linke Regierung oder eine Regierung mit Beteiligung der Linken dieses „Sofortprogramm“ umsetzen solle²⁰. In einem Artikel des bekannten ehemaligen Antarsya-Funktionärs (seit Kurzem LA.EN.) Panagiotis Sotiris heißt es: „Es reicht nicht, wie bei einem religiösen Gebet monoton den Generalstreik und den bewaffneten Aufstand zu beschwören, wenn wir wissen, dass seit vielen Jahrzehnten jeder Prozess der Transformation (!) in den Ländern mit entwickelten parlamentarischen Institutionen und ideologischen Mechanismen nicht als momentaner Aufstand stattfinden kann“. Deswegen müsse man eine „Regierung der Linken oder unter Beteiligung der Linken“ anstreben, aber nicht als „Selbstzweck, sondern als Teil einer zeitgemäßen revolutionären Strategie“²¹. Schon weil jede Veränderung in der Natur oder der Gesellschaft ein Prozess ist und das auch jedem klar ist, ist offensichtlich, dass hier mehr als nur diese Trivialität gemeint ist, dass eine Revolution nicht von heute auf morgen alle Probleme lösen und den Kommunismus herbeizaubern kann. Die Prozess-Theorie zielt eigentlich auf etwas ganz anderes ab, nämlich den Sturz der Herrschaft des Kapitals durch andere als legale, parlamentarische Mittel. Dass die Institutionen des bürgerlichen Staates selbst schon das Herrschaftsverhältnis des Kapitals über die Arbeiterklasse ausdrücken und nicht in eine Volksmacht umgeformt werden können, wird in dieser Theorie nicht mehr berücksichtigt. Ebenso ist die Leninsche Erkenntnis, dass die Volksmacht sich deshalb neue, vom bürgerlichen Staat unabhängige und diesem entgegengesetzte Institutionen schaffen, dass sie den Staat des Kapitals als Machtzentrum ihrer Feinde zerschlagen muss, vergessen. Auch im Fall der Antarsya steht hinter den revolutionären Phrasen somit letztlich nur die Strategie der alten Sozialdemo-

kraten und später des Eurokommunismus. Dass sie mit der Sozialdemokratie kooperiert, ist also nicht nur ein taktischer Unterschied zur KKE, sondern wurzelt in einer anderen, im Kern reformistischen Strategie, die mit der der Sozialdemokratie durchaus kompatibel ist.

Eine entsprechende Position wird zur EU und zum Euro vertreten. Während die KKE den Austritt aus der EU als Teil des Sturzes der Bourgeoisie fordert und mit der Streichung der Schulden verbindet, fordert die Antarsya so wie die „Volkseinheit“ den Euro-Austritt als separaten Programmpunkt. Die Antarsya-Aktivistin Irini Iliopoulou vergleicht in einem Interview den Austritt aus EU und Euro mit dem Öffnen eines Fensters, das notwendig ist, um überhaupt atmen zu können – und impliziert also umgekehrt, dass man nach dem Euro-Austritt wenigstens „atmen“ könne²². Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Rückkehr zur Drachme ohne den Sturz des Kapitalismus keine Verbesserung bringen muss und sich mit den Interessen eines Teils der griechischen Bourgeoisie deckt. Die Vorstellung, dass sich durch eine nationale Währung per se größere wirtschaftspolitische Spielräume auftun würden, die von progressiven Kräften genutzt werden können, ist unplausibel: Eine schwache Währung wie die Drachme müsste sich, um schwere Turbulenzen zu vermeiden, ohnehin wieder an eine der starken Währungen binden. Die Antarsya betont anders als Lafazanis und seine Anhänger auch die Notwendigkeit eines Bruchs mit der EU, bleibt dabei aber ebenso grundsätzlich auf dem Boden des bestehenden Systems, mit dem man irgendwann später, nach dem EU-Austritt, nach einer Übergangsphase unter einer „linken Regierung“ dann auch mal brechen will.

Nachdem der opportunistische Charakter der Politik der Antarsya offengelegt wurde, sollte es nicht mehr verwundern, dass in praktisch jedem Interview oder programmatischen Text eine Breitseite gegen die KKE und allgemein die klassenkämpferischen Kräfte abgefeuert wird. Während man die KKE einerseits als Fußvolk für die eigene Transformationsstrategie gewinnen will, spart man nicht mit Verleumdungen und abwertenden Bemerkungen ihr gegenüber. Die klassenkämpferische Linie der KKE in den Massenbewegungen, insbesondere den Gewerkschaften, hat in den vergangenen Jahren ermöglicht, Hunderttausende Menschen unter radikalen antikapitalistischen Parolen auf die Straßen und in die großen Klassenauseinandersetzungen zu mobilisieren, während der Bankrott der sozialpartnerschaftli-

¹⁹ Παππάς, Αποστόλης 2012: Ανταρσύα: „Αντικαπιταλιστική γραμμή“ ή νέος οπορτουνιστικός πόλος, ΚΟΜΕΠ 4-5.

²⁰ Ebd.

²¹ Παναγιώτης Σωτήρης 2011: Να σταματήσει η Αριστερά να είναι συνώνυμη με την ήττα, http://www.iskra.gr/index.php?option=com_content&view=article&id=6018:na-stamatisei-aristera-synonymi-itta&catid=56:an-aristera&Itemid=285, Zugriff: 12.10.2015.

²² Interview mit Irini Iliopoulou: „Es gibt keine Alternative in diesem System“, Lower Class Magazine 14.8.2015.

chen Gewerkschaftsführungen immer offensichtlicher wurde, sodass sie heute ihre Reden auf leeren Plätzen schwingen müssen. Diese erfolgreiche Politik wird von der Antarsya als „katastrophal“ und „sektiererisch“ bezeichnet, da sie die Gewerkschaften spalte^{▶23}. Die Antarsya unterstützt also faktisch die bankrotte Politik der Gewerkschaftsführungen gegenüber der PAME, indem sie die Selbstorganisation der Arbeiterklasse gegen ihre reformistischen Führungen, wohlgermerkt innerhalb der bestehenden Gewerkschaftsorganisationen, verteufelt. Sektiererisch ist in Wirklichkeit aber nicht die Politik der PAME, die den Großteil der aktiven Gewerkschafter hinter sich geeint hat und in langwieriger Arbeit eine tiefe Verwurzelung in der Arbeiterklasse geschaffen hat, sondern die Konzeption der Antarsya, die aus Prinzip an den gelben Gewerkschaften festhält, auch wenn diese kaum mehr eine Handvoll Menschen mobilisieren.

Die KKE wird im Grunde als systemtreue Kraft verleumdeter, wenn Funktionäre der Antarsya von der „antikapitalistischen“ oder „revolutionären Linken“ sprechen, aber die KKE wie selbstverständlich nicht als Teil davon betrachten. Begründet wird das oft damit, dass der KKE eine rein „verbalradikale“ Politik unterstellt wird, die nur in Worten radikal, in Phrasen aber „defätistisch“ und systemkonform sei^{▶24}. Das ist ganz besonders paradox und absurd, weil in Wirklichkeit der Vorwurf des Verbalradikalismus die Antarsya selbst trifft: Sie ist ein Beweis dafür, dass radikale Phrasen von Revolution und Kommunismus alleine noch nicht verhindern, dass eine Bewegung sich letztlich doch ins bürgerliche System integrieren lässt. Dies verhindern kann nur die sorgfältige Analyse der verschiedenen Kräfte des Systems, die versuchen, die Arbeiterbewegung nach rechts zu ziehen, und eine entsprechende konsequente Haltung diesen gegenüber. Wer dagegen vom Umsturz predigt, aber die Rolle des Reformismus nicht benennt und seinen Einfluss auf die Arbeiterklasse nicht bekämpft, wird auch nie den entscheidenden Schritt schaffen, dass die Arbeiterklasse ihre Illusionen überwindet und den Kampf für ihre eigene Macht aufnimmt. Die Illusionen der Antarsya in linke Regierungen und Übergangsprogramme begründen ihre Polemik gegen die KKE: Diese würde die Bewegung entwaffnen, weil sie alle Fragen in die Zeit nach der Revolution verschiebe und man also bis dahin nichts tun könne. Die Linie der KKE wird in abstruser Verzerrung als indifferent gegenüber den realen Problemen der Menschen dargestellt, als realitätsfernes Vertrösten auf den So-

▶23 Interview mit Panagiotis Sotiris: The other Greek left, Jacobin-Mag 17.4.2015.

▶24 Ebd.

zialismus. Nun beweist selbst ein kurzer Blick auf die wirkliche Politik der KKE, die in allen Bewegungen aktiv für unmittelbare Verbesserungen eintritt^{▶25} sofort das Gegenteil. Die Kritik an der KKE schießt daher in Wirklichkeit auch nicht gegen einen wirklichkeitsfremden Linksradikalismus der hohlen Phrase, sondern gegen diejenige politische Linie, die den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf um die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse verbindet. Indem die Antarsya behauptet, ihr Sofortprogramm könne die Probleme der Bevölkerung lösen, wird dagegen die Illusion verbreitet, dass ohne die Entmachtung des Kapitals bleibende Errungenschaften möglich sind.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bisher hält sich das Mobilisierungspotential der verschiedenen opportunistischen Formationen jenseits der Syriza stark in Grenzen. Nicht nur verfehlte die LA.EN. (und die Antarsya sowieso bei Weitem) den Einzug ins Parlament – der Autor dieses Textes konnte sich persönlich vergewissern, dass auf der zentralen Wahlkampfveranstaltung der Partei in Athen nur etwa 500 bis 1000 Menschen anwesend waren. Die KKE mobilisierte auf ihre zentrale Veranstaltung dagegen sicher 20.000-30.000 Menschen. Das bedeutet aber nicht, dass die „Volkseinheit“ nicht irgendwann noch ihre Rolle zur Rettung des Kapitalismus spielen wird. Auch die hoffnungsvollen Illusionen, die von Linken auf der ganzen Welt in sie gesetzt werden, sind Grund genug für eine kritische Befassung.

Trotz der Gemeinsamkeiten zwischen der Syriza, der „Volkseinheit“ und der Antarsya und ihrer Zusammenarbeit wäre es falsch, alle drei miteinander gleichzusetzen. Mitglieder und Anhänger aller drei Parteien sind sicherlich in vielen Fällen ehrliche Linke, die sich ein sozialistisches Griechenland wünschen und, wie unrealistisch oder diffus ihre Vorstellungen davon auch sein mögen, überzeugt sind, mit ihrem Engagement dazu beizutragen. Deshalb ist es falsch, diesen Menschen von vornherein mit Feindschaft zu begegnen. Mit Anhängern, Wählern, selbst Mitgliedern aller drei Strömungen kann auf der Straße und in der Bewegung die Aktionseinheit gesucht werden – allerdings nicht, indem die Richtung des Kampfes aufgeweicht wird oder die politischen Gegensätze zur Seite geschoben werden, sondern indem diese Leute von der Richtigkeit des Kampfes überzeugt werden, den die PAME und

▶25 Vgl. Thanasis Spanidis: Jenseits der Eurolinken, Lower Class Magazine, 28.7.2015.

andere klassenorientierten Bewegungen führen. Aufgabe von Bündnisstrukturen wie der PAME ist es, auch solchen Menschen ein Organisationsangebot zu machen, ohne dass die Kommunisten innerhalb der PAME es sich aber jemals leisten könnten, deswegen ihre Kritik am Opportunismus einzustellen.

Gleichzeitig ist die Tatsache, dass die Antarsya auf den ersten Blick als kommunistische, revolutionäre Kraft erscheint, kein Grund dafür, ihre Rolle als weniger problematisch einzuschätzen oder ihren reformistischen Charakter aus Rücksicht auf Befindlichkeiten nicht mehr zu demaskieren. Manchmal ist derjenige Opportunismus, der nicht auf den ersten Blick als solcher auftritt, sogar gefährlicher als der offene, zumindest aber ist er keinesfalls in der Lage, einen tragfähigen Ausweg zu bieten. In der aktuellen Situation einer tiefen Krise des politischen Systems, in der sich die Menschen durch die alten bürgerlichen Parteien nicht mehr vertreten fühlen, in der im Monatstakt neue politische Formationen entstehen und vergehen, in der selbst die reformistische „Linke“ ihre Integrationsfunktion nur noch unvollständig erfüllen kann, ist es nicht verwunderlich, dass innerhalb des opportunistischen Spektrums Neugruppierungen stattfinden. Es entstehen neue politische Kräfte und bisher marginalisierte kommen zum Vorschein, die auf die eine oder andere Art mit radikalen Phrasen die Empörung Massen in systemerhaltende Bahnen kanalisieren.

Verwunderlich ist dagegen schon eher, dass eine Gruppierung wie Antarsya, die in der Substanz Positionen des rechten DKP-Flügels vertritt, sich selbst als eine Kraft links von der KKE darstellen kann und von Teilen der deutschen Linken auch so wahrgenommen wird. Erklären lässt sich das nur durch einen eklatanten Mangel an strategischem Verständnis, tief sitzenden Antikommunismus und Wunschdenken.

Die Arbeiterklasse zu organisieren und auf den Kampf um die Macht vorzubereiten, ist harte, anstrengende und oftmals frustrierende Kleinarbeit. Dabei immer konsequent zu bleiben, kann dazu führen, dass sich Teile der Massen zeitweise von den Revolutionären abwenden, wie die jüngsten Erfahrungen der KKE zeigen. Angesichts dessen sucht der Opportunismus nach vermeintlich schnelleren Wegen zum Erfolg. Die diversen „Übergangsstrategien“, „Minimal-“ und „Sofortprogramme“ zeigen aber im Grunde nur die Ausweglosigkeit dieser Linken, die sich einen wirklichen Umsturz auf absehbare Zeit nicht vorstellen können und daher mit dem vermeintlich „geringeren Übel“ zufriedengeben.

Die kommunistische Bewegung kann es sich nicht leisten, dieselben Fehler zu wiederholen, was die Einschätzungen von „Linksregierungen“, „Übergangsstadien“, „Transformation“ im parlamentarischen Rahmen u.ä. angeht. Diese Fehler haben historisch in zahllosen Fällen zur bürgerlichen Degeneration und/oder Liquidation kommunistischer Parteien geführt (die Beispiele sind zahllos: Frankreich, Italien, Österreich, USA, China, Japan, Mexiko usw. usf.) oder der Konterrevolution den Weg bereitet. Die Zuspitzung der objektiven Widersprüche stellen erhöhte Anforderungen an die kommunistische Bewegung und die Spielräume für Kompromisse mit opportunistischen Kräften verringern sich. Es ist deshalb höchste Zeit für die Ausarbeitung einer wissenschaftlich begründeten revolutionären Strategie für den Sozialismus.

SCHLAG GEGEN DIE ARBEITER- BEWEGUNG. FRAGEN ZUR SITUATION IN GRIECHENLAND RUND UM DAS REFERENDUM VOM 5.7.2015

VON AITAK BARANI UND PHILIPP KISSEL

In der Debatte um die Ereignisse in Griechenland wurde von verschiedenen Seiten das Bild gemalt, die Syriza-Anel-Regierung sei erpresst worden und Griechenland sei nun eine Kolonie. Gegen diesen übermächtigen Feind müssten nun alle linken Kräfte sich zusammenschließen. Damit ist vor allem die kommunistische Partei (KKE) gemeint, der vorgeworfen wird, sektiererisch und dogmatisch zu handeln. Der „Grexit“ und die Einführung einer nationalen Währung wird von manchen Linken als Perspektive entworfen, ohne allerdings die Notwendigkeit eines revolutionären Bruchs und einer grundlegenden Änderung der Eigentumsverhältnisse zu benennen, wenn der Grexit denn überhaupt eine Lösung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung sein, und nicht doch der Stabilisierung der griechischen Wirtschaft dienen soll.

Die Fragen rund um die Ereignisse in Griechenland der letzten Monate sind für die kommunistische Bewegung insgesamt von Bedeutung: Ist eine „linke“/„patriotische“ Regierung unter Beibehaltung der kapitalistischen Verhältnisse das Ziel oder die Organisierung und Vorbereitung der Arbeiterklasse und anderen werktä-

tigen Volksschichten auf die Errichtung der eigenen Macht und den Aufbau des Sozialismus? Die folgenden Fragen und Antworten sollen zur Diskussion gestellt werden.

WURDE DIE GRIECHISCHE REGIERUNG VON DER EU ERPRESST?

Der Druck auf die Syriza-Anel-Regierung, die Bedingungen der Gläubiger zu akzeptieren war groß. Die Regierung hat aber von Anfang an und auch vor ihrer Wahl die Mitgliedschaft in der EU und der Eurozone zu ihrem Ziel gemacht und damit den Interessen der Mehrheit der griechischen Konzerne entsprochen (siehe auch „Fatale Europhorie“, junge Welt vom 05.08.15). Die EU ist ein Bündnis von Staaten, die zu ungleichen Konditionen teilnehmen, je nach Stärke ihrer großen Konzerne können sie die Bedingungen für sie verbessern. Die Spielregeln der EU werden von den großen Konzernen und ihren Staaten bestimmt. Wer dabei mitspielen will, muss diese Regeln akzeptieren oder ein mächtigeres Kapital haben als die anderen, um sie in seinem Sinne

ändern zu können. Das griechische Kapital ist nicht so mächtig, wie zum Beispiel das deutsche. Dennoch ist es im Interesse der Mehrheit der griechischen Konzerne, in der EU und im Euro zu bleiben, dafür müssen sie nun Bedingungen akzeptieren, die ihnen zum Teil nicht gefallen, aber dennoch besser sind, als ohne Euro und EU auf dem Weltmarkt konkurrieren zu müssen. Die meisten „Reformen“ sind ohnehin auch im Interesse des griechischen Kapitals, das auch die Löhne senken und die Renten kürzen will. In keinem Fall ist die EU ein Bündnis im Sinne der Bevölkerung. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen werden durch die EU und die nationalen Regierungen verschlechtert - ob mit oder ohne Euro.

GAB ES EINEN STAATSTREICH ODER PUTSCH?

Laut „Kleinem Politischen Wörterbuch“ ist ein Putsch eine „Verschwörung einer Minderheit zum Sturz einer Regierung (...).“ Gewöhnlich ist ein Staatsstreich eine gewaltsame Aktion eines Teils der Staatsorgane mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen und die Macht im Staat zu übernehmen. Unter einem Putsch versteht man meist den von außen verursachten gewaltsamen Sturz der Regierung, während an einem Staatsstreich ein oder mehrere Mitglieder der aktuellen Regierung beteiligt sind. Es gab keinen Putsch von außen durch die EU. Die Syriza-Anel-Regierung besteht bis heute (07.08.2015), sie wurde nicht gewaltsam von außen aufgelöst. Es gab auch keinen Staatsstreich, weil einige Minister sich gegen Teile des Memorandums wendeten und entlassen wurden. Ministerpräsident Tsipras hat mit der Entlassung der opponierenden Minister den Kurs seiner Regierung durchgesetzt, den es schon vor dem Referendum gab. Es gab also auch keinen „inhaltlichen“ Putsch oder eine 180-Grad-Wendung. Wenn die Regierung zurückgetreten wäre, weil sie keine eigene Mehrheit mehr im Parlament hatte, wäre es ebenfalls kein Putsch oder Staatsstreich gewesen.

IST GRIECHENLAND JETZT EINE KOLONIE?

Laut „Kleinem Politischen Wörterbuch“ handelt es sich bei einem Land um eine Kolonie, „das von einem kapitalistischen Staat gewaltsam seiner wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit beraubt, diesem angegliedert ist und gänzlich von ihm beherrscht wird.“ Dies trifft auf Griechenland nicht zu, es verfügt über einen eigenen Staatsapparat mit bewaffneten Organen, bei den Regierungen handelt es sich nicht um Marionettenregierungen eines oder mehrerer ausländischer

Staaten. Seine Wirtschaft verfügt über die größte Handelsflotte der Welt, exportiert Industrieprodukte und verfügt über einen Bankensektor, der auf dem Balkan eine wichtige Rolle spielt. Griechenlands Wirtschaft ist innerhalb der 28 EU-Staaten auf Platz 13.

Zugleich ist die griechische Bourgeoisie in einem relativen Abhängigkeitsverhältnis zu den mächtigeren Monopolen der EU und der USA, sie kann zu Zugeständnissen gezwungen werden. Der griechische Markt und die besonders wichtigen und profitablen Teile der griechischen Ökonomie sind im Visier der deutschen und anderen ausländischen Monopole. See- und Flughäfen, das Telekommunikationsunternehmen und andere „Filetstücke“ sind bereits teilweise übernommen (Telekom) oder sollen privatisiert werden (Flughäfen). Die griechischen Monopole nehmen eine Zwischenstellung ein: Während sie gegenüber anderen Ländern, wie zum Beispiel auf dem Balkan in der Rolle einer regionalen imperialistischen Macht sind, gibt es Abhängigkeiten von EU und USA. Die Einstufung Griechenlands als Kolonie verfälscht die Rolle der griechischen Bourgeoisie und führt zu der falschen Annahme, es könne eine Interessengemeinschaft zwischen den griechischen Monopolen und der griechischen Arbeiterklasse in der „Verteidigung“ der Souveränität geben.

WURDE DIE SOUVERÄNITÄT GRIECHENLANDS EINGESCHRÄNKT?

Es gibt zwei Punkte, an denen eine Einschränkung der staatlichen Souveränität Griechenlands festgemacht wird: In einem sogenannten „Treuhand-Fonds“ sollen Erlöse aus Privatisierungen gesammelt werden, die zur Rückzahlung von Krediten genutzt werden und zum Teil in Investitionen fließen sollen. Außerdem werden die EU-Kommission, die Eurogruppe und der IWF die Umsetzung der Maßnahmen kontrollieren. Es ist richtig, dass dadurch die Selbstbestimmung der griechischen Monopole zum Teil eingeschränkt wurde, insbesondere in der für einige von ihnen widersprüchlichen Frage der Privatisierungen. Diese Einschränkungen betreffen auch die Arbeiterklasse, sie muss gegen sie und gegen ihre Ursachen kämpfen, also gegen das Klasseninteresse, das durch griechische Monopole und durch die EU vertreten wird. Nur gegen diese Einschränkungen zu sein, ohne gegen EU und Euro zu sein, verdeckt ihren Ursprung und erweckt die Illusion, eine „gute“ EU gleichberechtigter Staaten sei möglich. Nur gegen EU und Euro zu sein, nicht aber gegen die Herrschaft des griechischen Kapitals, weckt die Illusion, eine bessere

Herrschaft der griechischen Kapitalistenklasse ohne diese Bündnisse sei möglich.

Die griechische Bourgeoisie wird ihre Souveränitätsrechte gegenüber ihren Konkurrenten immer nur in ihrem Interesse verteidigen, nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung. Die Souveränität des Monopolkapitals, seine Herrschaft gegenüber der Arbeiterklasse und anderen Volksschichten ist in Griechenland nicht eingeschränkt. Im Gegenteil ist gerade die Mitgliedschaft in EU und NATO eine Garantie zur Absicherung ihrer Herrschaft im Falle einer revolutionären Situation und Aufständen. Die Souveränität der Volksmassen, über ihre eigenen Geschicke entscheiden zu können, wird durch die „eigene“ Bourgeoisie und die ausländischen Monopole verhindert. Die Selbstbestimmung der Mehrheit der Bevölkerung ist unter kapitalistischen Verhältnissen nicht möglich, sondern nur im Sozialismus.

WELCHES SIND DIE ÖKONOMISCHEN HINTERGRÜNDE DER VERHANDLUNGEN?

Neben den Widersprüchen, die es für Teile der griechischen Konzerne gibt, nehmen auch die Widersprüche zwischen den Interessen der anderen europäischen Staaten zu. Insbesondere Teile des deutschen Kapitals wollen einen „harten“ Euro, um die Funktion als Weltwährung nicht zu gefährden. Dafür muss der Euro als Anlage und Zahlungsmittel attraktiv sein. Für das deutsche Kapital ist der Euro als Konkurrenz zum Dollar eines der wichtigsten Instrumente für die Durchsetzung seiner Interessen weltweit. Der Euro ist nur attraktiv, wenn die Unternehmen hohe Gewinne einfahren, die Produktivität hoch ist und die Kreditwürdigkeit der Staaten gewährleistet ist. Dazu braucht es die sogenannten „Strukturreformen“ und die „Haushaltsdisziplin“. Ein Euro ohne diese Kriterien, die im Maastricht-Vertrag verankert sind, ein Euro ohne die sogenannte „Austeritätspolitik“, ist nicht möglich, auch wenn es zu einzelnen vorübergehenden Lockerungen kommen kann, um das Gesamtprojekt zu erhalten. Für die schwächeren Ökonomien war lange Zeit der Euro ein Vorteil, da sie darüber günstigere Kredite aufnehmen konnten. Es kann zu einem Punkt kommen, wo diese Vorteile die Nachteile nicht mehr überwiegen. Dann wird es zu einer weiteren Zuspitzung innerhalb der Währungszone kommen. Eine mögliche „Lösung“ dieses Auseinanderdriftens besteht in der Etablierung einer Europäischen Union der „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“, also mit ungleichen Verträgen und

Konditionen. Ein Teil wäre in der Währungsunion, ein anderer nur halb oder gar nicht. Es würde ein „Kerneuropa“ und ein „Randeuropa“ mit schlechteren Bedingungen geben. Zum Teil ist dies jetzt schon der Fall. Der „vorübergehende“ oder längere Austritt Griechenlands aus der Eurozone hätte dem entsprochen. In den Verhandlungen mit Griechenland war die Frage, ob dieser Zeitpunkt bereits da ist oder ob es eine weitere Anpassung an die Kriterien geben kann.

WIE WAR DIE LAGE VOR DEM REFERENDUM?

Nur einen Monat nach ihrer Wahl legte die Regierung den Gläubigern eine Liste mit Reformen vor, um zu erreichen, dass das Memorandum um vier Monate verlängert wird. Diese Liste sah vor, Frühverrentungen zu stoppen, den Mindestlohn nicht zu erhöhen, die Rückkehr zu Kollektivtarifverträgen zu „überdenken“ und bereits beschlossene Privatisierungen und laufende Ausschreibungen fortzuführen. Die Kommunistische Partei (KKE) organisierte Massenproteste gegen die Reformliste und brachte einen Gesetzentwurf ein, der die „Annullierung der volksfeindlichen Vereinbarungen mit den Gläubigern und aller Durchführungsgesetze und Kreditverträge“ und soziale Sofortmaßnahmen vorsah. Er wurde von Syriza-Anel abgelehnt, während Syriza diesem Entwurf vor den Wahlen zugestimmt hatte. Der Verband griechischer Industrieller (SEV) rief zur „aktiven Unterstützung der Reformen der Koalitionsregierung“ auf. Im März legte die Syriza-Anel-Regierung eine weitere Reformliste vor, der auch Mehrwertsteuererhöhungen vorsah. Im Mai und Juni folgten weitere Reformlisten, die weitere Privatisierungen, die Kürzung der Renten und die Erhöhung des Renteneintrittsalters festlegten. Die Unterschiede zu den von den Gläubigern geforderten Reformen waren minimal.

WELCHE WIRKUNG HATTE DAS REFERENDUM?

Die Verabschiedung eines solchen Reformpakets im Namen der Regierung hätte zu kontroversen Debatten und möglicherweise zum Sturz der Regierung führen können. Die Regierung erklärte die Verhandlungen für gescheitert, das „Hilfsprogramm“ lief aus, die Notkredite für die griechischen Banken wurden gestoppt, es wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt, die Menschen konnten nur noch sehr begrenzt Bargeld abheben. Es kam zu einer Art Notstand. Die Regierung kündigte ein Referendum an, das die Sparmaßnahmen der Gläubiger ablehnen sollte. Das Referendum sollte

sie vor dem möglichen Unmut in der Bevölkerung bewahren und tatsächlich konnte eine Stabilisierung der Regierung durch eine Stimmung der Angst (ökonomischer Notstand) gemischt mit nationalem Stolz (wir beugen uns nicht dem Diktat) herbeigeführt werden. Es gab nicht die Möglichkeit, neben dem EU-Sparprogramm das der Regierung abzulehnen. Unter hohem sozialen und öffentlichen Druck wurde die Bevölkerung irreführt. Viele dachten, sie würden über den Verbleib im Euro abstimmen, andere glaubten immer noch, gegen die Sparpolitik stimmen zu können. Einen Tag nach dem Referendum arrangierte die Regierung ein Treffen mit allen Parteien. Sowohl die „Ja“- als auch die „Nein“-Parteien gaben ihr den Auftrag weiter zu verhandeln und den Verbleib Griechenlands im Euro zu sichern. Nur die KKE lehnte die Unterzeichnung und die weiteren Verhandlungen ab und mobilisierte Protestdemonstrationen. Innerhalb von einer Woche wurden weitgehende Reformen beschlossen, die Mehrheit im Parlament hatte nichts mehr mit der Mehrheit des Referendums zu tun. Das Referendum spielte keinerlei Rolle mehr, es hat lediglich dazu gedient, das Volk in Mitverantwortung zu nehmen. Tsipras sagte kurz vor der Abstimmung für die Sparmaßnahmen, die Abgeordneten könnten wählen zwischen: „1. unkontrollierter Bankrott, 2. Einigung 3. Schäubleplan mit Parallelwährung.“ Die sehr weitgehenden Angriffe auf die Bevölkerung konnten nur von einer Partei ausgeführt werden, die den Eindruck erweckt hat, alles für einen anderen Weg getan zu haben, nun aber nicht anders könne und dazu noch von mächtigen äußeren Feinden gezwungen wurde. Eine Nea-Demokratia- oder Pasok-Regierung hätte das neue Memorandum nicht durchsetzen können.

WURDE DAS REFERENDUM ERKÄMPFT?

Keineswegs. Wer Syriza-Anel als Ausdruck des Volkswillens darstellt, tut das lediglich aufgrund der rechnerischen Ergebnisse von Wahlen. Es gab weder vor, noch nach den Wahlen in Griechenland eine Bewegung von unten, die Syriza und schon gar nicht Syriza-Anel unterstützt hätte. Die Wahlergebnisse spiegeln lediglich die Stimmung in der griechischen Bevölkerung wider, die noch sehr stark von Unzufriedenheit und Passivität geprägt ist. Die Verbalradikalität Syrizas, die nicht zuletzt auch in nationalistischen Ablenkmanövern bestand, konnte nur zeitweilig eine Zustimmung in der Bevölkerung erzeugen. Auch vor dem Referendum gab es keine starke Bewegung auf der Straße, die dieses Referendum eingefordert hat. Erst nachdem Syriza das

Referendum ausrief, bewegte sich auch etwas auf der Straße. Tatsächlich aber auch erst am Tag des Referendums selbst. Die Angst vor der unmittelbaren Zukunft, die scheinbare Perspektivlosigkeit wurde von Syriza-Anel instrumentalisiert, um der Bevölkerung für eine kurze Zeit das Gefühl zu vermitteln sie selbst könne über ihr Schicksal entscheiden und erhobenen Hauptes gegenüber den Erniedrigungen der Troika aufstehen. Zu diesem Zweck stellte Syriza-Anel eine volksgemeinschaftliche Demagogie vor, die das vermeintlich ganze Griechenland gegen einen äußeren Feind zu verteidigen vorgab. Der kurze Moment einer vermeintlichen Euphorie über das Ergebnis des Referendums war schnell vorbei. Eine Stimmung der Resignation und des Fatalismus breitete sich aus.

WELCHE WIRKUNG HATTE DIE SYRIZA-ANEL-POLITIK AUF DIE ARBEITERBEWEGUNG?

Der eigenständig und klassenorientiert organisierte Teil der Arbeiterklasse hat gelernt, dass es auch dann Sinn macht, die Wahrheit auszusprechen, wenn ein großer Teil der Arbeiterklasse nicht bereit und in der Lage dazu ist, aus ihrer verzweifelten und elendigen Situation die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Ein anderer Teil hat immer noch die Illusion und die Hoffnung, eine Regierung würde stellvertretend die Belange der Mehrheit der Bevölkerung vertreten. Dies ist noch in relevanten Teilen der Arbeiterklasse und der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung verbreitet. Auch wenn offensichtlich und bekannt ist, dass Syriza-Anel Sparmaßnahmen beschließt, entscheidet sich dieser Teil für die Lösung, sein Schicksal in die Hände von Anderen zu legen, weil die Alternative dazu eine schwerwiegende Entscheidung wäre. Für die Entscheidung, sich zu organisieren und den Kampf gegen die Herrschenden aufzunehmen, ist ein Teil der Arbeiterklasse nicht bereit.

Ein anderer Teil der Arbeiterklasse ist dazu nicht in der Lage, weil sie objektiv dermaßen unter den Bedingungen der ökonomischen und sozialen Verelendung leidet, dass sie in atomisierter und nicht organisierter Form, also individuell, ums Überleben kämpft. Dieser Teil der Arbeiterklasse muss, das ist die dringliche Aufgabe von Kommunisten und klassenbewussten und organisierten Arbeiterinnen und Arbeitern, organisiert werden, damit sie erstens durch gegenseitige Hilfe gestützt werden kann und zweitens lernt zu kämpfen. Die Arbeiterbewegung ist nicht gestärkt worden. Vielmehr ist sie zunächst einmal durch die Irreführung

der sozialdemokratisch-nationalistischen Regierung in eine potentiell gelähmte, desillusionierte Situation gebracht worden. Eine solche Erfahrung kann auch Verzweiflung, Resignation und eine Abkehr von Politik zur Folge haben. Passivität auf breiter Basis kann entstehen. Das sind weitreichende Konsequenzen für die Bewusstseinslage und den Kampfbedingungen der Arbeiterklasse. Es wird jetzt davon abhängen, ob die klassenbewussten und organisierten Teile der Arbeiterbewegung - und das sind ohne Zweifel und nachprüfbar die in der PAME Arbeiterinnen und Arbeiter und die in den anderen klassenkämpferischen Massenorganisationen organisierten Volksschichten (Bauern, kleine Selbständige, Studenten, Volkskomitees) - es bewerkstelligen können, größere Teile der Klasse für ihren Weg zu gewinnen.

WIE ORIENTIERTE DIE KKE?

Die KKE orientierte deshalb von Anfang an, mit einem doppelten Nein zu stimmen - sowohl gegen die Sparmaßnahmen der Gläubiger, als auch die der Syriza-Anel-Regierung. Die Abgabe einer ungültigen Stimme sollte auch den vernebelnden und irreführenden Charakter des Referendums deutlich machen. Der für die Bedürfnisse der Bevölkerung notwendige Bruch mit den Eigentumsverhältnissen wurde durch das Referendum verdeckt. Alle Wähler, die ungültig gewählt haben oder einen Stimmzettel der KKE (mit zwei Neins) nahmen, wurden angesprochen, um sich weiter zu organisieren. Die KKE macht klar, dass weder ein Verbleib im Euro noch ein „Grexit“ bei Beibehaltung der Herrschaft des Kapitals eine Perspektive für die Bevölkerung ist. Die Perspektive ist die Organisation der Massen, damit diese ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und die Arbeitermacht errichten, um die Schulden einseitig zu streichen aus EU, Euro und NATO auszutreten, die Monopole zu enteignen und die sozialistische Planwirtschaft aufzubauen.

IST DIE KKE SEKTIERERISCH?

Nein. Die KKE ist keinesfalls sektiererisch. Sektiererisch wäre die KKE dann, wenn sie sich von den Massen abwenden und nur noch mit sich selbst beschäftigen würde. Sie vergaß aber weder ideologisch noch praktisch ihre tiefe Verbundenheit mit der Arbeiterklasse. Wenn mit sektiererisch gemeint ist, dass sie nicht bereit ist, mit jeder „linken“ Strömung zusammen zu arbeiten, gerade dann wenn diese in Regierungsverantwortung volksfeindliche Maßnahmen einführt, dann ist sie in

diesem Sinne standhaft. Die KKE arbeitet nicht mit Organisationen und Parteien zusammen, die sich an der Vernebelung der Massen beteiligen und eine Orientierung auf die Manöver einer Regierung geben. Wenn Kommunisten von sektiererisch sprechen, meinen sie eine Abkoppelung von der Arbeiterklasse und von den Massen und ihrem Interesse. In diesem Sinne ist die KKE das Gegenteil von sektiererisch. Sie organisiert den Klassenkampf der Arbeiterklasse durch konkrete Forderungen, die sie in Gesetzesvorschlägen im Parlament einbringt, durch den konkreten Kampf in Betrieb und Stadtteil durch Streiks, die Abwendung von Zwangsräumungen und Stromsperrungen und vor allem durch die Organisation der verschiedenen Teile der Bevölkerung (Arbeiter, Arbeitslose, Frauen, Jugendliche, kleine Selbständige, Studenten, Bauern,...). Die KKE versucht den Grad der Organisation voranzutreiben und eine klassenorientierte Antwort auf die Bedürfnisse und Forderungen der Menschen zu geben. Aktuell haben diese Organisationen der sozialen Allianz ein zentrales Solidaritätskomitee gebildet und rufen zur sofortigen Gründung Solidaritätskomitees auf, um „alle Kollegen und Nachbarn, die sich schweren Problemen oder Notsituationen gegenübersehen“ zu organisieren. Bei allen Massenmobilisierungen und Protesten war die KKE und die klassenkämpferische Gewerkschaftsfront PAME die einzige Kraft, die viele Menschen und weit mehr Menschen mobilisieren konnte, als alle anderen Kräfte zusammen. Die sozialdemokratisch geprägten Gewerkschaftsströmungen unterließen eine nennenswerte Mobilisierung, um die Syriza-Anel-Regierung nicht zu gefährden.

IST DER GREXIT EINE PERSPEKTIVE FÜR DIE ARBEITERBEWEGUNG?

Der Grexit an sich kann keine Perspektive für die Arbeiterbewegung sein. Ein Szenario: die griechische Regierung entscheidet sich für die Rückkehr zur nationalen Währung. Die Regierung verbreitet damit das Wachstum ankurbeln zu wollen und zu mehr Arbeit und Prosperität für die Bevölkerung zu gelangen. Tatsächlich könnte ein Teil des griechischen Kapitals davon profitieren. Die KKE schreibt dazu: „Die einzigen Gewinner dieser Option wären in Griechenland bestimmte Monopolgruppen im Bereich der Handelsschifffahrt, der Pharma-Industrie, der Energie, des Waffenhandels.“ Der Wert der neuen nationalen Währung wäre auf dem Weltmarkt aber sehr viel niedriger als der Euro. Die Abwertung der nationalen Währung würde eine Erhöhung der Importpreise bedeuten, die Inflationsgefahr

würde steigen. Das bedeutet eine reale Absenkung des Einkommens für den größten Teil der Bevölkerung. Die KKE geht davon aus, dass sich ein Grexit wie ein ökonomischer Schock auf die Masse der Bevölkerung auswirken könnte. Die Herrschenden, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, dürften mit Standortargumenten die Arbeiterklasse zu Zugeständnissen im vermeintlichen Interesse der gesamten Nation zwingen. Die Vorstellung „Alle müssten jetzt zusammenhalten, damit es Griechenland besser geht“, wäre ein Rückschlag für die Entwicklung des Klassenbewusstseins in der Arbeiterklasse. Sie muss deshalb von allen klassenbewussten Teilen der Arbeiterbewegung in Griechenland und außerhalb bekämpft werden. Ob Grexit oder Euro - beide Optionen sind ohne eine Perspektive der organisierten Arbeiter- und Volksmacht, nur Perspektiven für das weitere Überleben des Kapitals.

DIE ROLLE DER „LINKSSOZIALDEMOKRATISCHEN“ KRÄFTE - „PLATTFORM“ UND ANTARSYA

Als die - als linkssozialdemokratisch angetretene - PASOK sich verbraucht hatte und keine Legitimation mehr hatte, begann der Aufstieg von Syriza. In hoher Geschwindigkeit passte sie sich den Erfordernissen an. Von „kritischeren“ Leuten wurde sie als „linkssozialdemokratisch“ bezeichnet, um auszudrücken, dass sie zwar sozialdemokratisch sei, aber besser als die „rechten“ Sozialdemokraten von der PASOK. Man müsse auf jeden Fall mit diesen „linkeren“ Kräften zusammenarbeiten, sie nicht angreifen, sondern schonen. Nachdem nun Syriza ebenfalls offen die Arbeiterklasse angreift, werden die nächsten „linkssozialdemokratischen“ Kräfte, die unterstützt werden sollen angeboten: Der „linke“ Flügel von Syriza. Der kritisierte zwar die Reformlisten der Regierung, rief aber zum Kampf innerhalb von Syriza und (bis heute) zur weiteren Unterstützung der Regierung auf. Von den Abgeordneten der „Plattform“ stimmten 15 für das Sparpaket, 2 dagegen. Die mit Ja stimmten, erklärten, sie seien nicht für das Sparpaket „als solches“. Ein Vertreter der „Plattform“, Panagiotis Lafazanis, ehemaliger Energieminister, hält bis heute an der Unterstützung der Regierung Tsipras und an der Einheit von Syriza fest. Seine radikalen Äußerungen sollen von dieser opportunistischen Politik ablenken. Teile der Plattform orientieren auf den Aufstieg Griechenlands aus der Euro-Zone, aber nicht um auch die Herrschaft des Kapitals zu beenden, sondern um das Kapital zu restaurieren.

Das linksradikale Bündnis „Antarsya“ fordert zwar den Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen, begrüßte

aber den Wahlsieg Syrizas, und wertete ihn als „Botschaft: Ein anderer Weg ist möglich“, so der Antarsya-Sprecher Sotiris in einem Interview mit „Marx21“. Das Bündnis will den „Neoliberalismus“ bekämpfen und „zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit und Ankurbelung der Binnennachfrage die öffentlichen Ausgaben deutlich steigern“. Es wird der „Grexit“ gefordert, um „durch eine wiedererlangte Währungssouveränität und eine demokratische Finanzkontrolle“, die Austerität zu beenden und „ein alternatives Entwicklungsparadigma zu etablieren, das auf partizipatorischer Planung, Selbstverwaltung und neuen Formen der Koordinierung und Verteilung fußt.“ Von Errichtung der Arbeitermacht bzw. Diktatur des Proletariats ist keine Rede, das alles soll unter bürgerlicher Herrschaft möglich sein. Orientierung ist eine „linke Regierungsführung mit Formen der ›Gegenmacht‹ von unten.“ (Zitate aus einem Text vom Sprecher von Antarsya in der Zeitschrift „Luxemburg“ vom Februar 2015). Die KKE wird von Antarsya mit Unterstellungen eines angeblichen Defätismus und Sektierertums angegriffen. Es wird das Vorurteil wiederholt, die KKE „gründe ihre politische Präsenz auf einer »Nichts wird sich ändern«-Geschichte und sage, dass „alles in der fernen Zukunft einer »Macht und Wirtschaft des Volkes« gelöst werden wird.“ Tatsächlich lehnt die KKE „Gedankenspiele“ wie die von Antarsya und ihre Orientierung auf die Überwindung des „Neoliberalismus“ ab. Die Orientierung auf eine Zusammenarbeit und Schonung von sogenannten „Linkssozialdemokraten“ oder „Linksradikalen“ ist ein endloses Vertrösten auf die nächste scheinbar mögliche Alternative im Kapitalismus oder irgendwelche Übergangsphasen, die im Kapitalismus erreicht werden müssen, um das Schlimmste zu verhindern.

DIE LAGE IN GRIECHENLAND UND DIE STRATEGIE DER KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG

VON GEORGIOS KOLIAS

Wir wollen uns in diesem Artikel mit einigen Seiten der gängigen Kritik an der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) auseinandersetzen. Diese Auseinandersetzung ist deswegen wichtig, weil sie nicht nur außerhalb der kommunistischen Bewegung, sondern auch – international – innerhalb dieser erhoben wird. Wir möchten uns hier nicht mit den Intentionen dieser Kritik beschäftigen, die man meist ohnehin schwer beurteilen kann, weil man bemerkenswerterweise häufig, sowohl in gegenüber der KKE gut-, als auch in bösgesinnten Kritiken, dieselben oder ähnliche Argumente entdeckt.

Zunächst muss der Gegenstand der Kritik bestimmt werden. Man kann feststellen, dass in der einen oder anderen Weise hauptsächlich die Bündnispolitik oder auch bloß die politische Haltung der KKE gegenüber anderen politischen Kräften kritisiert oder sogar angegriffen wird. Dabei spielt die rechtsopportunistische, inzwischen vollkommen sozialdemokratisierte Partei SYRIZA eine wichtige Rolle, obwohl man auch bemerken muss, dass nicht alle Kritiker und Kritikerinnen die Zusammenarbeitsverweigerung der KKE mit SYRIZA oder die Einschätzungen der KKE zu dem Charakter dieser Partei in Frage stellen. Dies ist eine wichtige Demarkierungslinie zwischen verschiedenen kritischen Ansätzen.

Da aber SYRIZA *de facto* nicht nur im Zentrum der Öffentlichkeit steht, sondern auch in der innerkommunistischen Diskussion immer wieder auftaucht, ist es wichtig sich auch mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Dabei geht es um zwei Sachen: Einerseits geht

es um die konkrete Einschätzung des Charakters von SYRIZA oder auch Kräften ähnlicher Gesinnung und Ausrichtung in Griechenland, aber auch weltweit. Andererseits geht es aber auch um tiefgreifende Fragen prinzipieller Natur, die mit der Strategie der Kommunistischen Partei zu tun haben, wie die des Charakters des bürgerlichen Staats, der Teilnahme an bürgerlichen Regierungen, oder der Verwaltung der kapitalistischen Krise. Diese Fragen betreffen schließlich auch einige der Kritiken, die über die Frage der Zusammenarbeit mit SYRIZA hinausgehen.

Wir werden aber diese Kritiken weder vereinzelt behandeln noch direkt konfrontieren. Was wir versuchen werden, ist, diese zu entkräften, indem wir unmittelbar die objektive Situation und die betreffenden theoretischen Grundlagen behandeln. Der Boden, auf dem derartige Kritik wächst und sich nährt, ist ein bestimmtes Verständnis der Wirklichkeit. Die beste Antwort kann also nur die Untersuchung der Wirklichkeit selbst sein. Dabei geht es aber nicht primär darum, irgendwelche Teilerscheinungen oder einfache Episoden in dem allgemeinen Prozess journalistisch darzustellen, sondern die grundlegenden, strukturellen Verhältnisse zu untersuchen, weil uns in Wirklichkeit nicht hauptsächlich die Information fehlt, sondern die solide Basis einer sinnvollen Diskussion über Fragen der Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung. Wir stellen keinen Anspruch auf eine allumfassende wissenschaftliche Behandlung des Sachverhalts, sondern zielen nur darauf, einen Anstoß für eine wesentliche und notwendige Diskussion zu geben.

DIE ÖKONOMISCHEN UND POLITISCHEN VERHÄLTNISSSE IN GRIECHENLAND

Wir werden nicht mit der Beschreibung der aktuellen Entwicklungen und der Parteipositionen beginnen, sondern mit den ökonomischen und politischen Verhältnissen. Denn alle Entscheidungen, Handlungen von Individuen, Parteien und Klassen finden in einem bestimmten Rahmen statt, der schließlich die Bedeutung und Grenzen dieser bestimmen und an welchem sie auch zu messen sind.

Griechenland ist ökonomisch und politisch ein vollentwickeltes monopolkapitalistisches Land. Darüber sollte eigentlich kein Zweifel bestehen. Die Eigenarten der Entwicklung des griechischen Kapitalismus (und solche hat es in jedem Land immer gegeben) sollte man sehr wohl in Betracht ziehen, wenn man eine konkrete Analyse vornehmen möchte, betreffen aber nicht die grundlegenden Wirtschafts- und Machtstrukturen des Landes und sind demnach für die Grundfragen strategischer Natur nicht von primärer Bedeutung. Denn darum geht es nun einmal, da sich an einem Großteil der Analysen ein derart niedriges Niveau abzeichnet, dass elementare Sachen in Frage gestellt werden, weshalb hier auf das ganz Grundlegende zurückgegangen werden muss.

Trotzdem wollen wir hier nichts von einem abstrakten Begriff ableiten. Griechenland ist ein monopolkapitalistisches Land, weil sich die wichtigsten konzentrierten Produktionsmittel und die zentralsten Machtstrukturen in den Händen des Finanz- oder auch allgemeiner Großkapitals befinden. Auch wenn einigen der Grad der Monopolisierung verhältnismäßig klein erscheinen mag, ist die politische Herrschaft mindestens genauso eindeutig wie in jedem anderen entwickelten imperialistischen Land. Dies ist ein empirisches Faktum, auf dem sich folgende Überlegungen begründen lassen.

Eine andere Tatsache ist, dass die strategischen Interessen des griechischen Großkapitals mit der EU und den USA verbunden sind. Innerkapitalistische und –imperialistische Gegensätze gibt es natürlich und kommen auch in der einen oder anderen Weise zum Ausdruck. Diese scheinen aber – mindestens momentan – nicht so zugespitzt zu sein, dass sie die allgemeine strategische Ausrichtung in Frage stellen würden. Das liegt aber vor allem daran, dass die griechische bürgerliche Klasse ihre Herrschaft im Inneren und ihren imperialistischen Einfluss im Äußeren durch das Bündnis mit den EU- und US-amerikanischen Monopolen

sichern und stärken kann. Man darf nämlich die rege Aktivität, die Rolle und die Interessen des griechischen Kapitals im Balkan, dem Nahen Osten und Afrika nicht unterschätzen, wofür die transatlantische Zugehörigkeit unabdingbar ist. Umgekehrt hat das EU- und US-Kapital ausreichend Interesse, das griechische Kapital einen kleineren oder größeren Anteil an der imperialistischen Beute haben zu lassen, weil sie sich damit einen treuen Verbündeten in der Region sichern und ihre imperialistische Pläne effektiver durchsetzen können.

Diese Bündnisse tragen einige Konsequenzen und Verpflichtungen mit sich, von denen einige Kräfte das Volk abzulenken versuchen. Die EU als Bündnis zwischen kapitalistischen Staaten hat bestimmte Zwecke und bestimmte Richtlinien. In ihrer Struktur und Politik widerspiegeln sich nicht die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, sondern höchstens die Kräfteverhältnisse zwischen den verschiedenen Monopolgruppen, aber vor allem ihr Konsens für eine gemeinsame volksund arbeiterfeindliche Politik und eine verstärkte imperialistische Machtprojektion. Die NATO entspricht ähnlichen Zielrichtungen mit noch stärkerer militärischer Ausprägung. All das bestimmt auch die Orientierung des griechischen Staates, die von Wahlergebnissen und Regierungsparteien unabhängig sind.

Das bedeutet, dass einerseits die politische und wirtschaftliche Macht der Monopole unangefochten bleibt und andererseits ihre Politik eine sehr konkrete Ausrichtung hat, welche den Rahmen jeder Regierungspolitik zusätzlich einengt. Die bürgerliche Klasse verfügt über die wichtigsten Strukturen des Staatsapparats, aber auch über andere Mechanismen des ideologischen Einflusses und der repressiven Gewalt. Abgesehen von den Brüchen und Gegensätzen (die vor allem in den letzten Jahren unausweichlich waren) ist die Unterstützung oder zumindest die Toleranz seitens der höheren Schichten der Bevölkerung wie auch großer Teile des arbeitenden Volks gesichert. Der Druck aufgrund der Krise hat zwar Verluste und Gefahren mitgebracht, aber die Kontrolle über die Wirtschaft nicht geschwächt, sondern im Gegenteil sogar gestärkt.

Die Monopolisierung vieler Sektoren wurde durch die Krise beschleunigt und die Profite der größten Unternehmen sind gestiegen. Die Zerstörung von Produktivkräften kann natürlich nicht als vollendet oder sogar genügend für einen Aufschwung betrachtet werden (vor allem aufgrund der internationalen Dimensionen der Krise), hat aber eindeutig die Position der einheimischen und ausländischen Monopole im Land gestärkt. Was die wirtschaftliche und politische Macht

der bürgerlichen Klasse und der Monopole bedeutet, sollte, weit von jeder Naivität, jedem Kommunisten und jeder Kommunistin klar sein. Keine herrschende Klasse in der Geschichte hat ihre Macht freiwillig abgegeben. Und keine herrschende Klasse hat Zugeständnisse freiwillig gemacht. Sowohl Zugeständnisse abzugewinnen, als auch der Macht sich entgegenzustellen vermochte immer nur der organisierte und entschlossene Widerstand der unterdrückten Klassen.

Wir setzen an dieser sehr strukturellen Sache an, weil wir glauben, dass die Bedeutung solcher Tatsachen heute, aus welchen Gründen auch immer, in den Hintergrund gerückt oder sogar gänzlich verschwiegen wird. Uns der Banalität zu bezichtigen, erlauben wir sicherlich nicht denen, die mit ihrer „linken“ Sophisterei verschleiern möchten, dass sie einen Leichnam wieder beleben möchten. Uns mangelt es heute weniger an einfallsreichen „Taktiken“, als an der grundsätzlichen strategischer Orientierung der kommunistischen Bewegung.

VERWALTUNG DES SYSTEMS UND KRISE

Aber noch eine andere Tatsache soll hervorgehoben werden: die andauernde Krise des kapitalistischen Systems, die besonders in Griechenland eine heftige Ausprägung hatte und weiterhin hat. Wer den Charakter und die Natur der Krise nicht versteht, wird auch nicht in der Lage sein, die Grenzen der Verwaltung dieses Systems zu verstehen. Die Überakkumulationskrise ist 1. eine notwendige Erscheinung der kapitalistischen Produktionsweise und kann deshalb 2. weder vermieden noch durch systemimmanente Interventionen überwunden werden. Dass Interventionen und Regulierungsversuche die Krisen verlangsamen, ihren Ausbruch verschieben, die Lasten in der einen oder anderen Richtung umverteilen können, wollen wir prinzipiell nicht bestreiten. Was die Krise aber „löst“, ist nur die Zerstörung von Produktivkräften. Unbestreitbar bleibt auch, dass die Widersprüche des Systems und der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit sich weiter zuspitzen und sogar einen immer größeren Teil der Bevölkerung umfassen. Das Streben in der Krise nach einer Rückkehr des kapitalistischen Wachstums ist keine klassenneutrale Sache. Denn das Opfer für diese wird die Arbeiterklasse und die Mehrheit des Volkes bringen. Und das ist groß. Freilich sind die herrschenden Klassen oft bereit bzw. gezwungen einige Bröseln dem an meisten verelendeten Teil der Bevölkerung zuzuworfen und Teile der „Mittelschichten“ zu „bestechen“. Aber Arbeitsrechte, Löhne und Pensionen, die den mo-

deren Bedürfnissen entsprechen, Sozialversicherung usw. für die Mehrheit der Lohnabhängigen sind mit den Bedürfnissen der kapitalistischen Entwicklung und Reproduktion nicht vereinbar. Das kapitalistische Wachstum wird aus dem Schweiß und Blut der Arbeiterklasse geschaffen.

Es lässt sich also grundsätzlich fragen, was kann man von all jenen politischen Kräften erwarten, die in der Krise das Wirtschaftswachstum als gemeinsames Ziel in den Vordergrund rücken, versprechen, dass sowohl Arbeitende als auch „gesunde Unternehmen“, sowohl Kleinbauern und verarmte Selbstständige als auch Monopolgruppen gewinnen können? Das System hat Gesetzmäßigkeiten und dem ist auch die Politik der Verwaltung der Krise unterworfen. Aber diese Verwaltung, solange es überhaupt eine Verwaltung ist und bleibt, ist eine Verwaltung im Interesse des Kapitals. Denn so oder so, wenn das System ins Wackeln kommt, zahlen es immer und am Teuersten die Unterdrückten, die Machtlosen, die Unmündigen.

Zusätzlich kommt aber auch das schon genannte Machtgefüge des Monopolkapitals. Auch wenn man alles andere beiseitelassen würden, alle Beschränkungen, Gesetzmäßigkeiten dieser Wirtschaftsstruktur, bleibt immer noch der unleugbare Kern der gesellschaftlichen Realität: der Klassenkampf. Und auch da ist man gezwungen, die Sache so zu betrachten, wie sie ist, und euphorische Parolen beiseite zu lassen. Es ist nämlich nicht nur so, dass die Arbeiterklasse und die unterdrückten Volksschichten ihre Interessen nicht klar erkennen oder den Kampf effektiv und unter ihrer eigenen Fahne aufnehmen, sondern hinzu kommt gleichzeitig, dass das Kapital sehr wohl seine Interessen verfolgt und dafür die wirtschaftlichen und politischen Mittel besitzt und ausnützt. Es ist eine der gefährlichsten Illusionen, die Krise würde diese Strukturen unterminieren. Nein, sie bleiben nicht nur bestehen, sondern tendieren sogar dazu ihre aggressivsten Seiten zu zeigen.

Regierung und Bewegung Was kann also ein Regierungswechsel in Griechenland unter den dargestellten Bedingungen bewirken? Zunächst muss festgehalten werden, dass ein Regierungswechsel selbst in keiner Weise und auf keiner Ebene die Strukturen der kapitalistischen Wirtschaft und des bürgerlichen Staates in Frage stellt. Denn Veränderungen solcher Art resultieren nicht aus Unterschriften von Ministern oder Gesetzeserlasse des Parlaments, sondern aus dem Kampf des Volkes und der Arbeiterklasse. Genauso wenig ändert sich der Charakter des Staates oder die Klasse, die

die Macht besitzt, wenn sich Parteien in den Ämtern abwechseln. Denn weder die Regierung noch das Parlament sind der Staat. Dieser besteht aus einer Reihe offenkundiger und heimlicher Macht- und Gewaltmechanismen, die keineswegs klassenneutral sind, sondern „ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse“ (Lenin).

Die konkretere Frage ist nun: Was kann eine Regierung, die den Bruch mit diesen Strukturen der ökonomischen und politischen Herrschaft des Großkapitals in keiner Weise bestrebt, im Interesse des Volkes und der Arbeiterklasse bewirken? Woher könnte sie überhaupt die Macht ziehen, die Forderungen des Volkes durchzusetzen, wenn sie nicht die wirkliche Klassenbewegung als den einzigen Träger der sozialen und politischen Veränderung anerkennt? Aus einer parlamentarischen Mehrheit? Parlamentarische Mehrheit und Klassenbewegung sind jedoch zwei vollkommen unterschiedliche Sachen. Und diesem Unterschied sollten wir uns nicht nur bewusst sein, sondern ihm unsere volle Aufmerksamkeit schenken.

Die Klassenbewegung ist – in der einen oder anderen Weise – der Ausdruck der Selbsttätigkeit der Massen, der Anstrengung der Massen ihre eigenen Interessen selbst durchzusetzen. Diese Bewegung, sofern sie tatsächlich diesen Namen verdient, gehört keiner Regierung und kann keiner Regierung gehören. Sie steht ihrem Wesen nach im Gegensatz zum bürgerlichen Staat, genau weil die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Massen das Gegenteil dessen ist, was der bürgerliche Staat repräsentiert: die Unterwerfung, die Passivität, die Logik der Übertragung. Die Klassenbewegung stellt Forderungen und kämpft für diese mit den jeweils vorhandenen und angemessenen Mitteln. Die Durchsetzung dieser Forderungen hat nichts mit den Entscheidungen einer Regierung oder eines Parlaments zu tun, egal welchen ideologischen, politischen Charakter diese haben oder zu haben vorgeben. Denn sie sind nicht Teil der Bewegung, sondern Teil des Staates: des bürgerlichen Machtapparats. Die Bewegung unterstützt keine Regierung, sie gibt in ihren Forderungen nicht nach, um eine Regierung zu unterstützen.

Wir wollen bemerken, dass dies nicht bedeutet, dass die Klassenbewegung keine Struktur, Organisation, Leitung usw. hätte oder solche gar nicht brauchen würde. Ganz im Gegenteil. Aber diese Organisation muss die eigene Organisation des Volkes sein. Und es kann verschiedene politische Kräfte geben, die in der Bewegung aktiv sind. Aber sie können und dürfen nicht mit den Kräften des bürgerlichen Staatsapparates identifi-

ziert werden. Denn die Organisation der Arbeiterklasse entwickelt sich nicht im bürgerlichen Staat oder im Schatten der Staats- und Regierungspolitik, sondern abseits und im Gegensatz zum bürgerlichen Staat.

Was bedeutet dagegen eine parlamentarische Mehrheit, wenn die bürgerlichen Machtstrukturen nicht angetastet werden? Wenn die Produktionsmitteln in privater Hand bleiben und der Staatsapparat aufrechterhalten wird? Wir wollen ein sehr einfaches Beispiel geben. Hinter den Kulissen entwickelt sich in Griechenland in den letzten Jahren eine sehr verschärfte rechtliche Verfolgung von Gewerkschaftern, die in Arbeitskämpfen eine hervorragende Rolle gespielt haben. Wir reden von hunderten von Menschen aus der Arbeiterklasse und auch der Bauernschaft, die einzeln sogar mit hunderten Anklagen konfrontiert werden. Von Stahlarbeitern, die nach einem neunmonatigen Streik gegen Entlassungen und Lohnkürzungen mit Haftstrafen von bis zu zwei Jahren verurteilt worden sind. Kann sich diese Situation mit einer Änderung der Regierung ändern? Zum ersten unterliegt die Judikative nicht der exekutiven und legislativen Gewalt. Denn obwohl die „Gewaltenteilung“ wegen der tiefgreifenden Verflechtungen vollkommen scheinhaft erscheinen mag, sollte man nicht ihren objektiven Grund übersehen. Die Gewalten sind zwar nicht abgeschottet, aber sie haben sie beziehen ihre Macht unabhängig voneinander. Ein Richter hat selbst Macht und zusätzlich kann das Volk ihn auch nicht wählen und abwählen. Vollkommen scheinhaft ist nur, dass diese Macht unabhängig von den bestehenden ökonomischen Verhältnissen ist. Der springende Punkt ist, dass dieser Aufbau des bürgerlichen Staates die Herrschaft der Bourgeoisie festigt, weil sie damit nicht von einer Regierung und einem Parlament abhängig ist, sondern auf eine mannigfaltige institutionelle Macht zurückgreifen kann (und das ist auch der Grund, aus dem die Arbeitermacht die Gewaltenteilung aufheben muss). Zum zweiten ist das Problem nicht eine falsche Vollstreckung der Gesetze, sondern das Recht selbst, das diesen Gesetzen zugrunde liegt und welches das Recht der herrschenden Klassen ist. Gesetze kann man ändern, aber nicht das Recht, sofern man die bestehende Ordnung grundsätzlich akzeptiert und man nicht die Macht besitzt dieser entgegenzutreten. Das Recht ist nicht klassenneutral, sondern einer der wichtigsten Pfeiler der bürgerlichen Herrschaft. Und dieses Recht kann auch von keiner Regierung und keinem Parlament reformiert werden, auch wenn man es wollte. Was bringt also eine Regierung dem für seine Interessen kämpfenden Volk, dem selbsttätigen Volk?

VON DER „LINKEN“ REGIERUNG (DIE SICH MITTLERWEILE REGIERUNG DER „SOZIALEN RETTUNG“ NENNT)

Kommen wir aber jetzt zu den konkreten Entwicklungen und betrachten wir, was uns die „linke“ Politik verspricht. Hinter dem Schleier der großen Worte und der begeisterten Rhetorik lässt sich das Ganze in einigen Worten wiedergeben. Was uns SYRIZA und andere Kräfte in Griechenland und international sagen, ist, dass das Volk ohne jeglichen Schritt in Richtung der Veränderung der eigentlichen Wirtschafts- und Machtverhältnisse, sondern nur durch Unterstützung (und dahinter versteckt sich auch etwas sehr Gefährliches) einer Regierung der „sozialen Rettung“ (man ist versucht mit „Erlösung“ zu übersetzen), das Kapital zu Zugeständnissen zu zwingen, die dessen wesentlichen Interessen widersprechen. Und das noch dazu in Zeiten der Krise.

Dies ist sogar noch eine etwas euphemistische Beschreibung, denn was sie uns vielmehr sagen, ist, dass dies sogar mit der Kapitalistenklasse gemeinsam erreicht werden kann, dass „gesunde Unternehmen“ und Arbeitnehmer dieselben Interessen haben, dass das Land nicht den Bruch mit den kapitalistischen Strukturen braucht, sondern nur mit einigen ihrer korrupten, unproduktiven Seiten. Das Ideologem dahinter ist, dass das Problem nur eine Ausprägung der Politik des Kapitals ist, die als „Austerität“ und/oder „Neoliberalismus“ bezeichnet wird. Abgesehen von der Unklarheit des Inhalts solcher Bezeichnungen, sieht man, dass das Hauptanliegen oder zumindest die Konsequenz die Verharmlosung des Kapitalismus als solchen und die Öffnung zu Bündnissen mit sogenannten „progressiven“ Kräften ist – unter denen sich zahlreiche Vertreter des griechischen und internationalen Monopolkapitals finden lassen –, die die „neoliberale Doktrin“ und die „Austerität“ – aus welchen Gründen auch immer – in Frage stellen. Kein Wunder, dass sich da Verbündete finden, die von den nationalistischen „Unabhängigen Griechen“ bis zum Obama, Soros und der österreichischen Sozialdemokratie reichen.

Man sieht also, dass einerseits die grundlegenden Strukturen der Gesellschaft verleugnet werden, aber andererseits auch die Zusammenarbeit zwischen den Klassen, deren Interessen gegensätzlich und unversöhnbar sind, vertreten wird. Nicht nur die Grenzen einer solchen Politik sind sehr eingeschränkt, sondern auch ihre Absichten letztendlich suspekt. Man hat es

nämlich nicht nur mit einer Illusion zu tun, sondern auch mit dem Versuch breitere Volksschichten unter dem Banner eines mit dem Kapital gemeinsamen Kampfes zu bringen.

Aber wer steckt überhaupt hinter solchen Programmatiken? Die von einem Teil der bürgerlichen Medien dargestellte Konfrontation von SYRIZA mit den kapitalistischen Strukturen oder mindestens mit gewissen Seiten dieser ist eindeutig ein Trugbild. Schließlich gibt es auch einen ebenfalls großen Teil der bürgerlichen Medien, die ein ganz anderes Bild vermitteln. Es ist eindeutig, dass SYRIZA nicht isoliert dasteht, sondern im Wesentlichen die Unterstützung eines bedeutenden Teils der herrschenden Klasse genießt. Diese Unterstützung basiert auf folgender Tatsache bzw. Überlegung von Teilen des Kapitals: dass SYRIZA letztendlich in keiner Weise eine Bedrohung für die Macht des Monopolkapitals darstellt, sowohl weil SYRIZA keine wirkliche Kraft darstellt, die sich dieser Macht widersetzen könnte, als auch weil eine solche Intention überhaupt nicht vorhanden ist. Das Programm von SYRIZA wurde sogar von Persönlichkeiten seines „linken“ Flügels als „moderater Keynesianismus“ bezeichnet. Es ist eigentlich ziemlich lächerlich im 21. Jahrhundert in einem marxistischen Rahmen noch darüber zu diskutieren, ob so ein Programm die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung befriedigen könnte oder eine Schwächung des Kapitals bedeutet. Nichtsdestotrotz können wir die einfache Tatsache hervorheben – die nun mit der Regierungsbildung noch klarer hervortritt –, dass in keiner Weise die für das Kapital wesentlichen Reformen und Maßnahmen in Frage gestellt werden. Die Unterschiede mit der vorigen Verwaltungsweise beschränken sich auf einige Brösel an die Bevölkerung und auf Maßnahmen, die das kapitalistische Wachstum energischer fördern sollen. Abgesehen von der Frage, ob solche Eingriffe überhaupt stattfinden werden, ist es eindeutig, dass ein solches Programm 1. die Bedürfnisse des Volkes nicht betrifft, sondern sogar weitere Opfer verlangt (denn wie schon erwähnt, erfordert das kapitalistische Wachstum immer Opfer von Seiten der Arbeiterklasse), 2. das Kapital und seine Macht in keiner Weise in Frage stellt, sondern stabilisiert.

Natürlich stecken hinter diesen Unterschieden auch innerkapitalistische und innerimperialistische Gegensätze. Zwischen Kapitalfraktionen im eigenen Land, als auch zwischen kapitalistischen Staaten. Man kann z.B. sagen, dass das griechische Kapital heute auch ein Interesse daran hat, dass einige Veränderungen in der allgemeinen EU-Politik eintreten, ohne natürlich den Rahmen zu ändern, der, wie schon gesagt, auch seinen

eigenen Interessen momentan am Effektivsten dient. Denn selbstverständlich erlitt es auch wichtige Verluste, die es jetzt von einer relativen Position der Stärke – im Vergleich zur Zeit des Beginns der Krise – aufholen möchte. Dafür ist SYRIZA nicht nur keine Gefahr, sondern ein gutes Werkzeug, um Druck aufzubauen.

Viele Ansätze gehen davon aus, dass solche Gegensätze von einer Klassenbewegung auszunutzen wären. Die wirkliche Frage ist aber, inwiefern diese Gegensätze überhaupt das Volk betreffen. Denn es geht in keiner Weise um eine Auseinandersetzung, aus der irgend etwas für das Volk herauskommen könnte, sondern in der es um die Verwaltung und Aufteilung der Beute geht. Wenn diese Gegensätze ausgenutzt werden sollen, dann indem man sich von dieser innerkapitalistischen Auseinandersetzung deutlich abgrenzt und sich mit keinem der Polen identifiziert. Sofern sich diese Gegensätze zuspitzen, wird die selbstständige Organisation auf Basis der gemeinsamen Klasseninteressen nur zu einer noch dringenderen Aufgabe. Die Zersplitterung des Feindes kann nur durch die Ansammlung der eigenen Kräfte ausgenutzt werden. Und – um uns im Klaren zu sein – die Kräfte des Feindes bleiben nur solange zersplittert, bis sie sich gegen den gemeinsamen Feind vereinen.

Es ist wichtig zu verstehen, warum diese Auseinandersetzung das Volk nicht betrifft, weil die Illusion weit verbreitet ist, dass es ein Anliegen der Bewegung sein sollte, welche Seite dieser Gegensätze sich durchsetzen wird. Wir haben schon erklärt, dass die Macht- und Ausbeutungsstrukturen des Kapitals durch diese Auseinandersetzung in keiner Weise geschwächt werden. Aber auch darüber hinaus können wir keine Elemente feststellen, die eine Seite als „volksfreundlicher“ beurteilen ließe. Denn, wenn man die Rhetorik beiseitelassen würde, könnte man leicht erkennen, dass die Reformen und Maßnahmen, die das Kapital stärken und die Lage der arbeitenden Bevölkerung verschlechtern, weiterhin bestehen und bestehen bleiben werden, egal welche Kraft sich durchsetzen wird. Ob jetzt einige Bröseln gegeben oder einige Bündnisse mit mittleren Schichten der Lohnabhängigen und des Beamtentums wiederhergestellt werden sollen, signalisiert in keinsten Weise, dass die unterdrückten Klassen selbst ihre Lage oder ihre Kampfbedingungen verbessert hätten. Im Gegenteil zielen solche Versuche (die an sich weder „links“ noch „rechts“ sind) darauf ab, das Volk an das Elend zu gewöhnen.

SYRIZA: EIN AUSDRUCK DES BEDÜRFNISSES DER MASSEN NACH VERÄNDERUNG?

Trotz der angeführten Tatsachen scheinen viele Menschen darauf zu bestehen, dass schon etwas mehr hinter SYRIZA steckt, auch wenn man akzeptiert, dass diese Partei in keiner Weise in der Lage ist, die Bedürfnisse des Volkes zu befriedigen oder mit den Interessen des Großkapitals zu brechen. Es wird behauptet, dass, was auch immer SYRIZA wirklich sei, ihr Wahlsieg eine gewisse Stimmung in der Bevölkerung repräsentiere, die sich nach wesentlicher Veränderung der Verhältnisse sehnt.

Abgesehen davon, dass dies Vermutungen sind, die keiner Verifizierung fähig sind, lässt sich fragen, wie sich das überhaupt beurteilen lässt. Eine bedeutende Menge von Menschen in Griechenland, die sich angeblich nach Veränderung – lassen wir beiseite, was darunter zu verstehen ist – sehnt, hat eine Partei gewählt, welche letztendlich nichts mehr angeboten hat als im Rahmen der EU und der Eurozone für bessere Bedingungen zu verhandeln. Die Menschen haben eine Regierung gewählt, die ihnen mehr versprochen hat als die vorige. Was ist daran bemerkenswert im Sinne einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse? Dass Leute sich allgemein die Veränderung einer schlechten Lage wünschen, ist selbstverständlich. Das gilt schließlich für Wähler und Wählerinnen aller Parteien, abgesehen von der verschiedenen Art und Weise der Veränderung, die sie für gut halten.

Viele meinen aber auch, dass mit ihrer Stimme die Leute ein Zeichen gegen eine in Europa herrschende Politik gesetzt haben. Dass sie sich „getraut“ haben, nicht dem Terror von bestimmten internationalen Zentren und der vorigen Regierung nachzugeben. Was haben sie sich aber denn „getraut“? Was haben sie denn gewählt? Haben sie nicht den Weg innerhalb der EU und der Eurozone gewählt? Haben sie nicht den Weg der „Verhandlung“ mit den EU-Partnern gewählt? Haben sie nicht den Weg des kapitalistischen Wachstums gewählt? Haben viele nicht bloß den Weg des kleineren Übels gewählt?

Vielleicht haben sich tatsächlich viele Wähler und Wählerinnen viel mehr erhofft. Das wissen wir nicht. Was wir aber sicher wissen – und das ist durchaus verifizierbar –, ist, dass die Stimmenstärke von SYRIZA in keiner Weise zum Kampf für die eigenen Klasseninteressen

dieser Wähler und Wählerinnen beigetragen hat. Denn anders lässt sich die Tatsache nicht erklären, dass diese 2 Millionen Stimmen für die Bewegung in den letzten Jahren gleich null waren. Wo waren und wo sind denn zumindest einige Hunderttausende von den 2 Millionen Menschen, die angeblich „radikalisiert“ wurden, sich etwas „getraut“ haben, „den Kopf hochhielten“ usw.? Da schaut die Realität eher düster aus für diejenigen, die SYRIZA unterstützen, oder auch diejenigen, die ihm gegenüber eine „kritische Solidarität“ bzw. eine „solidarische Kritik“ erfordern. Denn die Realität ist, dass die PAME – die KKE nahe Gewerkschaftsfront – am 1. November letzten Jahres mit einer Demonstration und Kundgebung von 100.000 Menschen aus über 1.000 Gewerkschafts- und anderen Massenorganisationen des Volkes die seit Jahren größte und erfolgreichste Mobilisierung organisiert hat (die selbstverständlich von allen bürgerlichen, aber auch den sogenannten „alternativen“ und „linken“ Medien fast vollkommen verschwiegen oder sogar als „sektiererisch“, „parteiisch“ usw. verhöhnt und denunziert wurde). Dagegen gab es all diese Jahre keine einzige annähernd so große oder dynamische Aktivität von Seiten der Kräfte von SYRIZA oder des Gewerkschaftsbunds, in dem mittlerweile diese Kräfte dominant sind. Die KKE hat 5,47% der Stimmen (338.138) und SYRIZA 36,34% der Stimmen (2.246.064) in den Wahlen gekriegt.

Die Realität ist, dass sich leider die Mehrheit der Menschen, die für SYRIZA gestimmt haben, keineswegs verändert hat oder sich irgendwelche grundlegende Veränderung wünschte. Nachdem sie von den alten Parteien enttäuscht wurden, haben sie sich „neue“ Parteien gesucht. Und gleichzeitig blieben die Gewerkschaften schwach, die Kämpfe inexistent und die Forderungen und Erwartungen niedrig. Der alte Partei- und Gewerkschaftsapparat und seine Klientel sind einfach übersiedelt. Da bräuchte man gar nicht so lange darüber zu diskutieren, ob und was sich da verändert haben soll, außer der Farben und Fahnen.

Eigentlich sollte man es für eine Verhöhnung halten, wenn einige heute behaupten, dass nach fünf Jahren von Einsparungen, Lohnkürzungen, unbezahlten Monatslöhnen, massiver Arbeitslosigkeit, Beschlagnahmen, schwerer Besteuerung der Arbeiter- und Volksfamilien usw. – die sich (mit Ausnahme einiger tausender „Sektierer“) fast widerstandslos durchsetzen konnten – der Wahlsieg von SYRIZA ein Zeichen des Widerstandes des griechischen Volkes oder gar ein Erfolg der „Bewegung“ sein soll. Es ist eine Verhöhnung derselben Millionen von Leuten, die momentan nicht die Kraft oder das Bewusstsein haben sich zu widersetzen

und eine leichtere Lösung suchten, denn es ist gleichbedeutend mit der Geringschätzung ihrer Bedürfnisse. Und es ist selbstverständlich auch eine Verhöhnung jener, die sich für den Kampf entschlossen und eingesetzt haben und dafür ihren Kollegen, ihren Familien, ihrer Klasse Opfer brachten, nur damit einige „linke“ Philister auf sie schimpfen können, weil sie sich nicht bereit erklären diesen Kampf im Namen der „sozialen Rettung“ aufzugeben.

DIE SITUATION DER KLASSENBEWEGUNG IN GRIECHENLAND

Die Klassenbewegung in Griechenland mag verhältnismäßig schwach sein (immerhin wahrscheinlich die stärkste in Europa), aber sie ist immerhin existent und in allen Bereichen präsent. Zusätzlich weist sie einen vergleichsweise hohen Grad von Organisation, Bewusstsein und Kampfbereitschaft auf; qualitative Elemente, die eine entscheidende Rolle spielen. Diese Bewegung auszubauen und in vielen Bereichen überhaupt wiederzubeleben ist das ausgesprochene unmittelbare Ziel der KKE. Sie orientiert sich auf ein soziales Volksbündnis zwischen der Arbeiterbewegung und der Klein- und Mittelbauernschaft, der Selbstständigen, der Frauenbewegung, der Studentenbewegung. Dieses Bündnis ist kein Zusammenschluss von politischen Organisationen und Parteien, sondern die selbstständige Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Politische Kräfte, die da einwirken möchten, können es tun, sofern sie diesen Rahmen und die Klassenorientierung akzeptieren und als Arbeiter, Bauern, Beamten, Arbeitslose, Studenten usw. beitragen möchten. Diese Organisation soll nicht das Vehikel oder Anhängsel einer Regierung sein, sondern den Keim der zukünftigen Arbeiter- und Volksmacht darstellen.

Im Parlament und anderen politischen Gremien wird diese Bewegung von der KKE repräsentiert (momentan gibt es kein Anzeichen dafür, dass es andere politische Kräfte gäbe, die das tun würden oder könnten), indem sie als Stimme der Bewegung von unten, als Opposition zur Politik des Kapitals tätig ist und nicht als deren Umsetzer im „volksfreundlichen“ Gewand. Eine Teilnahme an einer Regierung der kapitalistischen Verwaltung kommt nicht in Frage. Die einzige Regierung, an der KKE teilnehmen würde, wäre eine Volks- und Arbeiterregierung, die den bürgerlichen Staat nicht aufrechterhält und reformiert, sondern sich ihm entgegensetzt, ihn zerschlägt und durch die Organe der Volks- und Arbeitermacht ersetzt.

Was würde es nun bedeuten, wenn die KKE, die sich als Repräsentant der Klassenbewegung versteht und de facto ist, entweder an einer Regierung teilnehmen würde oder auch nur Toleranz gegenüber einer solchen zeigen würde. Man muss zunächst einfach einsehen können, dass es keine gemeinsame Basis zwischen der KKE und den Kräften des Opportunismus oder des bürgerlichen Lagers gibt. Man kann natürlich von dieser Tatsache hinwegzutäuschen versuchen, indem man frühere Programme von SYRIZA oder diverse phantasiervolle Szenarien präsentiert. Es gab aber weder von SYRIZA oder irgendeiner anderen politischen Kraft das geringste Zeichen – das man vor allem in der Praxis setzen muss – einer wirklichen Annäherung an eine klassenorientierte Richtung. Auch die älteren „radikaleren“ Programme von SYRIZA haben nichts mit dem Versuch, die Arbeiter- und Volksbewegung wiederaufzubauen und den Kampf von unten zu organisieren, zu tun.

Darüber hinaus gibt es auch einen anderen Faktor. Die KKE sieht im politischen Bündnis mit opportunistischen Kräften die unmittelbare Gefahr nicht nur der Degeneration der kommunistischen Bewegung, sondern primär der Arbeiter- und Volksbewegung selbst. Und es geht nicht darum, wie die bösartigsten Kritiker meinen, dass die KKE nur die akzeptiert, die in allen Punkten mit ihr übereinstimmen. In einem muss man aber übereinstimmen, wenn man eine gemeinsame Basis haben möchte: dass es nicht darum geht, mit politischen Bündnissen und Vereinbarungen hinter geschlossenen Türen die Bewegung zu vereinnahmen, sondern darum, beizutragen, dass diese ihren Kampf und ihre Strukturen ausbaut. Worum geht es hier eigentlich? Um nichts Anderes oder „Originelleres“ als die einfachen Grundsteine der Klassenpolitik wieder zu legen. Politische Bündnisse – egal wie man allgemein dazu steht – waren nie Selbstzweck oder gar das primäre Anliegen der kämpfenden und revolutionären Arbeiterbewegung. Das Primäre war immer die Arbeit in und mit den Massen, die Organisation ihres Kampfes, die Bewusstseinsbildung im Sinne ihrer eigenen Interessen. Es ging immer darum, die Arbeiterklasse und das Volk auf den entscheidenden Kampf vorzubereiten und die Keime zu legen, aus welchen ihre Macht erwachsen wird. Das Bewusstsein und die Organisation schmieden sich im Betrieb, auf der Straße, im täglichen Kampf gegen das Kapital und den bürgerlichen Staat. Und das ist der lange Kampf, den andere politische Kräfte nicht aufnehmen möchten, weshalb sie Lösungen präsentieren, um die Lage zu „verbessern“, indem man die Verantwortung mit der Stimme überträgt und sich selbst nicht zu rühren braucht.

Und was die Haltung gegenüber der Regierung der „Linken“, der „sozialen Rettung“ oder wie auch immer sie sich nennen lassen mag, betrifft: Die Kommunistische Partei kann und darf nicht die Rolle der „linken Sozialdemokratie“ spielen, sondern muss unter allen Umständen die Vorhut der Arbeiterklasse und der unterdrückten Volksschichten sein. Und dafür ist es essentiell, den Klassencharakter des bürgerlichen Staats und seiner Regierungen theoretisch und praktisch aufzuzeigen. Und man zeigt es nicht auf, indem man mit den Kräften des Opportunismus, der kapitalistischen Regulierung und Verwaltung packelt oder diese auch nur toleriert, sondern indem man sich der Regierung derer, die das System erhalten wollen, widersetzt und sich keiner Regierung im Namen irgendwelcher leeren Versprechen schenkt. Wollen und können die regierenden Kräfte etwas machen, dann sollen sie es machen. Aber die Fahne der Klasse wird weder eingeholt, noch ersetzt. Wer ein Problem damit hat und die Bewegung als Anhängsel einer Verwaltung des Systems haben möchte, der hat ein Problem mit den Interessen und Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung selbst und gehört bekämpft und enttarnt. Die selbsttätige und selbstständige Organisation der Arbeiterklasse und des Volkes schuldet niemandem etwas. Und hat keinen Grund jemanden zu unterstützen. Wer will, kann diese unterstützen. In der Tat. Weil jede politische Kraft wird an ihren Taten gemessen.

PROGRAMM DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI GRIECHENLANDS (KKE)

ANGENOMMEN VOM 19. PARTEITAG DER KKE 11. – 14. APRIL 2013

VORWORT

Vorwort Die KKE wurde 1918 als ausgereiftes Ergebnis der Entwicklung der Arbeiterbewegung in unserem Land, auch unter dem Einfluss der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland gegründet. Die KKE ist der bewusste und organisierte Teil der Arbeiterklasse; sie ist ihre Vorhut. Ihr strategisches Ziel ist der Sturz des Kapitalismus und der Aufbau des Sozialismus-Kommunismus.

Die langjährigen positiven und negativen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung und der KKE bestätigen, dass die Arbeiterklasse ihre historische Mission nicht erfüllen kann, wenn sie nicht ihre eigene starke, gut organisierte und theoretisch ausgerüstete Partei, die Kommunistische Partei, verfügt.

Die KKE wird von der revolutionären Weltanschauung des Marxismus-Leninismus geleitet. Indem sie systematisch die neuen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik verfolgt, versucht sie die Entwicklungen dialektisch-materialistisch zu erklären und die Erfahrungen der Arbeiter- und Volksbewegung auf der Grundlage der kommunistischen Ideologie zu verallgemeinern. Das Kriterium dafür ist die Notwendigkeit der Befreiung der Arbeiterklasse von der Ausbeutung. Die KKE bekämpft reaktionäre Theorien, wie die vom „Armenhaus Griechenland“, von der „untergeordneten Stellung der Frau“, rassistische Theorien, den Nationalismus und den Kosmopolitismus des Kapitals, den Obskurantismus und die Intoleranz. Sie kämpft für eine

tief humanistische und auf den Erkenntnissen der Wissenschaft begründete Volksbildung. Mit ihrer Ideologie und ihren Kämpfen hat sie die radikalen Intellektuellen und Künstler inspiriert und wurde eine konsequente und stabile Stütze der griechischen Volkskultur.

Seit ihrer Gründung ist die KKE dem Prinzip des proletarischen Internationalismus treu. Sie verteidigte den sozialistischen Aufbau in der UdSSR, in den anderen Ländern Europas und Asiens, in Kuba. Sie beteiligte sich an der Kommunistischen Internationale und brachte ihre Solidarität mit den Kämpfen der internationalen Arbeiterklasse und den Völkern zum Ausdruck, die für ihre nationale Befreiung, für den Sozialismus kämpften. Die KKE selbst empfing in kritischen und schwierigen Phasen ihres Kampfes die internationalistische Solidarität und Unterstützung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Sie kämpft für den Wiederaufbau der internationalen kommunistischen Bewegung nach dem Rückschritt und der Krise, unter denen sie bis heute, besonders nach dem Sieg der Konterrevolution 1989- 1991, leidet.

Seit ihrer Gründung stand die KKE an der Seite der Jugend unseres Landes. Sie befasste sich fürsorglich mit ihren Problemen und ihrer Zukunft. Sie sieht weiterhin dem Potential der jungen Generation vertrauensvoll entgegen, zum Aufbau der sozialistischen Zukunft beizutragen.

Die gesamte historische Entwicklung der KKE bestätigt die Notwendigkeit ihrer Existenz in der griechischen Gesellschaft. Die KKE hat ihre historische Kontinuität

nie verloren. Sie kämpfte gegen den Opportunismus, das Liquidatorentum, sie konnte Schlussfolgerungen aus ihrer 95-jährigen Arbeit ziehen. Sie schaffte es, ihren revolutionären Charakter unter schwierigen Bedingungen beizubehalten und zögerte nicht, Fehler und Abweichungen einzuräumen und offen Selbstkritik vor dem Volk auszuüben.

Auf ihrem 95-jährigen Weg blieb die KKE grundlegenden Prinzipien einer revolutionären kommunistischen Partei treu: der Anerkennung der führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der gesellschaftlichen Entwicklung und der marxistisch-leninistischen Ideologie als die revolutionäre Theorie für das revolutionäre politische Handeln. Sie schwor niemals dem Klassenkampf, der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats ab.

Die KKE hielt in den Wirren des Sieges der Konterrevolution in der Sowjetunion und den Ländern des sozialistischen Aufbaus in Europa und Asien stand. Dieses Durchhaltevermögen kam nicht von ungefähr. Es wurde durch die enge historische Verbundenheit der Partei mit der Arbeiterklasse und den armen Bauern schon seit dem ersten Moment nach ihrer Gründung geschmiedet.

Seit 1918 verlieh die KKE den Arbeiterkämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung politischen Inhalt. Der Preis dafür waren viele Tote, Gefolterte und Verfolgte. In den ersten Jahrzehnten ihres Wirkens war die Partei mit der staatlichen Repression aller Formen der bürgerlichen Herrschaft (parlamentarische, diktatorische) konfrontiert. Sie beharrte auf die Organisierung der Arbeiterkämpfe, was sich positiv für die Volksbewegung auswirkte. Sie zeigte Standhaftigkeit unter den besonders harten Bedingungen der Illegalität während verschiedener Perioden. Sie war der Vorreiter beim bewaffneten Kampf gegen die dreifache Besatzung im Widerstand von EAM-ELAS. Zweimal, im Dezember 1944 und beim dreijährigen Kampf (1946-1949) der Demokratischen Armee Griechenlands (DSE) hat die Arbeiterbewegung mit der KKE an der Spitze und der verbündeten Bauernbewegung gegen die bürgerliche Herrschaft militärisch gekämpft, die durch die direkte imperialistische Intervention Großbritanniens und später der USA unterstützt wurde.

In seiner 95-jährigen Geschichte bekämpfte die KKE Auffassungen, die eine Zusammenarbeit zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten vertraten. Sie bekämpfte die Unterwerfung unter die Ausbeuter und verteidigte die Errungenschaften der Arbeiter und des Volkes.

Die tiefen historischen Wurzeln der KKE bei der Arbeiterklasse und dem Volk sowie das konsequente Bekenntnis zu den Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus erklären, warum sie es schaffte, während vergangener Krisen, besonders von 1968 und 1991 ihre Kontinuität abzusichern, obwohl ein großer Teil ihrer Mitglieder ausgetreten war.

Die KKE wurde organisatorisch, ideologisch und programmatisch in der gesamten neuen Periode ihrer Geschichte wiederaufgebaut, auf der Grundlage der Ausarbeitungen der fünf Parteitage, die seit der Krise von 1991 zwischenzeitlich stattgefunden haben. Ergebnis dieses Weges ist das vom 19. Parteitag verabschiedete Programm, das die Gesamtstrategie der KKE über den Sozialismus und die Hauptaufgaben im Klassenkampf erläutert.

DIE AKTUELLE WELTLAGE UND DIE STELLUNG GRIECHENLANDS IM IMPERIALISTISCHEN SYSTEM

Die konterrevolutionären Umstürze der letzten 30 Jahre verändern den Charakter unserer Epoche nicht. Die heutige Periode des großen Rückschritts der internationalen Arbeiterbewegung ist, historisch gesehen, vorübergehend. Wir leben in der Zeit der Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, weil die materiellen Bedingungen für die sozialistische Organisation der Produktion und der Gesellschaft reif sind. Das ergibt sich aus dem Heranreifen des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und der Verschärfung seines Widerspruchs mit dem kapitalistischen Eigentum. Dieser Widerspruch brachte die kapitalistische Produktionsweise zum völligen Gegensatz zu den zeitgemäßen gesellschaftlichen Bedürfnissen. Das Heranreifen der materiellen Voraussetzungen bedingt sich nicht aus dem bestehenden Kräfteverhältnis.

Der historische Rückschritt in der Entwicklung des Klassenkampfes wird begleitet vom Masseneintritt billiger Arbeitskraft (aus Asien, Afrika, Lateinamerika, Osteuropa usw.) in die internationalen kapitalistischen Märkte, von der Abwertung der Arbeitskraft in den entwickelten kapitalistischen Ökonomien (OECD-Länder), dem Auftreten allgemeiner und absoluter Verelendung der Arbeiterklasse, sowie der Intensivierung des Angriffs des Kapitals im internationalen Maßstab.

In der tiefen Krise der Überakkumulation des Kapitals 2008-2009, die in vielen kapitalistischen Ländern noch nicht überwunden ist, wurde die Tendenz wichtiger

Veränderungen beim Verhältnis zwischen den kapitalistischen Ländern unter der Auswirkung des Gesetzes der ungleichmäßigen kapitalistischen Entwicklung deutlicher.

Die USA bleiben die erste Wirtschaftsmacht, allerdings mit deutlicher Minderung ihres Anteils am Weltbruttoprodukt. Bis 2008 befand sich die Eurozone an zweiter Stelle auf dem internationalen kapitalistischen Markt; diese Position hat sie nach der Krise verloren. China hat sich zur zweiten Wirtschaftsmacht entwickelt, die BRICS-Allianz (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) hat in den kapitalistischen Vereinigungen wie IWF und G-20, an Stärke gewonnen. Die Veränderung im Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Staaten zieht auch Veränderungen in den Bündnissen nach sich, weil sich die innerimperialistischen Gegensätze bei der Kontrolle und Neuverteilung von Gebieten und Märkten, Wirtschaftseinflusszonen verschärfen, besonders bei Energiequellen und Naturressourcen sowie Warentransportwegen.

Die innerimperialistischen Gegensätze, die in der Vergangenheit zu Dutzenden lokalen und regionalen, sowie zu zwei Weltkriegen geführt haben, führen weiterhin zu schweren wirtschaftlichen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen. Dieser Prozess läuft unabhängig von der Zusammensetzung, der Neuordnung und den Veränderungen beim Aufbau und den Zielstellungen der internationalen imperialistischen Vereinigungen, der so genannten „neuen Architektur“. Das Motto „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ gilt nach wie vor, besonders unter den Bedingungen einer tiefen Krise der Überakkumulation des Kapitals und wichtiger Veränderungen des Kräfteverhältnisses im internationalen imperialistischen System, bei denen die Wiederaufteilung der Märkte selten ohne Blutvergießen vonstatten geht.

Der periodische Ausbruch der Überakkumulationskrisen belastet den Zusammenhalt der Eurozone, als einer Währungsunion von Ökonomien von Mitgliedsstaaten mit tiefen Ungleichmäßigkeiten bei der Entwicklung und der Struktur der industriellen Produktion, der Produktivität und der Stellung auf dem EU- und dem internationalen Markt.

Die Tendenz der Verstärkung der Verflechtung der Wirtschaft der Staaten im internationalen imperialistischen System führt nicht zu einem Rückgang der Rolle des bürgerlichen Staates, wie die verschiedenen theoretischen Varianten der „Globalisierung“ behaupten.

Auf jeden Fall wird die Zukunft der EU und der Eurozone nicht allein durch die imperialistischen Planungen bestimmt, weil die Gegensätze ihre eigene Dynamik enthalten. Jegliche Option der bürgerlichen Verwaltung wird in Konflikt mit den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksschichten in allen Mitgliedsländern der Eurozone geraten.

Die Krise machte die historischen Grenzen des kapitalistischen Systems noch deutlicher. Die Widersprüche und Schwierigkeiten der bürgerlichen politischen Verwaltung, und allgemein die Schwierigkeiten beim Übergang zu einem neuen Zyklus der erweiterten Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals, verschärfen sich.

Der Kapitalismus in Griechenland befindet sich im imperialistischen Stadium seiner Entwicklung, in einer Zwischenstellung innerhalb des internationalen imperialistischen Systems, mit starken ungleichmäßigen Abhängigkeiten von den USA und der EU.

Der Beitritt Griechenlands in die EWG Anfang der 80er Jahre beschleunigte die Anpassung des Landes an den westeuropäischen Markt. Dieser Prozess setzte sich durch den Beitritt in die EU 1991 und in die Eurozone 2001 fort. Durch seine Teilnahme an den Umstrukturierungen der EU und der NATO sowie der anderen imperialistischen zwischenstaatlichen Bündnisse hat sich der griechische kapitalistische Staat enger in das internationale imperialistische System integriert.

Anfangs hatte die Bourgeoisie Griechenlands aus dem konterrevolutionären Umsturz in den Nachbarstaaten im Balkan und dem Beitritt in die EU Vorteile gezogen. Sie verzeichnete signifikante Kapitalakkumulation und -exporte in Form direkter Investitionen, die zur Stärkung griechischer Unternehmen und Monopolgruppen beigetragen haben.

Die Kapitalexporte weiteten sich auch in die Türkei, nach Ägypten, in die Ukraine, nach China, Großbritannien, in die USA und andere Länder aus. Griechenland beteiligte sich aktiv an den imperialistischen Interventionen und Kriegen, wie z.B. in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen und anderswo.

In der Dekade vor dem Ausbruch der laufenden Krise behielt die griechische Wirtschaft eine bedeutend höhere jährliche Wachstumsrate des BIP im Vergleich zur EU und der Eurozone, ohne dass sich ihre Position darin wesentlich geändert hätte. Ihre Position innerhalb des Balkans ist jedoch aufgewertet worden.

Nach dem Ausbruch der Krise verschlechterte sich die Position der griechischen kapitalistischen Wirtschaft im Rahmen der Eurozone, der EU sowie der internationalen imperialistischen Pyramide im Allgemeinen. Diese Tatsache ändert aber nichts an der Feststellung, dass der Beitritt Griechenlands in die EWG-EU den dynamischeren Teilen des inländischen monopolistischen Kapitals diene und zur Absicherung seiner politischen Herrschaft beitrug.

Die Teilnahme Griechenlands in der NATO, die wirtschaftspolitischen und politisch-militärischen Abhängigkeiten von der EU und den USA begrenzen den Spielraum der Bourgeoisie Griechenlands für eigenständiges Manövrieren. Denn alle bündnispolitischen Beziehungen des Kapitals werden von der Konkurrenz, der Ungleichmäßigkeit und folglich der Vormachtstellung des Stärkeren geprägt. Sie gestalten sich als ungleiche Wechselbeziehungen.

Die innerbürgerlichen Gegensätze heben bis jetzt die strategische Option der Integration in die NATO und in die EU nicht auf, obwohl die Teilnahme in der Eurozone sich widersprüchlich entwickelt, während gleichzeitig die Tendenz der Intensivierung der Beziehungen zu anderen Zentren (USA, Russland, China) verstärkt wird.

Die Gefahren für einen allgemeinen imperialistischen Krieg in der erweiterten Region, vom Balkan bis zum Mittleren Osten, unter Beteiligung Griechenlands, wachsen. Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Parteiprogramm 23 Der Kampf um die Verteidigung der Grenzen und der Souveränitätsrechte Griechenlands ist aus der Sicht der Arbeiterklasse und der Volksschichten untrennbar mit dem Kampf für den Sturz der Herrschaft des Kapitals verbunden. Dieser Kampf hat nichts mit der Unterstützung der Pläne des einen oder des anderen imperialistischen Pols oder der Profitabilität des einen oder des anderen Monopols zu tun.

DIE MATERIELLE BASIS DER NOTWENDIGKEIT DES SOZIALISMUS IN GRIECHENLAND

Das griechische Volk wird sich von den Fesseln der kapitalistischen Ausbeutung und der imperialistischen Vereinigungen befreien, wenn die Arbeiterklasse mit ihren Bündnispartnern die sozialistische Revolution durchführt und zum Aufbau des Sozialismus-Kommunismus voranschreitet.

Das strategische Ziel der KKE ist die Erringung der revolutionären Arbeitermacht, der Diktatur des Proletari-

ats, für den sozialistischen Aufbau als die unreife Stufe der kommunistischen Gesellschaft.

Die revolutionäre Veränderung in Griechenland wird sozialistisch sein.

Treibende Kräfte der sozialistischen Revolution werden die Arbeiterklasse als die führende Kraft, die unter den Monopolen leidenden Halbproletarier, die unterdrückten Volksschichten der Selbständigen in den Städten und die armen Bauern sein. Sie haben ein objektives Interesse an der Abschaffung der Monopole und des kapitalistischen Eigentums, am Sturz ihrer Macht und an den neuen Produktionsverhältnissen.

In den letzten zwanzig Jahren haben sich die bereits ausgereiften materiellen Bedingungen für den Sozialismus in Griechenland weiterentwickelt. Die kapitalistischen Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Produktion, im Bildungs- und Gesundheitswesen, der Kultur und dem Sport sowie bei den Massenmedien erweiterten und festigten sich. Es fand eine intensivere Konzentration von Lohnarbeit und Kapital in der verarbeitenden Industrie, dem Handel, der Baubranche und dem Tourismus statt. Durch die Abschaffung des staatlichen Monopols entwickelten sich bei den Telekommunikationen, bei monopolisierten Segmenten des Energiesektors und des Transportwesens Unternehmen des Privatkapitals.

Der Anteil der Lohnarbeit an der Gesamtbeschäftigung ist erheblich gestiegen. Die Zahl der Selbständigen ist stabil geblieben, weil deren teilweise Verringerung durch die Zunahme des Dienstleistungssektors ausgeglichen wurde.

Die enorme Schrumpfung der industriellen Produktion und der Baubranche aufgrund der anhaltenden Krise katapultierte die Arbeitslosigkeit und die absolute Verelendung sowie die extreme Armut in die Höhe. Das Problem der Obdachlosigkeit wurde geschaffen. Explosiv sind die Ausmaße der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosen.

Die Krise manifestiert sich nicht in allen Industriebranchen gleich. Es gibt Branchen und Unternehmen, die ihr Profitniveau erhalten, ausbauen oder geringfügig verringern, sowie die Produktion, die sie vor dem Krisenausbruch hatten, halten oder sogar steigern.

Die Kluft zwischen den zeitgemäßen Bedürfnissen der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten und der Möglichkeit ihrer Befriedigung wurde abrupt im-

mer größer. Das parasitäre Verhalten und die Fäulnis des Monopolkapitalismus zeigten sich in allen Produktionszweigen, im Handel, bei der Zirkulation des Finanzkapitals, in allen Organisationsstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft und in allen Institutionen des Systems; sie nahmen Formen von Finanzspekulation, Betrug, Unterschlagung, Korruption, Zerstörung, wie der Verunreinigungen und der Kontamination in der Nahrungsmittelproduktion, bei den Gewässern, der Luft, den Wäldern und den Küstengebieten. Das extremste parasitäre Profitstreben breitete sich aus in Form von Drogenhandel, organisierter Frauen- und Kinderprostitution u.a. Deutlich wurde die Verflechtung der Zentren, die Abgeordnete und Minister bestechen, mit den Machtorganen, die Verflechtung des organisierten Verbrechens mit den Strafverfolgungsbehörden.

Die Politik der gesellschaftlichen Bündnisse der Bourgeoisie wird erschwert durch Veränderungen in Aufbau, Inhalt und Umfang von Aufgabengebieten des bürgerlichen Staates, die den strategischen Anforderungen der Reproduktion des Kapitals dienen. Diese Veränderungen führen zu einer Verschärfung des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Lohnarbeit.

Die Beschleunigung der Umstrukturierungen lässt die Schichten der Arbeiteraristokratie und der Staatsbeamten schrumpfen und erschwert die Bemühungen der bürgerlichen Politik, die Arbeiterbewegung zu manipulieren und große Teile der Lohnabhängigen – wie in der Vergangenheit – zu assimilieren.

Von allen Facetten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens kommt verschärft der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und der privatkapitalistischen Aneignung des größten Teils ihrer Ergebnisse zum Vorschein. Grund dafür ist das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln. Die dringende Notwendigkeit des gesellschaftlichen Eigentums und der Zentralplanung im Rahmen der Arbeitermacht treten in den Vordergrund. Vom Gesichtspunkt der materiellen Bedingungen her, ist der Sozialismus notwendiger und aktueller denn je.

In Griechenland bestehen die materiellen Bedingungen für den sozialistischen Aufbau. Dieser Fakt ergibt sich aus der historischen Epoche des Kapitalismus, dem Niveau der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland, der Verschärfung seines Grundwiderspruchs und der Gesamtheit seiner Gegensätze. Der sozialistische Aufbau kann die Befriedigung der sich ständig erweiternden Bedürfnisse des Volkes gewährleisten.

Griechenland verfügt heute über große ungenutzte Produktionsmöglichkeiten, die nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch die Arbeitermacht und die wissenschaftliche Zentralplanung der Produktion genutzt werden können. Es verfügt über erfahrene, zahlenmäßig starke Arbeitskräfte, sogar mit hoher technischer und wissenschaftlicher Qualifikation. Das Land besitzt wichtige Energieressourcen, eine Vielfalt von Bodenschätzen, industrielle, handwerkliche und agrarwirtschaftliche Produktion, um einen Großteil der Bedürfnisse des Volkes befriedigen zu können. Solche Bedürfnisse betreffen die Ernährung, die Energieversorgung, die Transporte und den öffentlichen Bau von Infrastruktur und den Wohnungsbau. Die landwirtschaftliche Produktion kann für viele Industriezweige unterstützend wirken.

DIE AUFGABEN DER KKE FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION

Die KKE zielt ihr Handeln auf die Vorbereitung des subjektiven Faktors für die Perspektive der sozialistischen Revolution ab, auch wenn der Zeitpunkt ihres Auftretens von objektiven Bedingungen, von der revolutionären Situation bestimmt wird.

Die Aktivität der KKE unter nichtrevolutionären Bedingungen trägt entscheidend zur Vorbereitung des subjektiven Faktors (Partei, Arbeiterklasse, Bündnisse) für revolutionäre Bedingungen bei, zur Verwirklichung der strategischen Aufgaben:

- Der Zusammenschluss der zur Revolution entschlossenen großen Mehrheit der Arbeiterklasse mit der KKE
- Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den im Kapitalismus unterdrückten Volksschichten, um manche mehr oder weniger aktiv in den revolutionären Kampf einzugliedern und andere zu neutralisieren.
- Die Unterstützung des Volkes, das sich an der Revolution beteiligt, durch möglichst breite Kräfte, die sich von der Armee ablösen.
- Die Sicherung der Überlegenheit der mit der KKE verbundenen revolutionären Kräfte gegenüber den reaktionären bürgerlichen und den schwankenden kleinbürgerlichen Kräften im entscheidenden Moment und an den entscheidenden Orten. Dies ist eine wichtige politische und gleichzeitig organisatorische Thematik.

Die aufgeführten Aufgaben werden nur unter revolutionären Bedingungen realisiert. Ihre Umsetzung entwickelt sich synchron, sie wirken aufeinander ein. Hauptaufgabe dabei ist der Zusammenschluss der Mehrheit der Arbeiterklasse um die Partei.

ZUR REVOLUTIONÄREN SITUATION

Die revolutionäre Situation ist ein Faktor, der sich objektiv entwickelt.

Sie beinhaltet die Schwächung der bürgerlichen Macht („die oben können nicht mehr“) und den raschen Anstieg der kämpferischen Stimmung der Volksmassen („die unten wollen nicht mehr“), die nicht mehr unter der ausbeuterischen Macht, unter der bisherigen Unterwerfung, leben wollen. Angetrieben werden sie auch durch die umfassende, nicht durch die bürgerliche Macht zu verwaltende, plötzliche Verschlechterung ihres Lebensstandards.

Unter diesen Bedingungen ist die Rolle der organisatorischen und politischen Reife der Vorhut der Arbeiterbewegung, der Kommunistischen Partei, entscheidend, um den Zusammenschluss und die revolutionäre Ausrichtung der Mehrheit der Arbeiterklasse, besonders des Industrieproletariats, sowie die Gewinnung der Vorreiter aus Volksschichten zu erreichen.

Die Faktoren, die zur revolutionären Situation führen werden, können nicht vorhergesagt werden. Die Vertiefung der Wirtschaftskrise und die Verschärfung der innerimperialistischen Gegensätze, die bis zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen können, können solche Bedingungen in Griechenland herbeiführen.

Im Falle einer imperialistischen kriegerischen Verwicklung Griechenlands, gleich ob in einen Verteidigungs- oder einen Angriffskrieg, muss die Partei die eigenständige Organisation des Arbeiter- und Volkskampfes in allen Formen leiten, damit dieser zur vollständigen Niederlage der inländischen und der angreifenden ausländischen Bourgeoisie führt und praktisch mit der Erringung der Macht verbunden wird. Mit der Initiative und der leitenden Rolle der Partei muss dann eine Front der Arbeiterklasse und des Volkes gebildet werden, die sich aller Formen des Kampfes bedient und sich die Losung auf die Fahnen schreibt: „Das Volk erkämpft die Freiheit und den Ausstieg aus dem kapitalistischen System, das, solange es herrscht, den Krieg und den ‚Frieden mit vorgehaltener Pistole bringt‘.“

Während des revolutionären Prozesses bildet die Arbeiterklasse mit ihren Bündnispartnern die Keime der Organe der Arbeitermacht.

Die Möglichkeit des Heranreifens der revolutionären Situation, der Durchführung und des Sieges der sozialistischen Revolution, zunächst in einem Land oder in einer Gruppe von Ländern, ergibt sich aus dem Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus. Die Voraussetzungen, damit die sozialistische Revolution auf die Tagesordnung gesetzt wird, reifen nicht weltweit gleichzeitig heran. Die imperialistische Kette wird an ihrem schwächsten Glied brechen.

Die Wirtschaftskrise und die imperialistischen Kriege stellen gemeinsame Gefahren für die Arbeiterklasse und die Volksschichten jeder kapitalistischen Gesellschaft dar. Dies ist die objektive Möglichkeit für die revolutionäre Bewegung in einem Land, sich auf das Handeln der revolutionären Bewegung in einem anderen Land (in der Nachbarschaft oder in der erweiterten Region) zu stützen. Gleichzeitig hat der Kurs des Klassenkampfes in jedem einzelnen Land Einfluss auf das internationale Umfeld, sowie umfassendere Auswirkungen im regionalen und internationalen Maßstab. Daraus folgt auch die Notwendigkeit der koordinierten gemeinsamen Aktivität gegen jedes imperialistische Bündnis, das auf die Unterdrückung der Revolution in einem Land und auf die Möglichkeit zielt, dass Bedingungen für die Entwicklung des sozialistischen Sieges in einer Gruppe von Ländern entstehen.

ZUR REVOLUTIONÄREN ARBEITER- UND VOLKSFRONT

Der Zusammenschluss der Mehrheit der Arbeiterklasse um die KKE und die Gewinnung von Teilen mit einer Vorreiterrolle aus den Volksschichten werden verschiedene Phasen durchschreiten. Die Arbeiterbewegung, die Bewegungen der Selbständigen in den Städten und der Bauern, und die Formen ihres Bündnisses (Volksbündnis) mit antimonopolistischen- antikapitalistischen Zielen, zusammen mit den Kräften der KKE, die eine Vorreiterrolle spielen, werden unter nichtrevolutionären Bedingungen den Keim für die Formung der revolutionären Arbeiter- und Volksfront unter revolutionären Bedingungen bilden. Die Arbeiter und Volksmassen, durch die Erfahrung ihrer Beteiligung an der Organisation ihres Kampfes gegen die Strategie des Kapitals, werden von der Notwendigkeit überzeugt werden, dass ihre Organisation und ihre Konfrontati-

on den Charakter eines allseitigen Gesamtangriffs auf die ökonomische und politische Macht des Kapitals annehmen muss.

Unter den Bedingungen einer revolutionären Situation kann die revolutionäre Arbeiter- und Volksfront mit all ihren Aktionsformen das Zentrum des Volksaufstandes gegen die kapitalistische Macht werden, indem sie die Vormacht in wichtigen Bereichen, wie den Industrie-, Handels- und Transportzentren, sowie in den Telekommunikations- und Energiezentren erringt. So können die Mechanismen der bürgerlichen Herrschaft außer Kraft gesetzt und deren Neutralisierung erreicht werden, so können sich der Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die vom Volk geschaffenen revolutionären Institutionen durchsetzen, welche die Neuorganisation der Gesellschaft und die Errichtung der revolutionären Arbeitermacht durchführen.

Beim revolutionären Prozess wird der Einfluss von opportunistischen und reformistischen Positionen permanent sein, ebenso die Notwendigkeit, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie innerhalb der Arbeiter- und Volksfront zu marginalisieren.

Unter den Bedingungen der revolutionären Situation manifestiert sich die Arbeiter- und Volksfront auch durch Komitees zur Verteidigung von Streiks und anderen Aufstandsformen. Sie erlangt die Fähigkeit und die Mittel, die Revolution in all ihren Phasen zu schützen. Sie setzt die Arbeiterkontrolle in den Betrieben, in den Banken, in der Landwirtschaft zusammen mit den armen Bauern durch, um die Ernährung der Bevölkerung zu sichern und den verschiedenen Mechanismen der Reaktion entgegenzuwirken.

Die revolutionäre Arbeiter- und Volksfront erlangt die Fähigkeit, ihre Gewalt gegen die Gewalt des Kapitals entgegenzusetzen, die Fähigkeit, die strategischen Stäbe des Klassengegners lahm zu legen, seine konterrevolutionären Pläne außer Kraft zu setzen, und ihnen die aktive Unterstützung durch Menschen aus der Arbeiterklasse oder den Volksschichten abzukoppeln. Die Front hat die Fähigkeit, die Interessen der armen Bauern, der armen Selbständigen in den Städten, der Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Parteiprogramm 25 Halbproletarier, der Masse der Arbeitslosen und der Migranten zu vertreten und sie für diese kämpferische Richtung zu gewinnen.

Die sozialistischen Revolutionen des 21. Jahrhunderts, verglichen mit den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, aber auch den sozialistischen

Revolutionen des 20. Jahrhunderts, werden einem viel besser organisierten Repressionsapparat, technologisch besser entwickelten Informationsmedien und Massenvernichtungsmitteln zu begegnen haben. Sie werden den Apparaten der staatlichen kapitalistischen Gewalt gegenüberstehen, die in zwischenstaatlichen Strukturen, wie der NATO, der Euro-Armee, der Euro-polizei, der Eurogendarmerie u.a. integriert sind.

Trotz der technischen Entwicklung bleibt der Mensch der entscheidende Faktor beim Einsatz dieser Apparate und der Auseinandersetzung mit ihnen. Auf dieser Grundlage kann die Aktivität der Arbeiter und des Volkes all diese Mittel außer Kraft setzen, und die Anwendung der neuen Technologien zugunsten der revolutionären Bewegung erreichen.

Die Erringung der Arbeitermacht in einem Land trägt zum Anstieg der internationalen Arbeiterbewegung bei, zur Versöhnung der Arbeiterklasse und der Volkskräfte, unabhängig von ethnischer Herkunft, Sprache, kulturellem oder religiösem Erbe. Sie trägt zur Koordination des Klassenkampfes auf regionaler oder internationaler Ebene und zur Gründung von revolutionären Bündnissen zur Verteidigung jeder sozialistischen Revolution gegen internationale kapitalistische konterrevolutionäre Aktivitäten bei.

DIE LEITENDE ROLLE DER PARTEI IN DER REVOLUTION

Die KKE wird in der Praxis zur leitenden Kraft im revolutionären Prozess, wenn sie ihre revolutionäre Linie und Fähigkeit sicherstellt, und Organisationen in Großbetrieben, in Sektoren und Dienstleistungen unterhält, die eine tragende Rolle beim Sturz der bürgerlichen Macht spielen.

Die organisatorische, ideologische und politische Eigenständigkeit der KKE gilt unter allen Bedingungen und unabhängig von den Formen der Massenorganisation der Arbeiterklasse und ihres Bündnisses mit den aufständischen armen Bauern und anderen Selbständigen.

Die Existenz starker Organisationen der KKE und der KNE gewährleistet die Herausbildung von Mitgliedern, die in der Lage sind, die ideologischen und politischen Positionen der Partei in die großen Betriebe und Bildungsstätten, aber auch in die Massenorganisationen hineinzutragen. Sie werden in der Lage sein, Vertrau-

en auszustrahlen, Vorbild aufopfernden Vorreiterhandelns zu sein, die Initiative der Massen in der Praxis zu nutzen und den Reformismus-Opportunismus sowie die nationalsozialistisch-faschistischen Aktivitäten zu bekämpfen.

Die Partei kämpft für die Einheit der Arbeiterklasse in Griechenland unabhängig von Abstammung, nationaler Herkunft, Sprache, kulturellem und religiösem Erbe.

Die Bereitschaft, die materielle und ideologische Ausstattung, der ständige Kampf gegen den Opportunismus sind Voraussetzungen für die effektive Leitung der Auseinandersetzung mit den Apparaten der bürgerlichen Macht auf allen Ebenen.

Die leitende Rolle der Partei bei der Konzentration der Kräfte für die Revolution wird weder ein Einakter, noch ein sich gleichmäßig entfaltender Prozess sein. Sie wird Auf- und Abschwungsphasen haben, sie wird sich reflektieren in der Bewusstseinsbildung der Mehrheit der Arbeiterklasse und in der Abkoppelung der Halbproletarier, der armen Bauern und der anderen Selbständigen von der Bourgeoisie und dem kleinbürgerlichen und opportunistischen Einfluss. Es können nicht alle Phasen dieses Prozesses, alle Voraussetzungen der Beschleunigung oder Verlangsamung der Entwicklungen, die genaue Situation jeder Klasse und gesellschaftlicher Gruppe und das Verhältnis zwischen den kämpfenden Kräften der Arbeiterklasse und der Volksschichten vorausgesagt werden. Prüfsteine für die Ausrichtung dieses Prozesses, für die Fähigkeit der KKE, revolutionäre Kräfte zu leiten und die Entwicklungen zu beschleunigen, wird auch ihre Fähigkeit sein, rechtzeitige und objektive Einschätzungen zu treffen und entsprechend zu handeln.

Die leitende Rolle der Partei bleibt – in der Praxis und nicht bloß in Worten – auch nach dem Sturz der Herrschaft des Kapitals bestehen, als den ersten Akt beim Übergang des revolutionären Prozesses in eine neue Phase des Klassenkampfes, sowohl bei der Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse und der Gestaltung der neuen sozialistischen Verhältnisse, als auch bei der Auseinandersetzung mit der in- und ausländischen Neu-Organisierung der kapitalistischen Gewalt.

Die Partei verfolgt das Ziel, dass die revolutionäre Arbeitermacht durch die revolutionären Bewegungen und Volksbewegungen der Nachbar- und anderen Länder unterstützt wird, gegenüber den kapitalistischen Staaten, die ihren Sturz bezwecken. Sie strebt die Entwicklung eines gemeinsamen revolutionären

Zentrums zumindest der Nachbarländer an, wenn die entsprechenden Bedingungen es ermöglichen.

Die Partei, stets dem proletarischen Internationalismus treu, unterstützt in der Praxis die revolutionären Bewegungen anderer Länder.

Sie erfüllt ihre revolutionäre Pflicht, ohne sie im Namen der Schwierigkeiten im internationalen Kräfteverhältnisses beim Klassenkampf aufzuheben. Sie betrachtet das internationale Kräfteverhältnis nicht als statisch oder unveränderbar.

DER SOZIALISMUS ALS DIE ERSTE, UNTERE STUFE DES KOMMUNISMUS

Der Sozialismus als die erste Stufe der kommunistischen gesellschaftsökonomischen Formation ist keine selbstständige Formation, es handelt sich um den unreifen Kommunismus. Dabei gilt das Grundgesetz der kommunistischen Produktionsweise: planmäßige Produktion für die erweiterte Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Durch die Zentralplanung werden die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes in den Dienst des Menschen und seiner Bedürfnisse gestellt. Es handelt sich dabei um alle Erzeugnisse der menschlichen Aktivität auf den Gebieten der Wissenschaft, der Technologie und der Kultur, die ein höheres Lebensniveau, geistige Entwicklung und Kultur sichern. Die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit um den Arbeitsplatz werden beseitigt, die Freizeit wird ausgeweitet, damit das werktätige Volk unter anderem auch die Möglichkeit erhält, sich aktiv an der Arbeiterkontrolle zu beteiligen. Dadurch kann der Charakter der Arbeitermacht gewährleistet werden.

Der sozialistische Aufbau ist ein einheitlicher Prozess, der mit der Erringung der Macht durch die Arbeiterklasse beginnt. Erst wird die neue Produktionsweise herausgebildet, die sich mit der vollständigen Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse, des Verhältnisses Kapital-Lohnarbeit, durchsetzen wird.

- Vergesellschaftung der Produktionsmittel in: Industrie, Energie- und Wasserversorgung, Telekommunikationen, Bausektor, Reparaturen, Transportwesen, Groß- und Einzelhandel, Import- und Exporthandel, konzentrierte Infrastrukturen in der Touristik- und Nahrungsmittelbranche
- Abschaffung des Privateigentums und der unterneh-

merischen Tätigkeit in den Bereichen der Bildung, des Gesundheitswesens, der Fürsorge, 26 Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Parteiprogramm der Kultur, des Sports und der Massenmedien. Diese Bereiche werden ausschließlich als soziale Dienste organisiert.

- Die industrielle Produktion und der Großteil der landwirtschaftlichen Produktion werden unter Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums, der Zentralplanung und der Arbeiterkontrolle auf allen Leitungsebenen realisiert.
- Die Arbeitskraft ist keine Ware mehr. Die Nutzung fremder Arbeit, d.h. der Lohnarbeit, durch noch existierende Inhaber von vereinzelt Produktionsmitteln in Zweigen, die nicht zwangsläufig vergesellschaftet werden, wird untersagt, z.B. in Handwerksbetrieben, in der landwirtschaftlichen Produktion, im Tourismus und in der Gastronomie, sowie bei einigen Hilfsdienstleistungen.
- Arbeitskräfte, Produktionsmittel, Roh- und Industriestoffe und Ressourcen werden in der Organisation der Produktion, der sozialen und administrativen Dienste durch die Zentralplanung eingebunden.

Staatliche Produktionsbetriebe für die Herstellung und Verarbeitung von Agrarprodukten als Rohstoffe oder Konsumgüter werden herausgebildet. Die griechische Realität macht eine Neuverteilung des Bodens nicht erforderlich. Die landlosen Agrarproduzenten werden in sozialistischen Betrieben der Landwirtschaft (Pflanzen- und Tierproduktion), arbeiten. Die Maßnahme der Vergesellschaftung des Bodens schließt die Möglichkeit der Konzentrierung von Land, seine Umwidmung für andere Nutzungszwecke und Kommerzialisierung durch private oder genossenschaftliche Agrarproduzenten aus.

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die das Bodennutzungsrecht des vergesellschafteten Bodens als Produktionsmittel haben, werden gefördert. Die Eingliederung der Bauern mit Kleinbesitz in die landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft erfolgt auf freiwilliger Basis. Ansporn für die Bildung von Genossenschaften sind:

- Senkung der Produktionskosten mittels gemeinsamen Anbaus und gemeinsamer Ernte.
- Schutz der landwirtschaftlichen Produktion vor bestimmten Naturereignissen durch die staatlichen Einrichtungen und die wissenschaftliche und technische Unterstützung.
- Vertrieb – Einsammlung, Lagerung, Konservierung und Transport – der Agrarprodukte durch staatliche

Einrichtungen.

- Ausgeglichene Verteilung der Arbeitszeit über das Jahr, durch die Erweiterung der Mechanisierung und der zentralen Koordinierung zur Absicherung der außerplanmäßigen saisonalen Bedürfnisse.
- Umgestaltung der Dörfer durch die Entstehung von Einrichtungen, wie sie in der Stadt vorkommen, in Bezug auf das Bildungswesen, auf voll ausgerüstete Gesundheitszentren, verbunden mit den städtischen Krankenhäusern der Umgebung, auf kulturelle Strukturen, Verkehr usw.

In dem Maß, wie im Rahmen der Produktionsgenossenschaft die Arbeit durch die Anwendung mechanisierter Produktionsmittel und gemeinsamer Strukturen vergesellschaftet wird, werden sich die Bedingungen für eine direkte Eingliederung in das gesellschaftliche Eigentum und die vollständige Eingliederung in die Zentralplanung entwickeln. Im Zuge dessen verschwindet der Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Produktion. Der Nutzen der ehemals genossenschaftlich organisierten Bauern wird die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen sein.

Die Arbeitsverteilung in den vergesellschafteten Produktionsmitteln erfolgt auf der Grundlage der Zentralplanung, die die Produktion und die sozialen Dienste organisiert und ihre Proportionen bestimmt. Sie verteilt die Produkte, d.h. die Gebrauchswerte, mit dem Ziel der Befriedigung der erweiterten gesellschaftlichen Bedürfnisse. Es handelt sich um eine zentral geplante Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, die direkt, und nicht etwa durch den Markt, die persönliche Arbeit in die gesamte gesellschaftliche Arbeit eingliedert.

Die Zentralplanung drückt die bewusste Darstellung der objektiven Produktions- und Verteilungsproportionen, sowie das Streben der allseitigen Entwicklung der Produktivkräfte aus. Sie ist ein kommunistisches Produktions- und Verteilungsverhältnis, das die Werktätigen und die Produktionsmittel, die sozialistischen Einrichtungen, zusammenbringt. Sie beinhaltet eine bewusste und planmäßige Auswahl von Anreizen und Zielen bei der Produktion und zielt auf die sich erweiternde Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.

Die Zentralplanung priorisiert die Produktion von Produktionsmitteln, von der die Entwicklung der gesamten Produktionskapazität, der gesamten technologischen Ausrüstung, der sozialen Dienste, und letztendlich die Fähigkeit zur erweiterten Reproduktion und Steige-

rung des gesellschaftlichen Wohlstands abhängen. Der jeweils spezifische Plan muss immer umfassender die Gesetzmäßigkeiten der Zentralplanung reflektieren, und sich somit den objektiven Proportionen der erweiterten sozialistischen Akkumulation und dem gesellschaftlichen Wohlstand annähern.

Die Zentralplanung zielt mittel- und langfristig auf die allgemeine Entwicklung der Fähigkeit zur spezialisierten Arbeit, aber auch auf Änderungen bei der technischen Verteilung der Arbeit, einer allgemeinen Steigerung der Produktivität der Arbeit und Senkung der Arbeitszeit, einer Abschaffung der Unterscheidung zwischen ausführender und stabsmäßiger, sowie zwischen manueller und geistiger Arbeit.

Die landwirtschaftliche genossenschaftliche Produktion unterliegt bis zu einem gewissen Grad der Zentralplanung, die den Anteil der Produktion und den staatlichen Preis festlegt, durch den die Einsammlung der Produkte vom Staat erfolgt, sowie die Preise, mit denen die Produkte auf den staatlich organisierten Wochenmärkten verkauft werden.

Die Zentralplanung wird nach Sparten durch eine einheitliche staatliche Institution organisiert, die regional und nach Kategorien verzweigt ist. Sie beruht auf einer Reihe von Zielen und Kriterien:

Energieversorgung: Entwicklung von Infrastrukturen für die Verringerung der Energieabhängigkeit Griechenlands, Sicherstellung ausreichender und preiswerter Energie für das Volk, Sicherheit der Werktätigen in der Branche sowie in den Wohngebieten, Energieeinsparungen und hoher Grad an Energieeffizienz. Schutz der öffentlichen Gesundheit und der Umwelt. Grundpfeiler der Energiepolitik: Nutzung aller einheimischer Energiequellen, wie z.B. Braunkohle, Wasser, Wind, Sonne, Erdöl und Gas, systematische Erforschung und Erschließung neuer Quellen, Anstreben einer gegenseitig vorteilhaften zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

Transportwesen: Vorrang der öffentlichen Transportmittel vor dem Individualverkehr, Schienenverkehr auf dem Festland, Schiffsverbindungen zu den Inseln und den Küstenorten. Inanspruchnahme der vergesellschafteten Branche der Werft- und Schiffsausbesserungsindustrie für Bau, Umbau, Reparatur und Instandsetzung moderner und sicherer Schiffe sowie Eisenbahnmaterials. Planung des Straßen- und Luftverkehrs sowie aller anderen Formen der Massenbeförderung unter den Gesichtspunkten des vernetzten und gegenseitig sich ergänzenden Betriebs für eine schnell-

le und preiswerte Beförderung von Personen und Produkten, Energieeinsparung, ausgewogenes Wirken des Menschen auf die Umwelt, planmäßige Entwicklung zur Abschaffung regionaler Ungleichheiten, vollständige Kontrolle der Verteidigung und der Sicherheit des sozialistischen Staates. Voraussetzung ist die Planung entsprechender Infrastrukturen, wie z.B. Häfen, Flughäfen, Bahnhöfe, Straßenverkehrsader, und einer Industriesparte zur Herstellung von Verkehrsmitteln.

Verarbeitende und Bergbauindustrie: Vorrang erhält die Herstellung von Produktionsmitteln (z.B. Maschinenbau) mit der kombinierten Nutzung der Bergbauindustrie und der Entwicklung entsprechender verarbeitender Zweige mit Hilfe der einheimischen wissenschaftlichen Forschung.

Griechenland besitzt wichtige Vorkommen von Bauxit, mineralischen Metallen (Gold, Nickel, Kupfer) sowie fossilen Ressourcen für den Bausektor (Perlit, Magnesit, Marmor u.a.)

Der Abbau der fossilen Rohstoffe wird mit ihrer industriellen Verarbeitung kombiniert (z.B. Aluminiumproduktion, Herstellung von Aluminiumkomponenten usw.), der Entwicklung der Metall- und Erdölindustrie und der Herstellung von Maschinen und Transportmitteln, mit dem Ziel der Minderung der Abhängigkeit von Auslandsimporten. Ähnliches gilt für die Zweige der verarbeitenden Industrie, wie die chemische Industrie.

Sicherstellung der einheitlichen staatlichen Organisation der Produktion in der Lebensmittel-, Bekleidungs-, Lederwaren-, Textil- und Konsumgüterindustrie, sowie weiterer Produkte des individuellen Grundbedarfs. Förderung des proportionalen Verhältnisses zwischen dem Agrarsektor (einschließlich Viehzucht und Fischerei) und Industriesektoren zur Versorgung eines Teils der erforderlichen Rohstoffe.

Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion durch die einheimische industrielle Produktion von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln, Tierfutter, Gen- und Vermehrungsmaterial u.a., sowie Landmaschinen und Bewässerungsanlagen.

Durch die staatliche Industrie der Herstellung von Medikamenten, Medizinprodukten und biomedizinischer Ausrüstung wird die größtmögliche Autarkie zur kostenlosen Versorgung von Medikamenten und anderen pharmazeutischen Präparaten auf der Grundlage der Bedürfnisse des Volkes angestrebt.

Kommunikation/Informatik: Nutzung der technologischen Möglichkeiten zur Aufwertung des Produktionsprozesses, der wissenschaftlichen Zentralplanung und der Arbeiterkontrolle in Industrie, Verwaltung, bei den sozialen Diensten (Telemedizin, Telebildung usw.). Priorisiert werden der Aufbau und die Aufbesserung von entsprechenden Infrastrukturen für die Entwicklung der einheimischen industriellen Produktion von Automatisierungs- und Informatiksystemen sowie von Telekommunikationsmaterial. Gewährleistet wird der preiswerte, schnelle, sichere und allgemeine Zugang zur Kommunikation, Information und Unterhaltung.

Raumplanung – Bauwesen: Raumplanung auf der Grundlage von Forschungen zur Erkennung von neuen Bedürfnissen, zur Ausarbeitung von Regelungen und Standards, sowie von einem Nationalplan zur Abfallbehandlung, zur integrierten Verwaltung der Wasserressourcen und deren Nutzung und Schutz, unter den Kriterien des Wohlstands des Volkes und der Gestaltung von menschenfreundlichen Städten.

Ausgewogene Entwicklung von Bauten zur Befriedigung des Wohnbedarfs, der öffentlichen Infrastrukturen, zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion, der Industrie und der sozialen Dienste. Die Industrieproduktion kann den Bedarf der Baubranche an Zement und Baustoffen abdecken. Gewährleistung von Wohnungen für das Volk nach zeitgemäßen Standards, in Verbindung mit der Neugestaltung der Städte, Infrastrukturen für schnelle und sichere Transporte, Schutz vor Überschwemmungen, Bränden, Erdbeben. Ausreichende Grünflächen in Verbindung mit Flächen für Massensport, Kultur und Unterhaltung.

Unter der Federführung der Zentralplanung organisieren staatliche Einrichtungen, Universitäten und Instituten u.a. die wissenschaftliche Forschung zur Entwicklung der Zentralplanung, zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und zur Leitung der gesellschaftlichen Produktion und der sozialen Dienste, um den gesellschaftlichen Wohlstand zu entwickeln.

Es entstehen staatliche soziale Infrastrukturen, die hochqualitative soziale Dienste zur Befriedigung von Bedürfnissen anbieten, die heute individuell oder in der Familie befriedigt werden, z.B. Betriebskantinen, Schulspeisung, Erholungseinrichtungen. Es entstehen ebenso hochwertige Fürsorgeeinrichtungen, die Menschen, die altersbedingt (Kinder, ältere Menschen) oder krankheitsbedingt nicht für sich selbst sorgen können, mit Sorgfalt und Würde betreuen und pflegen. Letzteres gilt auch für Menschen mit Behinderungen.

Alle Vorschulkinder erhalten unentgeltliche öffentliche Vorschulerziehung. Gewährleistet wird eine unentgeltliche, ausschließlich öffentliche, zwölfjährige Bildung in einer Schule mit einheitlichem Aufbau, Programm, Verwaltung, Infrastruktur, materiell-technischer Ausstattung und einheitlich ausgebildetem Personal. Die Evaluationssysteme dienen der Festigung des Wissens, der Entwicklung des dialektisch-materialistischen Denkens, der Selbstdisziplin und der Kollektivität. Sicherergestellt wird eine unentgeltliche, ausschließlich öffentliche Berufsausbildung nach Abschluss der allgemeinen obligatorischen Grundbildung. Durch ein System einheitlicher, unentgeltlicher und ausschließlich öffentlicher Hochschulbildung werden Wissenschaftler hervorgebracht, die fähig sind, als Lehrende in den Bildungseinrichtungen zu wirken und als hochqualifiziertes Personal die Bereiche der Forschung, der vergesellschafteten Produktion und der staatlichen Dienste zu besetzen.

Die Zentralplanung schafft alle Voraussetzungen zur Entwicklung des sozialistischen Kulturschaffens, zu seiner Verbreitung unter die Massen. Ziel ist, dass der Zugang zur Kunst und ästhetischen Erziehung, zu der kreativen Erhaltung und Weiterentwicklung des Kulturerbes allen ermöglicht wird, dass die Kunst bei der Herausbildung des kommunistischen Bewusstseins und der kommunistischen Haltung für die Entwicklung der neuen Gesellschaft ihren Beitrag leistet.

Es entsteht ein ausschließlich öffentliches und unentgeltliches Gesundheits- und Fürsorgesystem. Besondere Aufmerksamkeit wird der Vorsorge gewidmet. Geboten werden Dienste für die Erhaltung des körperlichen und psychischen Wohlbefindens, der geistigen und kulturellen Entwicklung des Menschen, für die Sicherung von umfassenden gesellschaftlichen und Umweltbedingungen, die die öffentliche Gesundheit, die Fähigkeit zum Arbeiten und zum gesellschaftlichen Engagement fördern. Bis die Substanzabhängigkeiten als gesellschaftliches Phänomen völlig beseitigt sind, stehen qualifizierte soziale Dienste zur Vorbeugung, Therapie und Integration zur Verfügung.

Die Rolle und die Funktion der Zentralbank ändern sich. Die Regelung der Funktion des Geldes als Zirkulationsmittel für den Warenverkehr beschränkt sich im Austausch der sozialistischen Produktion mit der genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Produktion und der Warenproduktion eines Teils der Konsumgüter, die nicht in sozialistischen Produktionsbetrieben produziert werden, bis zur endgültigen Abschaffung jeder Form des Privateigentums an Produktionsmit-

DIE BEFRIEDIGUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN BEDÜRFNISSE

teln und der Existenz einer Warenproduktion. Die Zentralbank kontrolliert die entsprechenden Funktionen einiger spezialisierter staatlicher Kreditinstitute für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und für bestimmte individuelle Warenproduzenten.

Die Entwicklung der Zentralplanung und die Ausweitung des gesellschaftlichen Eigentums in alle Bereiche macht das Geld allmählich überflüssig, sowohl als Inhalt, als auch als Erscheinungsform, als den Beleg des individuellen Beitrags an der gesellschaftlichen Arbeit und Mittel der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts auf der Grundlage der geleisteten Arbeit.

Die Zentralbank erhält eine Rolle zur Ausübung der allgemeinen gesellschaftlichen Bilanzierung und ist mit der Einrichtung und den Zielen der Zentralplanung verbunden. Die Zentralbank kontrolliert die internationalen, zwischenstaatlichen Handels- und Touristiktransaktionen, solange es kapitalistische Staaten auf der Welt gibt. Diese Transaktionen werden ausschließlich von staatlichen Einrichtungen durchgeführt. Sie reguliert die Goldreserven oder die Reserven anderer Waren, die die Funktion einer Weltwährung haben, oder sonstige Reservemittel.

Der sozialistische Aufbau ist unvereinbar mit der Teilnahme des Landes an jeglicher imperialistischer Vereinigung, wie der EU und der NATO, dem IWF, der OECD, sowie mit der Existenz von Militärstützpunkten der USA und der NATO. Die neue Macht wird, entsprechend der internationalen Bedingungen und des Umfelds des Landes, anstreben, zwischenstaatliche Beziehungen im gegenseitigen Nutzen zwischen Griechenland und anderen Ländern aufzubauen. Dieses gilt besonders für Länder, deren Entwicklungsniveau, spezifische Probleme und unmittelbare Interessen eine solche gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit gewährleisten können.

Der sozialistische Staat wird die Zusammenarbeit mit Ländern und Völkern anstreben, die objektiv ein unmittelbares Interesse daran haben, sich den ökonomischen, politischen und militärischen Zentren des Imperialismus zu widersetzen, vor allem mit Völkern, die in ihren Ländern den Sozialismus aufbauen. Er wird anstreben, jeden geeigneten „Riss“ in der imperialistischen „Front“, aufgrund der innerimperialistischen Gegensätze, zur Sicherung und Stärkung der Revolution und des Sozialismus zu nutzen. Das sozialistische Griechenland, den Prinzipien des proletarischen Internationalismus treu, wird im Rahmen seiner Möglichkeiten der internationalen, antiimperialistischen, revolutionären kommunistischen Bewegung eine Stütze sein.

Die gesellschaftlichen Bedürfnisse werden auf der Grundlage des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte, die in der gegebenen historischen Periode erreicht worden ist, bestimmt.

Wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse (Bildung, Gesundheitsversorgung, Fürsorge) werden in ihrer Gesamtheit unentgeltlich gedeckt, während ein anderer Teil von einem relativ niedrigen Teil des Arbeitseinkommens gedeckt wird (Wohnen, Wasser- und Energieversorgung, Heizung, Personenbeförderung, Nahrungsmittel).

Merkmal der ersten Stufe der kommunistischen Verhältnisse, d.h. der sozialistischen, ist die Verteilung eines Teils der Produkte entsprechend der Arbeitsleistung, als Resultat des kapitalistischen Erbes und nur der Form nach dem Warenaustausch ähnlich. Die neue Produktionsweise hat dies noch nicht abgelegt, weil sie die menschliche Produktivkraft und die Produktionsmittel durch umfassende Nutzung der neuen Technologien noch nicht im erforderlichen Maß entwickelt hat. Die Produktivität der Arbeit erlaubt noch keine entscheidend große Senkung der Arbeitszeit, keine Abschaffung der schweren Arbeiten und der Einseitigkeit der Arbeit, damit die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Zwangs zur Arbeit abgeschafft werden kann.

Von der planmäßigen Verteilung der Arbeitskraft und der Produktionsmittel leitet sich die planmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Produktes ab. Das bedeutet also einen grundlegenden Unterschied im Vergleich zur Verteilung des gesellschaftlichen Produktes über den Markt auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeiten und Kategorien des Warenaustausches.

Die Arbeitszeit im Sozialismus ist das Maß des individuellen Beitrages an der gesellschaftlichen Arbeit zur Produktion des Gesamtproduktes. Sie funktioniert als Maß für die Verteilung jener Produkte des individuellen Verbrauchs, die noch „nach der geleisteten Arbeit“ verteilt werden.

Der Zugang zum Teil des gesellschaftlichen Produktes, das „nach der geleisteten Arbeit“ verteilt wird, wird vom individuellen Arbeitsbeitrag jedes Einzelnen zur gesamtgesellschaftlichen Arbeit bestimmt, ohne dass die Arbeit in komplexe oder einfache, manuelle oder

nicht-manuelle unterschieden wird. Maß des individuellen Beitrages ist die Arbeitszeit, die vom Plan auf der Grundlage der gesamten Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion und der materiellen Bedingungen des Produktionsprozesses bestimmt wird. Bei der Bestimmung der Arbeitszeit werden die besonderen Bedürfnisse der gesellschaftlichen Produktion für die Konzentrierung der Arbeitskraft in Regionen, Sparten usw. berücksichtigt. Auch besondere gesellschaftliche Erfordernisse, wie die Mutterschaft, die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und anderen Bevölkerungsgruppen werden berücksichtigt. Die individuelle Haltung gegenüber der Organisation und Realisierung des Produktionsprozesses spielt eine entscheidende Rolle bei der Arbeitsproduktivität, der Ersparnis von Rohstoffen, der Anwendung produktiverer Technologien, der rationaleren Organisation der Arbeit und der Ausübung der Arbeiterkontrolle in der Leitung und Verwaltung.

Es werden Voraussetzungen zur Herausbildung kommunistischer Vorbildhaltung bei der Organisation und der Ausführung der Arbeit im Produktionsbetrieb oder der sozialen Dienststelle geschaffen, durch die Reduzierung der rein unqualifizierten und manuellen Arbeiten, die Verringerung der Arbeitszeit in Kombination mit dem Zugang zu Fortbildungsmaßnahmen, Erholungsdienstleistungen, Kultur und Beteiligung an der Arbeiterkontrolle. Die Form der Geldanreize wird verworfen.

Die sozialistische Macht, die aus dem Kapitalismus eine große Anzahl von Lohnabhängigen aus den Verwaltungsdiensten als Erbe übernimmt (Staatsbedienstete, Verwaltungspersonal der Unternehmen) strebt ihre politische und kulturelle Anpassung an, sowie ihre Arbeitseingliederung in die sozialistischen Produktionsbetriebe und sozialen Dienste.

Die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte in der kommunistischen Produktionsweise befreit immer mehr Zeit von der Arbeit, die zur Anhebung des Bildungs- und kulturellen Niveaus des Werktätigen, zur Beteiligung an den Aufgaben der Machtausübung und der Leitung der Produktion usw. genutzt wird. Die Herausbildung einer kommunistischen Haltung gegenüber der unmittelbaren gesellschaftlichen Arbeit hängt von der allseitigen Entwicklung des Menschen als Produktivkraft in der sich aufbauenden Gesellschaft neuen Typs und der kommunistischen Verhältnissen.

DER KAMPF DES NEUEN MIT DEM ALTEN. DIE NOTWENDIGKEIT DER BEWUSSTEN UND GEPLANTEN ABSCHAFFUNG VON UNREIFE- MERKMALEN

Die vollständige Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten des Kommunismus setzt die Überwindung der Merkmale der Unreife, die seine untere Stufe, den Sozialismus kennzeichnen, voraus.

Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Parteiprogramm 29 Im Sozialismus ist noch nicht jedes Überbleibsel vorheriger Produktionsweisen abgeschafft worden. Die materiellen Bedingungen sind noch nicht herausgebildet worden, damit die neue Produktionsweise seinen kommunistischen Charakter vollständig annimmt, so dass das Prinzip „von jedem nach seinen Möglichkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ völlig in Kraft tritt.

Anfangs bleiben Formen des Privat- oder Gruppeneigentums bestehen, die die Grundlage für die Existenz der Ware- Geld-Beziehungen bilden.

Aufgrund der ökonomischen Unreife des Sozialismus bestehen soziale Ungleichheiten, Schichtungen, wesentliche Differenzen und Widersprüche, z.B. zwischen Stadt und Land, zwischen den Werktätigen manueller und geistiger Arbeit, zwischen Arbeitern hoher und niedriger Qualifizierung, die allmählich und planmäßig abgeschafft werden müssen.

Beim sozialistischen Aufbau erhält die Arbeiterklasse, schrittweise und nicht einheitlich, die Fähigkeit, eine umfassende Kenntnis der unterschiedlichen Produktionsabschnitte, des stabsmäßigen Arbeitens und eine tragende Rolle bei der Organisation der Arbeit einzunehmen. Als Folge der Schwierigkeiten dieses Prozesses ist es noch möglich, dass Werktätige, die eine leitende Rolle in der Produktion spielen, Werktätige der geistigen Arbeit, und solche mit hoher Qualifikation, ihr individuelles Interesse oder ihr Gruppeninteresse vom gesellschaftlichen Interesse abkoppeln, und einen größeren Anteil am gesamten gesellschaftlichen Produkt beanspruchen, weil sich die kommunistische Haltung gegenüber der Arbeit noch nicht durchgesetzt hat. Die Auseinandersetzung mit solchen Phänomenen ist ein Anliegen des Klassenkampfes, der unter Bedingungen des sozialistischen Aufbaues unter der Leitung der Kommunistischen Partei geführt wird.

Die soziale Revolution bleibt nicht auf die Erringung der Macht und auf die Bildung der ökonomischen Basis

für die sozialistische Entwicklung beschränkt, sondern erweitert sich während des gesamten sozialistischen Weges und beinhaltet die sozialistische Entwicklung zur Annäherung an die höhere kommunistische Stufe.

Folglich erweitern und vertiefen sich die neuen Verhältnisse, die kommunistischen Verhältnisse entfalten sich und der neue Mensch entwickelt sich auf eine höhere Stufe, die die unumkehrbare Herrschaft des Kommunismus sichert, wenn die kapitalistischen Verhältnisse weltweit oder zumindest in den entwickelten, einflussreichen Ländern des imperialistischen Systems abgeschafft sind.

Der sozialistische Weg beinhaltet die Möglichkeit der Umkehr und des Rückschrittes zum Kapitalismus, wie die Erfahrung des konterrevolutionären Umsturzes der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten gezeigt hat. Der Rückschritt bedeutet geschichtlich auf jeden Fall ein vorübergehendes Phänomen. Der Übergang von einer niederen zu einer höheren Produktionsweise ist keine linear steigende Bewegung. Dies zeigt auch die Geschichte der Durchsetzung des Kapitalismus.

Der Sprung während des sozialistischen Aufbaus, d.h. während der revolutionären Übergangsperiode vom Kapitalismus zum entwickelten Kommunismus, ist qualitativ höher als jeder vorherige, weil die kommunistischen Verhältnisse – als nicht ausbeuterische – sich nicht im Rahmen des Kapitalismus entwickeln. Es findet ein Kampf zwischen dem Neuen und den Überbleibseln des Alten in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens statt, ein Kampf um die grundlegende Änderung aller ökonomischen Verhältnisse und damit aller gesellschaftlichen Beziehungen zu kommunistischen.

Während dieses langjährigen Überganges von der kapitalistischen zur entwickelten kommunistischen Gesellschaft bekommt die Politik der revolutionären Arbeitermacht, unter der Leitung der Kommunistischen Partei, Vorrang bei der Gestaltung, Ausweitung und Vertiefung der vollständigen und unumkehrbaren Durchsetzung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht auf einer voluntaristischen Basis, sondern auf der Grundlage der Gesetzmäßigkeiten der kommunistischen Produktionsweise.

Es ist ein dauerhafter Kampf für die Abschaffung jeder Form von Gruppen- und Privateigentum an den Produktionsmitteln und an den Produkten, sowie die Abschaffung des kleinbürgerlichen Bewusstseins, das tiefe historische Wurzeln hat. Es ist ein Kampf für die

Entwicklung eines kommunistischen Bewusstseins und einer kommunistischen Haltung gegenüber der unmittelbaren gesellschaftlichen Arbeit.

Die erreichte sozialistische Akkumulation führt zu einem neuen Niveau des Wohlstands. Das neue Niveau macht die schrittweise Ausweitung der neuen Verhältnisse zu dem Teil der Produktivkräfte möglich, die vorher nicht reif waren, um in die unmittelbare gesellschaftliche Produktion eingegliedert zu werden. Immer mehr verbreiten sich die materiellen Bedingungen für die Abschaffung der Unterschiede bei der Verteilung des gesellschaftlichen Produktes zwischen den Werktätigen, bei der unmittelbaren gesellschaftlichen Produktion, für die ständige Verringerung der notwendigen Arbeitszeit, die ständige Bildungs- und kulturelle Entwicklung und technologische wissenschaftliche Spezialisierung des Menschen, für die Entwurzelung religiöser Vorurteile, reaktionärer und anachronistischer Auffassungen und moralischer Vorstellungen sowie gesellschaftlicher Verhaltensweisen in den Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern.

Gemäß dem allgemeingültigen gesellschaftlichen Gesetz der Anpassung der Produktionsverhältnisse an das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte, verlangt jedes historisch neue Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte, das der sozialistische Aufbau anfangs erreicht, die weitere „Revolutionierung“ der Produktionsverhältnisse und aller ökonomischen Verhältnisse durch revolutionäre Politik in Richtung ihrer vollständigen kommunistischen Transformation.

Die Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise auf ihrer ersten Stufe, der sozialistischen, ist ein Prozess der Abschaffung der Verteilung des gesellschaftlichen Produktes in Geldform. Die kommunistische Produktion, auch auf ihrer unreifen Stufe, ist unmittelbare gesellschaftliche Produktion.

GRUNDPRINZIPIEN DER GESTALTUNG DER SOZIALISTISCHEN MACHT

Die sozialistische Macht ist die revolutionäre Macht der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats. Die Arbeitermacht ersetzt alle bürgerlichen Institutionen, die die revolutionäre Aktion zerschlagen hat, durch die neuen, vom Volk geschaffenen, Institutionen.

Die revolutionäre Arbeitermacht setzt einen hohen Grad an Organisierung mit allen Mitteln voraus. Sie fordert die Arbeiterkontrolle bei der Ausübung der Ver-

waltung der Industriebetriebe, vor allem in den strategisch wichtigen Branchen, damit ihr schöpferisches wirtschaftlichsoziales und kulturelles Werk unter allen Bedingungen realisiert wird, sowohl in der Zeit eines möglichen Krieges oder in der relativ friedlicheren Periode des sozialistischen Aufbaus. So kann die Überlegenheit der Arbeiter- und Volksmehrheit gegenüber dem in- und ausländischen Widerstand des Kapitals und seiner konterrevolutionären Aktivität nach dem Machtverlust erreicht werden.

Die revolutionäre Arbeitermacht setzt die Vorbereitung und die Fähigkeit der schnellstmöglichen Mobilisierung der vergesellschafteten Produktionsmittel und aller Arbeitskräfte durch die Zentralpläne der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE): Parteiprogramm voraus, damit die Verluste aus der vorausgegangenen Periode der landesweiten Krise, des Widerstands der Kapitalisten, aber auch der oberen Mittelschichten, dem ausländischen Embargo, den imperialistischen Interventionen und Kriegen usw. rasch ausgeglichen werden.

Die Grundprinzipien der revolutionären Arbeitermacht ergeben sich aus der objektiven Stellung der Arbeiterklasse in der vergesellschafteten Produktion, die allerdings noch kein einheitliches Bewusstsein ihrer sozialen Rolle erreicht hat.

Die Grundprinzipien der neuen Macht stehen in vollem Gegensatz zur alten bürgerlichen Macht, da die vergesellschaftete Arbeit das Privateigentum an den Produktionsmitteln nutzlos macht.

Der Umfang und die Formen, die die revolutionäre Arbeitermacht bei der Unterdrückung der konterrevolutionären Aktivität anwenden wird, werden von der Haltung der politischen und sozialen Organisationen gegenüber den beiden sich bekämpfenden Kräften, der Kraft der Arbeiterklasse und der kapitalistischen Kraft, abhängen.

DIE ORGANISATION DER NEUEN MACHT IST ANLIEGEN DER GESAMTEN ARBEITERKLASSE. DIE BETEILIGUNG DER ANDEREN GESELLSCHAFTLICHEN KRÄFTE

Der sozialistische Staat, als Organ des Klassenkampfes, der mit neuen Formen unter neuen Bedingungen fortgeführt wird, hat nicht lediglich defensiv-repressive, organisatorische Funktionen. Er hat auch schöpferische, ökonomische, kulturelle, erzieherische Funktionen, unter der Leitung der Kommunistischen Partei.

Er drückt eine höhere Form der Demokratie aus, mit dem wichtigsten Merkmal der aktiven Beteiligung der Arbeiterklasse und des Volkes im Allgemeinen an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft, der Lösung der Gesamtheit der alten Widersprüche und sozialen Ungleichheiten, der Kontrolle der Verwaltung der Produktionsbetriebe, der sozialen und administrativen Dienststellen, aller Machtorgane von unten bis oben. Gewährleistet wird die Kritikausübung gegenüber Entscheidungen und Handlungen, die den sozialistischen Aufbau behindern, mit der ungehinderten Verurteilung an subjektiver Willkür, bürokratischer Haltung von Funktionären sowie anderer negativer Phänomene und Abweichungen von den sozialistischen kommunistischen Prinzipien.

Grundlage der Arbeitermacht ist die Pflicht jedes arbeitsfähigen Menschen – innerhalb des gesetzlich festgesetzten Arbeitsalters – zu arbeiten und mittels der Arbeit seine Rechte gegenüber den Machtorganen auszuüben und seinen Pflichten nachzugehen. Die Machtorgane, der Arbeiterstaat insgesamt, sichern allen eine Arbeit gemäß ihrer Qualifikation oder Nachqualifikation, unabhängig vom Bildungsniveau und vom sprachlichen, kulturellen und religiösen Erbe.

Fundament der Arbeitermacht ist die Produktionsbetriebe, der soziale Dienst, die Administrationsdienststellen und die Produktionsgenossenschaft.

In der Versammlung der Werktätigen wird die direkte und indirekte Arbeiterdemokratie begründet, das Prinzip der Kontrolle, der Rechenschaftslegung und der Abwahlmöglichkeit.

Das Wahlrecht in der sozialistischen Macht bedeutet, dass der Werktätige alle Machtorgane wählen und bei allen Machtorganen gewählt werden kann, Ratsmitglieder und Vertreter zu kontrollieren und abzuwählen. Der Ausschluss vom Wahlrecht kann nur in der Umsetzung des Straf- und Disziplinarrechts erfolgen.

Die Arbeitermacht strebt an, dass arbeitsfähige Frauen unterhalb des Rentenalters arbeiten. Frauen, die vorher nicht gearbeitet haben und dem Renteneintrittsalter nähern, wird die Ausübung ihres Wahlrechtes gewährleistet.

Dasselbe trifft auch für nicht arbeitende volljährige Lehrlinge und Studenten zu, die ihr Recht in der entsprechenden Bildungseinrichtung wahrnehmen, zu

der auch die Mitarbeiter und die Studierenden gehören.

Die Rentner beteiligen sich an den Wahlvorgängen im Rahmen ihrer letzten Arbeitsstelle.

Bevölkerungsteile mit besonderen Problemen nehmen ihre Rechte entweder als Rentner, oder in Arbeitsstellen mit geeigneten Arbeitsbedingungen, oder in qualifizierten Bildungs- und Produktionsstätten wahr.

Die sozialistische Macht sichert den Bevölkerungsteilen, die andere Sprachen sprechen, die Bewahrung ihrer Sprache und ihrer kulturellen Traditionen, die Kenntnis ihrer geschichtlichen Wurzeln, durch die Eingliederung in ein spezielles Programm im Rahmen des einheitlichen Bildungswesens und der Kultur. Sie schafft die gesonderten Siedlungen ab und ergreift besondere Maßnahmen, damit sie in den höheren Organen vertreten werden.

Die Arbeitermacht drückt das Bündnis mit den einzelnen Selbständigen und den genossenschaftlichen Bauern aus, indem sie die Möglichkeit ihrer gesonderten Vertretung durch ihre eigenen Räte einräumt, für die auch die jeweiligen Rentner wählen. Diese Räte haben einen Übergangscharakter, da sie Übergangs Eigentumsformen entsprechen. Diese Schichten werden perspektivisch in die unmittelbare gesellschaftliche Produktion eingegliedert.

Der Arbeitercharakter der Macht wird durch die Zusammensetzung der regionalen und zentralen Organe gewährleistet sein, in denen die Selbständigen und die genossenschaftlichen Bauen vertreten werden.

EINIGE RICHTLINIEN FÜR DIE KONSTITUIERUNG DER MACHTORGANE

Die Struktur der Machtorgane beinhaltet:

Den Arbeiterrat, den Regionalrat und das Oberste Organ der Arbeitermacht.

Das Oberste Organ der Arbeitermacht trägt die Verantwortung für die Zentralplanung, für das schöpferische Werk in der Ökonomie und in allen gesellschaftlichen Verhältnissen, den Schutz des sozialistischen Aufbaus und die zwischenstaatlichen Beziehungen. Es besitzt volle legislative, exekutive und rechtsprechende Macht, die jeweils über stabsmäßige Strukturen organisiert werden.

Staatliches Organ von besonderer Bedeutung ist die Oberste Leitung der Zentralplanung, die auch Ausschüsse für besondere Fragen beinhaltet, wie die besonderen Bedürfnisse der Frauen, der Jugend, der Menschen mit Behinderungen usw.

Für alle Organe gilt das Prinzip des demokratischen Zentralismus, der den einheitlichen Charakter der Zentralplanung und die Spezifizierung bei ihrer Umsetzung gewährleistet.

Die Regelung der Arbeitszeit der Mitglieder der Organe erfolgt durch die Arbeitsstelle für die Dauer ihrer Wahlperiode und entsprechend dem Umfang ihrer Aufgaben in den Organen. Jeglicher finanzieller Vorteil wird durch Gesetz ausgeschlossen. Dasselbe gilt auch für die Leiter der sozialistischen Produktions- und Verwaltungsbetriebe und der Sozialen Dienste.

Die Leitung des Produktionsbetriebs, des Sozialen Dienstes oder der Verwaltungsbehörde besteht aus mehreren Personen und beteiligt sich am Arbeiterrat. Alle entsprechenden Gremien und Organe sind befugt, Fragen der Kontrolle und der Abberufung der Leitung aufzuwerfen.

Der Einsatz – zumindest für Betriebe einer bedeutenden Größe – eines ökonomischen und eines Produktionsleiters ist eine Frage der Verteilung des entsprechend qualifizierten Personals, die die Zentralkommunistische Partei Griechenlands (KKE): Parteiprogramm 31 planung klärt. Die Machtorgane haben die Verpflichtung, die Voraussetzungen für die Leitung des Betriebes aus seinem Personal zu schaffen.

Alle drei Ebenen der Machtorgane – Betriebsebene, Regionalebene, Landesebene – beteiligen sich gemäß ihrer hierarchischen Stellung an der Organisation des Schutzes der Revolution, der Volksjustiz und des Kontrollapparats.

In all den speziellen Organen – Justiz, Kontrolle, Schutz – beteiligen sich Vertreter der Werktätigen sowie qualifiziertes Personal.

An der Stelle der bürgerlichen Armee und der Repressionsorgane, die vollständig aufgelöst worden sind, entstehen neue Institutionen der sozialistischen Macht auf der Grundlage des revolutionären Kampfes zur Zerschlagung des Widerstandes der Ausbeuter und der Verteidigung der Revolution. Ein neues leitendes Personal, erzogen nach den Prinzipien der neuen Macht, bestehend aus jungen Menschen mit Arbeiterherkunft

wird herausgebildet. Genutzt wird die positive Erfahrung des sozialistischen Aufbaus, wonach die Aufgaben des Schutzes der revolutionären Errungenschaften nicht nur von den festen Facheinheiten, sondern auch von Arbeiterkomitees übernommen werden.

Die revolutionäre Arbeiterverfassung und die entsprechende Gesetzgebung bilden das neue Recht, das den neuen ökonomischen Verhältnissen Rechnung trägt.

Die Arbeitermacht nutzt alle technischen Mittel, damit sie nicht nur effektiv die Verteidigung gegen den internationalen Imperialismus erzielen, sondern auch die ständige Steigerung der Produktivität, die Verringerung der Arbeitszeit, die Verbesserung der Fähigkeit der Organisation und der Kontrolle der Produktion und die Abschaffung unnötiger administrativer Arbeiten erreichen kann.

DAS VERHÄLTNISS DER KKE ZUR ARBEITERMACHT

Die KKE, als die ideologisch-politisch organisierte Vorhut der Arbeiterklasse, ist die leitende Kraft der revolutionären Arbeitermacht, der Diktatur des Proletariats. Sie wird ihrer revolutionären Leitungsrolle gerecht, wenn sie in der Praxis die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse und die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen- kommunistischen Aufbaus vertritt. Die Arbeiterklasse, auch als revolutionäre Klasse, hat noch kein einheitliches kommunistisches Bewusstsein, keine kommunistische Haltung gegenüber der unmittelbaren gesellschaftlichen Arbeit und dem gesellschaftlichen Eigentum; sie hat die Differenzierung zwischen ihren Teilen, so wie sie im Kapitalismus entstanden ist, noch nicht überwunden. Die Mitglieder und die Kader der KKE und ihrer Jugendorganisation beteiligen sich an allen Formen der Organisation der Gesellschaft und üben ihre ideologisch-politische Leitungsrolle mit Selbstaufopferung aus, ohne jeglichen finanziellen oder anderweitigen Vorteil.

Die Mitglieder der Jugendorganisation der KKE, der KNE, wirken entsprechend in den Bildungseinrichtungen unter der Leitung der Parteiorgane und -mitglieder, beispielsweise im Bereich der Bildung, der Arbeiterarmee, in den Komitees zum Schutz der Revolution usw.

Die Rolle der Mitglieder und Kader der KKE wird ständig in der Praxis beurteilt, sie wird bewährt oder aufgehoben. Deswegen benötigen sie ein hohes Niveau an theoretischen, wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen, um beim ideologischen und politischen

Heranreifen der Arbeiterklasse in ihrer neuen Rolle als führende Kraft des sozialistisch-kommunistischen Aufbaus beizutragen.

Die KKE ist die politische Kraft, die in alle Organe der Arbeitermacht die Fähigkeit einführt, wissenschaftliche Prognosen aufzustellen und planmäßig zu handeln. Sie trägt weiters das politische Konzept für die Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Basis, der neuen sozialistischen Verhältnisse in Produktion und Verteilung, aller neuen sozialistischen-kommunistischen Verhältnisse hinein, die alle Bereiche der Organisation der Gesellschaft, die Bildung, die Kultur, die Beziehungen zwischen den beiden Geschlechtern, die Abschaffung des langjährigen Einflusses metaphysischer Dogmen usw. durchdringen.

Die Partei äußert durch ihre Mitglieder in jedem Bereich – die KNE entsprechend im Bereich der Lehrausbildung – ihre Meinung zu jedem Thema (z.B. Kandidaturen für die Organe, Fragen der Planung und der Rechenschaftslegung usw.)

Die Anerkennung und Verwirklichung der leitenden Rolle der Partei ist das Ergebnis ihres revolutionären ideologischen, politischen und organisatorischen Gefüges, das ständig im Leben unter Bewährung steht. Das dialektische Verhältnis zwischen revolutionärer Theorie und revolutionärer Praxis wird ständig geprüft. Dieses Verhältnis bedeutet:

Eine Partei mit einem grundsätzlichen Bekenntnis zur revolutionären kommunistischen Ideologie, dem Marxismus- Leninismus, aus der sie die Fähigkeit entwickelt, neue Phänomene zu erklären und den Klassenkampf zu leiten. Maßstab ist dabei die Notwendigkeit der Entwicklung und der Verankerung der neuen Produktionsweise, der Festigung des Sozialismus als untere Stufe des Kommunismus, des entscheidenden Sieges des gesellschaftlichen Eigentums über jegliche Form von Privateigentum und des endgültigen Sieges des Kommunismus.

Alle Ebenen der Partei setzen sich aus Arbeiterinnen und Arbeitern zusammen. Besonders unter Bedingungen relativer Stabilisierung der revolutionären Macht dürfen der Ausbau der organisierten Kräfte und die Erneuerung der Altersstruktur der Partei durch jüngere Mitglieder den mehrheitlichen Anteil der Arbeiter aus den produktiven Industriezweigen nicht verändern. Die Zusammensetzung der Partei aus Arbeiterinnen und Arbeitern verbindet sich mit der kollektiven Verantwortung, dass alle Mitglieder ein hohes marxistisches

Bildungsniveau besitzen, die Fähigkeit, die Partei, und insbesondere die höheren Organe, vor dem Eindringen von bürgerlichen ideologischen Konstrukten, reformistischen Tendenzen und opportunistischen Optionen zu schützen.

Eine Partei, die fähig ist, kommunistische Wissenschaftler hervorzubringen und zu erziehen, d.h. Vorreiterin bei der Entwicklung der Forschung, der Aneignung von neuem Wissen zu sein, aber auch bei der weiteren Anwendung ihrer Ergebnisse zu Gunsten des unumkehrbaren Sieges des Kommunismus. Leitungsorgane, die fähig sind, die Einheit der Klassenfrage und Wissenschaftlichkeit zu gewährleisten, als Voraussetzung, damit die Partei ihre revolutionäre Leitungsrolle ausüben kann.

Eine Partei, die fähig ist, ihre revolutionären Bindungen zur Arbeiterklasse, der Schöpferin des gesellschaftlichen Reichtums auszubauen und zu erneuern, und zwar unter neuen Bedingungen, unter neuen Wendungen des Klassenkampfes, bei jeder – positiven oder negativen – Veränderung des Kräfteverhältnisses im Inland oder international, unbeirrbar orientiert auf die endgültige Beseitigung des Privat- und des genossenschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln. Mit der Vorreiterhaltung ihrer Mitglieder und Kader trägt sie in der Praxis zur Entwicklung einer kommunistischen Haltung gegenüber der Arbeit bei.

Die KKE hat einen langen Weg hinter sich und einen langen Weg vor sich, weil „die Sache des Proletariats, der Kommunismus, die allseitig humanste, tiefste und weiteste Sache ist“.

Angenommen vom 19. Parteitag der KKE 11. – 14. April 2013



Zusammenstellung der Texte
und Textsatz: SDAJ Tübingen

www.sdaj-tuebingen.de
kontakt@tuebingen.sdaj-bawue.de

V.i.S.d.P. P. Rodermund,
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen